

> **VORBILD USA?**

Verena Maier

9/11 UND HUNTINGTONS KAMPF DER KULTUREN

Eine kritische Analyse von Stimmen aus Öffentlichkeit und Fachwelt

Christine Wüst

DOOMED TO FAILURE

Mediation Efforts by the United States of America to the Israeli-Palestinian Conflict

Robin Lucke

CHANCELLOR PRIMARY ELECTIONS?

A Comparison of the Nominating Systems for U.S. Presidential Candidates and Candidates for Chancellor in Germany

Carola Jaeckel

MERKEL IN DER KRISE

Der Führungsstil der Bundeskanzlerin in der europäischen Schuldenkrise

Liebe Leserin, lieber Leser,

willkommen zur ersten Ausgabe im zweiten Jahr des Passauer Journals für Sozialwissenschaften.

Auch in diesem Jahr werden wir euch wieder mit vielen interessanten und inspirierenden Artikeln Passauer Studierender versorgen, die mit dem weiten Feld der Sozialwissenschaften in Verbindung stehen. Wir hoffen auf weiterhin viele Zuschriften und Kritik zu unseren Ausgaben. An dieser Stelle noch ein Hinweis in eigener Sache: wenngleich die Mehrheit unserer bisher veröffentlichten Artikel dem Fachbereich der Politikwissenschaft entstammen, sind wir auch für andere Fächer – Geschichte, Kommunikationswissenschaft, Kulturwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, nur um ein paar zu nennen – selbstverständlich offen und würden uns freuen, auch aus diesen Bereichen in Zukunft mehr Zusendungen zu erhalten. Wenn ihr eine interessante Arbeit innerhalb einer dieser Bereiche geschrieben habt (oder von einer Arbeit einer Kommilitonin oder eines Kommilitonen begeistert seid), dann schickt uns eine Mail an redaktion@pjs-online.de!

Doch kommen wir nun zur aktuellen Ausgabe mit dem Titel „Vorbild USA?“. Verena Meier beschäftigt sich in ihrem Aufsatz mit der Frage, inwieweit sich die Thesen Samuel Huntingtons zum „Kampf der Kulturen“ nach 9/11 bewahrheitet haben. Christine Wüst untersucht kritisch die Vermittlerrolle der USA im Nahostkonflikt und hinterfragt, ob ein zukünftiges amerikanisches Engagement als Mediator Aussicht auf Erfolg hat. Die Vorbildfunktion der USA in einem ganz anderen Bereich untersucht Robin Lucke: Er setzt sich mit den Präsidentschaftsvorwahlen in den USA auseinander und diskutiert, ob diese als Modell für die Auswahl der Kanzlerkandidaten in Deutschland dienen können. Da mit diesem Beitrag der transatlantische Übergang eingeleitet ist, verlassen wir die USA und blicken im letzten Artikel auf Europa. Carola Jaeckel untersucht in ihrer Arbeit den Führungsstil Angela Merkels in der Schuldenkrise und stellt dabei die Frage, ob auf die Bundeskanzlerin die Bezeichnung „Miss Europa“ oder eher „Zerstörerin der europäischen Idee“ zutreffend ist.

Unser Dank geht einmal mehr an unsere Autoren. Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Die Herausgeber des PJS

4 ...	<i>Verena Maier</i> 9/11 UND HUNTINGTONS KAMPF DER KULTUREN Eine kritische Analyse von Stimmen aus Öffentlichkeit und Fachwelt
18 ...	<i>Christine Wüst</i> DOOMED TO FAILURE Mediation Efforts by the United States of America to the Israeli-Palestinian Conflict
36 ...	<i>Robin Lucke</i> CHANCELLOR PRIMARY ELECTIONS? A Comparison of the Nominating Systems for U.S. Presidential Candidates and Candidates for Chancellor in Germany
46 ...	<i>Carola Jaeckel</i> MERKEL IN DER KRISE Der Führungsstil der Bundeskanzlerin in der europäischen Schuldenkrise
64 ...	Impressum

Verena Maier

9/11 UND HUNTINGTONS KAMPF DER KULTUREN

Eine kritische Analyse von Stimmen aus Öffentlichkeit und Fachwelt

Verena Maier

B.A. Governance and
Public Policy,
Universität Passau,
Studium abgeschlossen,
maierverena@
hotmail.de

Dieser Beitrag
beruht auf einer
Hauptseminararbeit
im Fachbereich
Internationale
Beziehungen.

Abstract

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center kam es zu einem schlagartigen Aufleben von Huntingtons Theorie vom Kampf der Kulturen, die bereits Anfang der 1990er für heftige Kontroversen sorgte. In der folgenden Arbeit soll analysiert werden, inwieweit sich Huntingtons Kulturkampftheorie mit diesen Ereignissen bewahrheitet hat und welche Auswirkungen seine Thesen auf die breite Öffentlichkeit sowie wissenschaftliche Kreise hatten. Diese zentralen Fragen sollen anhand der Berichterstattung in den Medien, Aussagen einflussreicher Persönlichkeiten und Wissenschaftlern sowie Huntingtons eigener Einschätzung geprüft werden. Im Ergebnis kommt die Autorin im Einklang mit Huntington selbst zu dem Schluss, dass sich mit 9/11 seine Prophezeiungen nicht erfüllten, da dies voraussetzen würde, dass einzelne Al Qaida-Terroristen den Islam als Kultur repräsentieren. Dies ist eindeutig nicht der Fall. Es liegt darüber hinaus im Interesse des Westens als auch des Islam, es nicht zu einem wahrhaftigen Kampf der Kulturen kommen zu lassen.

Einführung

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde das Ende einer Epoche, der Zweiteilung der Welt in Kapitalismus und Kommunismus eingeläutet. Die ideologischen Blöcke, die jahrzehntlang das Weltgeschehen dominierten, verloren schlagartig ihre Bedeutung und die globale Weltordnung musste neu definiert werden. Das dadurch entstandene Deutungsvakuum versuchten mehrere Wissenschaftler zu füllen, allen voran der US-amerikanische Politikprofessor Francis Fukuyama, der mit seinem Buch „The End of History and the Last Man“ (Fukuyama 1992: 1) im Jahr 1992 das Ende der Geschichte ausrief. Die Geschichte, als ideologische Evolution verstanden, sei an ihrem Endpunkt angelangt und alle Staaten würden sich langfristig zu liberalen Demokratien entwickeln, da nur diese Regierungsform den Menschen zufrieden stellen könne. Diese optimistische Weltanschauung, die den Sieg der westlichen Ideale als universal gültige Werte implizierte, wurde von einer Vielzahl an Menschen mit Erleichterung befürwortet.

Umso heftiger fielen demnach die Reaktionen aus, die Samuel P. Huntington mit seinem ein Jahr später in der Zeitschrift Foreign Affairs erschienenen Aufsatz „Clash of Civilizations?“ (Huntington 1993: 23) hervorrief. Er argumentierte, dass die Konflikte entlang der Bruchlinien von verschiedenen Kulturkreisen zum entscheidenden Faktor für die Neugestaltung der Weltordnung werden würden und es zu einem unvermeidlichen Zusammenprall der Kulturen komme, wenn die USA ihre bisherige Politik nicht ändere. Huntington traf mit seinen Thesen den Nerv der Zeit und erlangte eine bisher einmalige Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit sowie in der Fachwelt. Von vielen als Visionär anerkannt, von anderen kategorisch abgelehnt, kam es vor dem Hintergrund der Anschläge des 11. September 2001 auf das New Yorker World Trade Center und den darauffolgenden Terroranschlägen in London und Madrid zu einem erneuten Aufleben seiner Aussagen. Innerhalb weniger Tage nach diesen dramatischen Ereignissen wurde sein Buch so oft wie noch nie verkauft und mit Osama bin Laden hat er wohl seinen bekanntesten Anhänger gefunden.

Haben sich Huntingtons Thesen von einem Kampf der Kulturen nach den Anschlägen von

9/11 bewahrheitet? Welche Auswirkungen hatte seine Theorie auf die breite Öffentlichkeit sowie die wissenschaftlichen Kreise? Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, diese zentralen Fragen anhand der Berichterstattung in den Medien, Aussagen einflussreicher Persönlichkeiten und Wissenschaftlern sowie Huntingtons eigener Einschätzung zu prüfen.

Um einen Analyserahmen zu erhalten, sollen zuerst Huntingtons Thesen und seine sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen an die USA kurz vorgestellt werden. Daran anknüpfend soll ein Überblick über die häufigsten Kritikpunkte an seiner Argumentation gegeben werden, bevor auf die Neubelebung der Debatte nach dem 11. September 2001 eingegangen wird. Hierbei wird die Berichterstattung der US-amerikanischen New York Times analysiert, da diese als eine der führenden Tageszeitungen die öffentliche Meinung stark beeinflusst und darüber hinaus eine eigene Rubrik zu den Gründen und Folgen der Terroranschläge eingerichtet hat. Anschließend werden, der methodischen Vorgehensweise folgend, die Aussagen einiger bekannter Wissenschaftler analysiert, die Huntingtons Kulturtheorie durch die Terroranschläge vom 11. September bestätigt sehen. Ihnen sollen Gegenthesen von Kritikern sowie seine eigene Auffassung gegenübergestellt werden. Abschließend werden die verschiedenen Positionen in einer Gesamtevaluation abgewogen und bewertet.

Um dem begrenzten Umfang dieser Arbeit gerecht zu werden und eine gewisse Forschungstiefe zu gewährleisten, soll sich in dieser Arbeit bei der Analyse von Aussagen auf einige einflussreiche, repräsentative US-amerikanische Wissenschaftler beschränkt werden, die sich eingehend mit Huntingtons Thesen befasst haben und die Meinungsbildung in der breiten Öffentlichkeit sowie die Entscheidungsfindung in der Politik stark mitbestimmen. Ziel der Arbeit ist es nicht, eine umfassende Analyse jeder einzelnen Auffassung durchzuführen, sondern vielmehr einen Überblick über den öffentlichen Diskurs zu schaffen. Der deutsche Begriff „Kampf der Kulturen“ wird, obwohl es eine etwas unscharfe Übersetzung des englischen Ausdrucks „clash of civilizations“ ist, mit diesem in der vorliegenden Arbeit synonym behandelt.

„Kampf der Kulturen“ von Huntington

Huntingtons 1993 erschienener Aufsatz „Clash of Civilizations?“ (Huntington 1993: 23) wurde von ihm zu seinem drei Jahre später erschienenen Buch ausgearbeitet, bei dem allerdings das Fragezeichen im Titel weggelassen wurde. Im Folgenden wird Bezug auf das Buch genommen, da darin seine Hauptthesen detaillierter fortgeführt worden. Um einen Einblick in diese zu bekommen, soll im Folgenden sein Argumentationsmuster nachgezeichnet werden.

Laut Huntington sei nach dem Ende des Ost-West Konflikts eine neue Epoche angebrochen, in der zum ersten Mal in der Geschichte „globale Politik sowohl multipolar als auch multikulturell“ sei (Huntington 1996: 19). Die traditionellen Fronten zerfielen demnach und die verschiedenen Kulturen würden zum Hauptunterscheidungspunkt im weltweiten Geschehen. Die Welt ließe sich nun in acht verschiedene Kulturkreise einteilen: den sinischen, den japanischen, den hinduistischen, den islamischen, den westlichen, den slawisch-orthodoxen, den lateinamerikanischen sowie den afrikanischen (hier lässt er offen, ob sich um einen eigenständigen Kulturkreis handelt) (Huntington 1996: 57-61). Dabei gruppierten sich die Staaten eines Kulturkreises um einen Kernstaat, der an die Stelle der Supermächte des Kalten Krieges trete (Huntington 1996: 246). Nach Huntington behielten zwar die einzelnen Staaten ihre beherrschende Bedeutung, würden aber in Koalitionen agieren, die anhand von kulturellen Gemeinsamkeiten gebildet werden und deren Loyalität untereinander ihr Handeln stärker als rein rationale Zielsetzungen bestimmten. (Huntington 1996:38). Das ausschlaggebende Kriterium für diese Zuteilung sei, neben der gemeinsamen Sprache, Abstammung, Geschichte, Lebensweise und Institutionen (Huntington 1996: 54), die Religion (Huntington 1996: 61).

Huntington macht deutlich, dass die bisherige Macht des Westens nicht aus der Überlegenheit seiner Wertvorstellungen, sondern vielmehr aus seiner „Überlegenheit bei der Anwendung von organisierter Gewalt“ (Huntington 1996: 68) resultiere. Ebenso wies er die Annahme, dass Angehörige anderer Kulturkreise durch den Erwerb westlicher Güter „verwestlicht“ werden und Modernisierung mit Verwestlichung gleichgesetzt werden könne (Huntington 1996: 98) als „reine Überheblichkeit“ (Huntington

1996: 95) zurück. Er beruft sich dabei unter anderem auf die Distinktivitätstheorie der Sozialpsychologie, nach der die Menschen „sich über das definieren, was sie [...] von anderen unterscheidet“ (Huntington 1996: 95).

Der Westen werde im Laufe der Zeit immer mehr an Einfluss und Attraktivität verlieren, da andere Kulturkreise, vor allem der sinische mit China als Kernstaat, aber auch der islamische, auf steigende Wirtschaftsleistungen, ein damit einhergehendes wachsendes militärisches Potential sowie ein enormes Bevölkerungswachstum verweisen könnten (Huntington 1996: 123-133). Die größte Bedrohung für den Weltfrieden ergäbe sich allerdings aus dem Konflikt, bei dem der universalistische Anspruch des Westens auf das neue Selbstbewusstsein islamischer Staaten trifft (Huntington 1996: 294), die historisch bewiesenermaßen besonders gewaltbereit seien und „blutige Grenzen“ besäßen (Huntington 1996: 420). Die Muslime hielten die westliche Kultur für „materialistisch, korrupt, dekadent und unmoralisch“ (Huntington 1996: 342). Sie würden den Westen nicht deshalb angreifen, weil er sich zu einer anderen Religion bekenne, sondern darum, „weil er sich zu überhaupt keiner Religion bekennt“ (Huntington 1996: 342). Laut Huntington sei das tiefere Problem jedoch der Islam, „eine andere Kultur, deren Menschen von der Überlegenheit ihrer Kultur überzeugt und von der Unterlegenheit ihrer Macht besessen sind“ (Huntington 1996: 350). Daraus schließt er, dass die Kulturen aufeinanderprallen werden und die Welt in Bruchlinienkonflikte zerfallen werde. Der Westen könne nur überleben, wenn die USA ihre „westliche Identität bekräftigt“ (Huntington 1996: 19) und sich bewusst werde, dass die Ideen wie individuelle Freiheit, politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und kulturelle Freiheit „einzigartig, aber nicht universal“ seien (Huntington 1996: 513).

Am Ende seines Buches gibt Huntington Handlungsempfehlungen, an die sich die USA halten sollten, damit sie das Eintreten eines solchen Kulturkampfes verhindern können. An erster Stelle empfiehlt er das Prinzip der Enthaltung von Kernstaaten bei Konflikten in anderen Kulturen. Er betont, dass die USA einsehen müssten, dass westliche Intervention in Angelegenheiten anderer Kulturkreise „wahrscheinlich die gefährlichste Quelle von Instabilität und potentiell globalen Konflikt in einer

multikulturellen Welt“ sei (Huntington 1996: 514) und der westliche Universalismus „zur Niederlage des Westens führen könnte“ (Huntington 1996: 512). Desweiteren propagiert er das Prinzip der gemeinsamen Vermittlung, demzufolge die Kernstaaten miteinander in Verhandlung treten sollten, um Bruchlinienkonflikte einzudämmen oder beenden zu können (Huntington 1996: 522). Als dritte Voraussetzung definiert er die Suche nach Gemeinsamkeiten, da alle Kulturen eine „dünne minimale Moral“ (Huntington 1996: 525) gemeinsam hätten.

Hauptkritikpunkte an „Kampf der Kulturen“

Das Erscheinen des Buches löste eine regelrechte Protestwelle in akademischen Kreisen aus. Die Hauptkritikpunkte sollen, um das Verständnis für die weiteren Ausführungen zu erleichtern, an dieser Stelle strukturiert und zusammengefasst werden.

Mit der Aussage „no culture is an island“ (Binyan 1993: 19) lässt sich ein häufig geäußertes Kritikpunkt an Huntingtons Kulturdefinition beschreiben. Keine Kultur bestehe rein und vereinzelt, Huntington vernachlässige die Bedeutung von Globalisierungsfaktoren wie globale Kommunikation, weltweites Reisen sowie Geschäftsbeziehungen, die alle Kulturen gegenseitig beeinflussen würden und zu einer weltweiten kulturellen Integration führen (Mazarr 1996: 183). Von vielen Seiten wurden überdies die mangelnde Definition des Kulturbegriffs und dessen willkürliche Klassifizierung als Hauptkritikpunkte genannt (Senghaas 1998: 36). Ebenso könnten sich die Kulturkreise nicht so klar ziehen lassen, wie es bei Huntington versucht wird. So kritisiert Nahost-Experte und Politikprofessor Fouad Ajami, dass Huntington „with a sharp pencil and a steady hand“ markiere, wo der eine Kulturkreis aufhört und die „wilderness of the other“ beginnt (Ajami 1993: 2). Darüber hinaus könne die Darstellung des islamischen Kulturkreises als einheitlicher Akteur der Vielschichtigkeit des Islam, besonders im Hinblick auf die Differenzen zwischen Schiiten und Sunniten, nicht gerecht werden. So wendet sich auch Kishore Mahbubani, ehemaliger Staatssekretär für auswärtige Beziehungen Singapurs, gegen Huntington, als er schreibt, dass es angesichts der muslimischen Vielfältigkeit nicht

möglich sei, dass sie sich zu einer einheitlichen Kraft zusammenschließen könnten (Mahbubani 1993:10). Laut der ehemaligen US-Botschafterin Kirkpatrick sei der Konflikt zwischen fanatischen und totalitären Ambitionen innerhalb des Islam sehr viel evidenter als zwischen dem Islam und anderen Kulturkreisen (Kirkpatrick 1993: 23).

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Hauptkonflikte wohl weiterhin durch Interessendivergenzen verursacht werden, und die Kultur nicht der dominierende Faktor wäre. So verliefen weiterhin die Konflikte anhand der „structural-political and economic inequalities between the two worlds of ‚have‘ and ‚have nots““ (Hunter 1998: 19). Ajami bezweifelt darüber hinaus grundsätzlich, dass die religiösen Werte für das Entstehen von Kulturen die ausschlaggebende Rolle einnehmen, denn Huntington „has underestimated the tenacity of modernity and secularism“. Fachleute und die modernistische Mittelklasse stellen sich nach Ajami gegen diese Bewegung, da sie wüssten, dass ein „detour into religious fanaticism“ einen „fling with ruin“ bedeute (Ajami 1993: 2).

Auch wird seiner Aussage widersprochen, dass wirtschaftliche und soziale Modernisierung nicht mit Verwestlichung einhergehe. So betont Harald Müller von der Hessischen Stiftung für Frieden und Konfliktforschung, dass sich mit zunehmender Modernisierung zumindest ein „partnerschaftliches Verhältnis“ mit dem Westen entwickeln würde (Müller: 1997: 46). Ähnlich argumentiert Francis Fukuyama, da seiner Meinung nach Modernisierung ohne die Übernahme von westlichen Werten nicht möglich sei (Fukuyama 1996: 18).

Debatte über „Kampf der Kulturen“ nach 9/11

Nach der Flugzeugentführung durch islamistische Terroristen und den darauf folgenden verheerenden Anschlägen auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 wurde von einem Tag auf den anderen Huntingtons Kulturkampf-Theorie so aktuell wie nie zuvor. Darüber hinaus schienen sich auch mit den folgenden Terroranschläge auf Djerba und Bali, Madrid und London, dem um die dänischen Mohammed-Karikaturen entbrannten Streit und die islamistisch motivierte Ermordung des niederländischen Filmregisseurs Theo van Gogh

Huntingtons Prophezeiungen von einem Kampf des Islam gegen den Westen zu bewahrheiten. Anschließend soll demnach die öffentliche Debatte über seine Theorie nachgezeichnet und analysiert werden. Es wird sich auf die US-amerikanischen Reaktionen beschränkt, da den USA die entscheidende Rolle im darauffolgenden Kampf gegen den Terror zuteilwurde und die amerikanische Öffentlichkeit besonders Stellung zu dem vermeintlichen Kulturkampf bezogen hat.

Rolle der Medien

Da die Medien einen entscheidenden Einfluss auf die Meinung der breiten Öffentlichkeit und deren Verständnis für internationale Geschehnisse haben, soll an dieser Stelle die Berichterstattung einer der führenden Tageszeitungen, der New York Times, auf Aussagen bezüglich eines clash of civilizations untersucht werden.

Direkt nach den Anschlägen vom 11. September brachte die New York Times eine neue Rubrik mit dem Titel „A Nation challenged“ (The New York Times 2002) heraus. Darin erschienen bis zum 31. Dezember 2001 täglich neue Artikel über die möglichen Ursachen der Terroranschläge, deren Konsequenzen und das Leben nach 9/11. Schon ein Blick auf die Titel der regulären Artikel, aber besonders derer in dieser Rubrik, lassen Rückschlüsse auf die Perzeption der Anschläge als einen Kampf der Kulturen zu (Abrahamian 2003: 531). So trugen sie die Überschriften wie „Yes, this is about Islam“ (Rushdie 2001), „This is a religious war“ (Sullivan 2001), „Jihad 101“ (Friedman 2001b), „Defusing the holy bomb“ (Friedman 2002), „The force of Islam“ (Frantz 2002), „History Illuminates the Rage of Muslims“ (Rothstein 2006) „Divine Inspiration“ (Keddie 2001), „Dreams of Holy War“ (Boxer 2001), „How Islam and Politics Mixed“ (Mehio 2001) oder „The deep intellectual roots of Islamic terror“ (Worth 2001). Besonders Thomas Friedman, Nahostexperte der New York Times, betonte immer wieder, dass es den Terroristen nicht um bestimmte Forderungen gehe, sondern die Anschläge lediglich dazu dienten, „muslim rage against Western civilizations“ zum Ausdruck zu bringen (Friedman 2002). Er beschreibt, wie in Pakistan, dem Verbündeten der USA im Krieg gegen den Terror, T-Shirts mit bin Laden-Motiv und Aufschrift „Jihad is Our Mission“ an begeisterte Anhänger verkauft werden (Friedman

2001b). Auch Salman Rushdie fragt sich, wieso es diese Welle an Befürwortern von bin Laden und Al-Qaida in der muslimischen Welt gab, wenn es angeblich nicht um den Islam an sich ginge (Rushdie 2001). Ebenso beschreibt Andrew Sullivan, dass 9/11 erst „the beginning of a new epic war“ wäre (Sullivan 2001) und die Anschläge wohl in den Jahrhunderte alten Rivalitäten zwischen dem Islam und dem Christentum begründet lägen (Crosette 2001a).

Wenn über den Islam allgemein berichtet wurde, dominierte ein negativer Tenor. So ging es meist um Themen wie die wirtschaftliche Stagnation (Schwartz 2001), die scheinbare Unvereinbarkeit des Islam mit der Demokratie (Crosette 2001b) und die extremistischen anti-westlichen Ansichten der muslimischen Bevölkerung (MacFarquhar 2001). Generell wurde die Berichterstattung stark durch kulturelle Konflikte, den Islam und die Bedrohung für die westliche Kultur bestimmt. Der Kurzschluss, dass zwar nicht alle Muslime Terroristen, jedoch alle Terroristen Muslime sind und deshalb die Gefahr für den Westen aus dem Islam kommt, wird in der Berichterstattung als ein Indiz für einen Kampf der Kulturen angegeben (Seib 2004: 76).

Unterstützer der Thesen Huntingtons

Im Folgenden sollen Aussagen bekannter Persönlichkeiten analysiert werden, die sich explizit zu der Interpretation der Anschläge als Kampf der Kulturen geäußert haben. Die Personen, auf die sich bezogen wird, hatten alle einen erheblichen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs und sollen repräsentativ für die Reaktionen in den wissenschaftlichen Kreisen sein. Einer der überzeugtesten Verfechter von Huntingtons Thesen ist Bernard Lewis, der schon vor den Anschlägen in seinem Essay „Roots of Muslim Rage“ eine Tendenz beschreibt, bei der sich die Konflikte zwischen dem Islam und dem Westen verschärfen – „this is no less than a clash of civilizations – the perhaps irrational but surely historic reaction of an ancient rival against our Judeo-Christian heritage, our secular present, and the worldwide expansion of both“ (Lewis 1990: 8). Hier wird offensichtlich, dass Lewis derjenige ist, der bereits 1990 den Begriff des clash of civilizations entworfen hat, der dann später von Huntington übernommen und geprägt wurde. Nach den Terroranschlägen war er ein gefragter

Gast in Fernsehrunden und wurde unter anderem eingeladen, vor dem Weißen Haus zu sprechen. In seinem neuen Bestsellerbuch mit dem Titel „What went wrong?“ bestärkte er seine Ursprungsthese aus „Roots of Muslim Rage“ und führte sie weiter aus. Er fühlte sich in seiner Auffassung vom Islam bestätigt, dass dieser aufgrund der Zusammenführung von Religion und Staat, seiner Unverträglichkeit mit der Demokratie, seiner Ablehnung von Modernisierung und dem Verharren in der Vergangenheit und seiner Faszination für Kreuzzüge, Terrorismus und Gewalt seit Jahrhunderten einen Hass gegen den Westen entwickelte, der in den Anschlägen vom 11. September sichtbar zum Ausdruck kam. In seinem 2003 erschienenen Buch „The Crisis of Islam: Holy War and Unholy Terror“ bringt er sein Verständnis von den Anschlägen vom 11. September als Verkörperung eines Kampfes der Kulturen ebenso deutlich wie in seinem Essay „I’m right, you’re wrong, go to hell“ (Lewis 2003a: 36) zum Ausdruck. Die muslimische Welt lehne den Westen ab „[n]ot so much for what it does as for what it is“ (Lewis 2003b: 22).

David Frum, damals ökonomischer Redenschreiber für George W. Bush, stellte in der Zeitschrift Foreign Policy fest, dass „more and more [of the American citizens, a.d.V.] are coming to believe that Islam really is inherently hostile to democracy and the West. Civilizations are clashing. Paul Wolfowitz has lost. Sam Huntington has won“ (Frum 2007: 44). Auch einige frühere Kritiker von Huntington durchliefen mit den Anschlägen einen Gesinnungswandel. Augenscheinlich wird dies vor allem bei Fouad Ajami, einer der Hauptkritiker von Huntingtons Erstartikel in der Zeitschrift Foreign Affairs, der dessen Aussagen einst als „curious“ und „wrong“ (Ajami 1993: 3) bezeichnete, denn „civilizations do not control states, states control civilizations“ (Ajami 1993: 9). Nun bekennt er, „those 19 young Arabs who struck America on 9/11 were to give Huntington more of history’s compliance than he could ever have imagined“ (Ajami 2008: 1). Fünfzehn Jahre nach der Erstveröffentlichung seines Aufsatzes, so gibt Ajami in einem Interview mit dem Titel „The Clash“ zu, erscheinen Huntingtons Thesen „more compelling to me than the critique I provided at that time“. Er bezeichnet Huntington nun als „one of two great intellectual figures who peered into the heart of things and were not taken in by globalism’s conceit“ (Ajami

2008: 2).

Auch obwohl Präsident George W. Bush öffentlich immer wieder betonte „there is no clash of civilizations“ (Bush 2004), machte er doch immer wieder Anspielungen, dass es „civilized people“ geben müsse, die sich gegen die „rough states“ verbünden müssten (Bush 2001b). Überdies wird mit einem Blick auf die Strategie des Kampfes gegen den Terror deutlich, dass er genau Huntington’s Beschreibung entspricht. Wenn sich jemand also nicht an die Seite Amerikas stellt, so gehört er als „uncivilized state“ automatisch der bösen, barbarischen Seite an. Der permanente Kampf der „free and just world“ gegen die „axis of evil“ (Bush 2002) wird als ein Kampf zwischen „civilization“ und „terrorism“ konstruiert – „[t]his is civilization’s fight“ (Bush 2001b).

Der wohl bekannteste Befürworter der Clash of Civilizations-Theorie ist der Anführer von Al-Qaida, Osama bin Laden, selbst. Er machte in Interviews und Videobotschaften immer wieder sehr deutlich, dass es keine Lösung für ein friedliches Zusammenleben mit den USA und den Ungläubigen geben könne – „there is no question that war between us is inevitable“ (Bin Laden 1998 zit. n. Bukay 2008: 272). Auch als er in einem Interview einige Wochen nach den Anschlägen vom 11. September von einem al Jazeera-Journalisten direkt nach seiner Meinung gefragt wird, ob er dem Konzept eines Kampfes der Kulturen zustimme, bejahte er diese Aussage ausdrücklich.

T. Alouni (Interviewer): What do you think of the so-called „war of civilizations“? You always keep repeating „crusaders“ and words like that all the time. Does that mean you support the war of civilizations?
Bin Laden: No doubt about that: The book mentions this clearly.[...] He who claims there will be a lasting peace between us and the Jews is an infidel. He’ll be denouncing the book and what’s in it.
(bin Laden 2001 zit. n. CNN World 2002)

Bush selbst habe einen „crusade“ (Bush 2001a) angekündigt. „The odd thing about this is that he has taken the words right out of our mouth“ (bin Laden 2001, zit. n. Lawrence 2005: 121). Bin Laden hebt hervor, „[t]his battle is not between al Qaeda and the U.S. This is a battle of Muslims against the global crusaders“ (Bin Laden 2001, zit. n. CNN World 2002). Der Islamwissenschaftler

und Politikprofessor Gilles Kepel geht sogar so weit zu behaupten, dass Huntingtons Werk „the top reference for all Islamist militants“ (Kepel 2003: 133) sei, da darin bestätigt werde, dass die beiden Kulturen „incompatible“ seien (Kepel 2003: 74).

Kritiker der Thesen Huntingtons

Wie bereits dargestellt, gab es eine sehr klare Tendenz in der Öffentlichkeit, den Kampf der Kulturen als Begründung für die Terroranschläge vom 11. September zu betrachten. Jedoch gab es auch eine starke Gegenbewegung, die gegen eine solche Interpretation der Geschehnisse protestierte.

So wehrte sich allen voran der palästinensisch-amerikanische Literaturkritiker Edward Said heftig dagegen, die Terroranschläge als ein Anzeichen für einen Kampf der Kulturen anzusehen „[i]nstead of seeing it for what it is – the capture of big ideas [...] by a tiny band of crazed fanatics for criminal purposes“ (Said 2001: 11). Er bringt in seinem Artikel „Clash of Ignorance“ deutlich zum Ausdruck „[h]ow finally inadequate are the labels, generalizations and cultural assertions“ (Said 2001: 12). Er äußert starke Kritik an der vereinfachten Darstellung eines guten wir und eines bösen die anderen, da dies nur davon ablenke, die tatsächlichen Probleme zu betrachten. Es denke sich besser in Kategorien von

„powerful and powerless communities, the secular politics of reason and ignorance, and universal principles of justice and injustice, than to wander off in search of vast abstractions that may give momentary satisfaction but little self-knowledge or informed analysis. ‘The Clash of Civilizations’ thesis is [...] better for reinforcing defensive self-pride than for critical understanding of the bewildering interdependence of our time“ (Said 2001:13).

Charles Kupchan, Professor für Internationale Beziehungen an der Georgetown University, stellt in seinem Buch „The End of the American Era“ fest, „the ongoing struggle between the U.S. and Islamic radicals does not represent a clash of civilizations“ (Kupchan 2002: 70), sondern resultiere aus der wirtschaftlichen Stagnation innerhalb der islamischen Welt. So spricht auch

der Politikberater Zbigniew Brzezinski die wohl meistgenannte Kritik an der Auffassung aus, die Terroranschläge seien rein aus dem Hass des Islam gegen den Westen entstanden. Er unterstreicht, dass

„[h]ostility toward the United States [...] originates more from specific political grievances, such as Iranian nationalist resentment over the US backing of the Shah, Arab animus stimulated by US support for Israel, or Pakistani feelings that the United States has been partial to India, than from a generalized religious bias“ (Brzezinski 2004: 59).

Anstatt sich Theorien hinzugeben, die lediglich darauf abzielen, die eigene Überlegenheit hervorzuheben, bräuchte man nach dem Geschichtswissenschaftler und Autor Michael Hunt eine öffentliche Debatte, bei der die Amerikaner sich ebenso mit sich selbst beschäftigen, anstatt immer nur die Schuld bei den Anderen zu suchen. Wenn es denn einen Zusammenstoß irgendeiner Art von Fundamentalismus gäbe, dann bestehe dieser auf beiden Seiten, denn auch Amerikaner brachten „to the September 11 crisis a deeply rooted nationalistic faith“ mit, der „universal in its application, ahistorical in its thinking, and reductive in its view of other cultures“ (Hunt 2002: 425) sei. Auch der Politologe Joseph Nye stellt klar, dass es sich seiner Meinung nach nicht um einen Kampf der Kulturen, sondern eher um einen „contest closely tied to the civil war raging within Islamic civilization between moderates and extremists“ (Nye 2004: 17) handele. Die USA könne den Krieg gegen den Terror jedoch nur gewinnen, „if they adopt policies that appeal to those moderates and use public diplomacy effectively to communicate that appeal“ (Nye 2004: 17). Sie sollten sich demzufolge wieder auf Anwendung von Smartpower konzentrieren, anstatt auf den Propaganda-Krieg der Fundamentalisten einzugehen.

Fukuyama betont, dass auch nach den Anschlägen von 9/11 seine Theorie vom Ende der Geschichte Gültigkeit besäße. Die Anschläge vom 11. September seien als ein „desperate backlash against the modern world“ derjeniger aufzufassen, die eine Modernisierung ihrer Gesellschaft verweigern (Fukuyama 2002: 3). Der aktuelle Konflikt sei „not simply a fight against terrorism, nor against Islam as a religion or civilization, but rather against Islamo-facsim“ (Fukuyama 2002:

6), die radikale, intolerante und antimoderne Abspaltung innerhalb des Islam. Jedoch hätte sich auch nach den Anschlägen vom 11. September gezeigt, dass es viele Proteste in der islamischen Welt für eine liberalere politische Ordnung gab. Dabei hebt er vor allem die Demonstrationen im Iran hervor, bei denen „earlier chants of ‘Death to America!’“ ersetzt wurden durch „cries ‘We love you America’, even as American bombs were raining down on the Taliban next door in Afghanistan“ (Fukuyama 2002: 7). Nach wie vor ist er deshalb davon überzeugt, dass sich das westliche System weiterhin in der ganzen Welt verbreiten werde, da nur in Demokratien fortschrittliche Technologien und Reichtum entwickelt und vor allem die „de facto diversity of the contemporary world“ (Fukuyama 2002: 7) gehandhabt werden könne.

Huntingtons eigene Sichtweise

Nachdem das Schlagwort von einem Kampf der Kulturen in aller Munde war, ist es interessant zu sehen, wie der Schöpfer dieser Theorie zu den Geschehnissen steht. Nach dem 11. September 2001 führte Huntington zahlreiche Interviews, in denen er mit der Frage konfrontiert wurde, ob mit 9/11 genau jener Kampf der Kulturen eingetreten sei, vor dem er seit Jahrzehnten gewarnt hat. Nach Huntington sei es jedoch gerade die „first priority of our government“ (Huntington/Steinberger 2001) zu verhindern, dass es genau zu diesem Kampf der Kulturen käme. Er betrachtete die darauffolgenden Diskussionen jedoch als „a real danger that it could move in that direction“ (Huntington/Steinberger 2001). Er betont, dass es Osama bin Ladens Absicht sei, die Anschläge und den darauffolgenden Kampf gegen den Terror als einen Kampf der Kulturen zu inszenieren. Damit wollte er Muslime hinter sich versammeln, hat aber gleichzeitig dazu beigetragen, dem Westen „its sense of common identity in defending itself“ (Huntington 2002a: 5) zurückzugeben. Es gehe vielmehr darum, wie die islamische Welt mit den Terroranschlägen umgehe. Zwar hätten fast alle Regierungen islamischer Staaten die Terroranschläge verurteilt, jedoch gäbe in der Bevölkerung eine große Zustimmung. „People in Muslim countries cheered the attacks, and huge majorities in most Muslim countries expressed sympathy for Al Qaeda and opposed U.S. intervention in Afghanistan“ (Huntington

2003: 13). Er unterstreicht, dass die islamische Gewalt nicht im Islam inhärent sei, sondern auf „unsuccessful modernization, [...] the absence of pluralism and liberty, [...] historic resentment [...] and [...] the division within Islam“ (Huntington 2002b: 4) zurückzuführen sei. Jedoch überrasche ihn die Tatsache nicht, dass die Terroristen gebildete Muslime waren, da dies genau seiner Analyse entspricht, nach der viele Fundamentalisten einen hohen Bildungsstand inne hätten (Huntington/Steinberger 2001).

In den Wochen nach 9/11 hätte sich die amerikanische Öffentlichkeit die Frage gestellt, woher der Hass auf die USA käme. Huntington erklärt „[t]hey hate us in part for what we do, but also for what we are. They fear our power, envy our wealth, condemn our values, and resent our arrogance“ (Huntington 2003: 16). In seinem Essay „The Age of Muslim Wars“ geht er darauf ein, dass der vermeintlich neue Krieg gegen den Terror, wie er im US-amerikanischen Politjargon bezeichnet wird, gar nicht so neu, sondern vielmehr „a continuation and escalation of previous patterns of violence involving Muslims“ (Huntington 2001: 143) sei. Er bedauert, dass einige extremistischen Muslime seine Idee des clash of civilizations für ihre Zwecke benutzten. Jedoch wendet er sich gegen die Vorwürfe, seine Theorie wäre eine Art selbsterfüllende Prophezeiung und dass damit die Geschehnisse letztendlich auf ihn zurückzuführen wären, denn ist der Ansicht „no prophecy or forecast is inherently self-fulfilling. It depends on how people react to it“ (Huntington 2002: 6). Unmittelbar vor dem Einzug der USA in den Irak warnt er, dass sich die USA an seine Handlungsempfehlungen halten sollten. Denn wenn sie, wie es später der Fall war, ohne Resolution des Sicherheitsrates mit der Koalition der Willigen in den Irak einmarschieren, brächten sie einen Großteil der Bevölkerung und der Regierungen der muslimischen Länder gegen sie auf (Follath 2006: 220). Abschließend bemerkt er „it’s unfortunate that it turned out to be relevant, so relevant now“ (Huntington 2004: 10).

Gesamtevaluation und Fazit

Wie dargestellt wurde, gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen zu den Thesen Huntingtons und dazu, ob sie mit den Anschlägen vom 11. September zur Realität geworden sind. In den Medien, so wird durch Analyse von

Zeitungsartikeln der eigentlich eher liberalen New York Times deutlich, wurde Huntingtons Theorie von einem clash of civilizations gemeinhin zustimmend aufgenommen. Auch wenn einige Male versucht wurde, auf die Unterschiede zwischen guten und schlechten Muslimen und die richtigen oder verzerrten Interpretationen des Islam hinzuweisen, geht dies im Gesamtbild eindeutig unter. Immer wieder wurde betont, dass es sich tatsächlich um einen Kampf des Islam gegen den Westen handle und dies auf die unterschiedliche Religion zurückzuführen sei. Da den Medien eine zentrale Rolle bei der Bildung der öffentlichen Meinung zukommt, spiegelt sich diese Einschätzung demzufolge in der breiten Bevölkerung wider. Eine derartige Schlussfolgerung scheint auf den ersten Blick nahezuliegen, drückt sie doch die allgemeine Auffassung der islamischen Welt aus, in der statt Rechtsstaatlichkeit die Scharia herrscht, Modernisierung und technologischer Fortschritt abgelehnt werden, die Gesellschaft in der Vergangenheit verharrt und Frauen unterdrückt werden. Zu all diesen Faktoren kommen die hohen Geburtenzahlen hinzu, aufgrund derer eine scheinbar unkontrollierbare Masse an jungen, arbeitslosen und gewaltbereiten Männern produziert wird. Somit werden die Anschläge als ein Ausdruck eben dieser Rückständigkeit gewertet, als eine Eskalation des Hasses auf den Westen, der eine genau entgegengesetzte Lebensweise vertritt.

Es ist wohl aber auch die etwas bequemere Variante, die darauf abzielt, die Schuld bei den vermeintlich Anderen zu suchen, die gegen Fortschritt, Freiheit und Demokratie sind. Eine Reflexion der eigenen Handlungen und Einstellungen fehlt völlig, was zu Recht von den Kritikern seiner Thesen bemängelt wird. Man kann nur darüber spekulieren, ob es auch zu diesen Gewaltakten gekommen wäre, wenn sich die USA schon früher an die eingangs vorgestellten Handlungsempfehlungen Huntingtons gehalten hätten, allen voran an das Prinzip der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten. Die Anschläge dürfen selbstverständlich nicht durch fehlerhafte Politik der USA in der Vergangenheit gerechtfertigt werden. Jedoch sollten sich auch die USA die Frage stellen, inwieweit die überhebliche Arroganz der Amerikaner, ihre Lebensweise als universal geltend anderen Kulturen überstülpen

zu wollen, zu einer solchen Ablehnung des Westens beigetragen hat. Man kann nicht zu einer nachhaltigen Lösung für die Probleme zwischen den beiden Welten kommen, so auch der Grundtenor in den Reihen der Kritiker, wenn man von Selbstkritik absieht und mit dem Finger auf den anderen zeigt. Nur durch Dialog und beiderseitigem Verständnis kann man ein friedliches Zusammenleben erreichen.

Es ist bezeichnend, dass Huntington als Urheber der Theorie davor warnt, die Terroranschläge und den darauf folgenden Kampf gegen den Terror als Verkörperung eines Kampfes der Kulturen aufzufassen. Denn wenn sowohl die muslimische, als auch die westliche Welt diese Ansicht verinnerlicht, kann es tatsächlich in der Zukunft zu einem Kampf der Kulturen kommen. Dies liegt jedoch sicherlich nicht im Interesse des Westens, denn damit erreichen bin Laden und Al Qaida genau das, was sie erreichen wollten: eine Spaltung zwischen dem Westen und dem Islam, die unüberbrückbar ist und nur mit Gewalt zu bekämpfen ist. Man darf nicht den Fehler begehen, wie es bei Bernard Lewis oder David Frum ansatzweise der Fall ist, dass man den Islam an sich als böse betrachtet und dem islamischen Glauben die Schuld an den Anschlägen geben darf. Denn so kommt es, um es mit den Worten Edward Saids auszudrücken, eher zu einem „clash of ignorance“ anstatt zu einem „clash of civilizations“ (Said 2001: 11).

Wie ist seine Kulturkampftheorie nach den Anschlägen vom 11. September nun zu werten? Nach abschließender Betrachtung der befürwortenden sowie kritischen Stimmen scheinen die Einwände an seiner Argumentation zu überwiegen – wäre es auch gefährlich für den Westen und die gesamte Welt, die Vorfälle tatsächlich so zu deuten. Dies heißt für die Beantwortung der zentralen Fragestellung der Arbeit, dass mit den Anschlägen vom 11. September nicht der Kampf der Kulturen eingetreten ist, den Huntington in seinem Buch beschreibt. Dies würde schließlich die Annahme voraussetzen, dass die Terroristen von 9/11 den Islam als Kultur repräsentieren – und das ist eindeutig nicht der Fall.

Die Auswirkungen Huntingtons Theorie auf die Fachwelt und Öffentlichkeit waren enorm und es wurde sich, wie dargelegt, nicht nur in den Medien, sondern auch bei vielen einflussreichen Wissenschaftlern immer wieder

darauf bezogen. Denn auch wenn die Meinung zum Erklärungsgehalt der Theorie sehr geteilt war, wurde sie doch als das maßgebliche Erklärungsmodell behandelt. Deshalb darf man das Gewicht der zustimmenden Akteure nicht vernachlässigen, bei denen besonders die beiden Hauptakteure der Anschläge sowie des Kampfes gegen den Terror, Osama bin Laden und George W. Bush, mit ihrer wiederkehrenden Verwendung von Begriffen wie „Kreuzzug“ oder „Religionskampf“ den öffentlichen Diskurs prägten. Die vielen Kontroversen zu Huntingtons Thesen und der sich daran entzündeten Debatte haben zumindest zu einem geführt: es wurde ein geschärftes Bewusstsein für die Bedeutung unterschiedlicher Kulturen auf die internationale Politik in der Öffentlichkeit geschaffen. Und das ist vor allem das, was Huntington mit seinem Buch bezwecken wollte (Metzinger 2000: 82). Jedoch sollte festgehalten werden, dass, wie der Kulturwissenschaftler Ronald Inglehart betonte, Kultur zwar großen Einfluss auf eine Gesellschaft hat, „but culture does not have to be destiny“ (Inglehart/Norris 2002: 70).

Auch wenn die Diskussion von Huntingtons clash of civilizations wohl noch in der Zukunft anhalten wird, sollte man sich trotzdem immer wieder vor Augen halten, dass es auch Alternativen zum Kampf der Kulturen gibt. Wenn man die Verschiedenheit zwischen den Menschen und Kulturen akzeptiert, so kann man auch lernen, friedlich miteinander zu leben ohne die eigene Kultur aufzugeben. Denn insbesondere die Religion besitzt die Fähigkeit, Menschen positiv zu bewegen, hin zu Toleranz, Verständigung und Dialog. ■■■

Quellenverzeichnis

Monographien und Sammelbände

- Brzezinski, Zbigniew, 2004: *The Choice – Global Domination or Global Leadership*, New York.
- Fukuyama, Francis, 1992: *The End of History and the Last Man*, New York.
- Hunter, Shireen, 1998: *The Future of Islam and the West: Clash of Civilizations or Peaceful Coexistence?*, Westport.
- Huntington, Samuel P., 1996: *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München (6. Auflage 2002).
- Inglehart, Ronald/ Norris, Pippa, 2002: *Islam & the West – Testing the Clash of Civilizations's Thesis – Islamic Culture and the Roots of 9/11*, Harvard.
- Kepel, Gilles, 2003: *Bad Moon Rising: A Chronicle of the Middle East Today*, London.
- Kupchan, Charles, 2002: *The End of the American Era*, New York.
- Lawrence, Bruce (Hrsg.), 2005: *Interview with Osama bin Laden in Al Jazeera, in: Messages to the World – The Statements of Osama bin Laden*, London.
- Lewis, Bernard, 2003b: *The Crisis of Islam: Holy War and Unholy Terror*, London.
- Metzinger, Udo, 2000: *Die Huntington-Debatte. Die Auseinandersetzungen mit Huntingtons „Clash of Civilizations“ in der Publizistik*, Köln.
- Müller, Harald, 1997: *Das Zusammenleben der Kulturen*, in: Seebacher-Brandt, Brigitte/ Walter, Norbert (Hrsg.): *Kampf der Kulturen oder Weltkultur? Diskussion mit Samuel P. Huntington*, Frankfurt am Main.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.), 1998: *Die fixe Idee vom Kampf der Kulturen*, in: *Zivilisierung wider Willen*, Frankfurt am Main.

Zeitschriften

- Abrahamian, Ervand, 2003: *The US media, Huntington and September 11*, in: *Third World Quarterly* 24: 3, 529-544.
- Ajami, Fouad, 1993: *The Summoning*, in: *Foreign Affairs* 4, 2-9.
- Bukay, David (Hrsg.), 2008: *Interview with Osama bin Laden and John Miller 1998*, in: *From Mohammed to Bin Laden – Religious and Ideological Sources of the Homicide Bombers Phenomenon*, New Brunswick/ New Jersey, Transaction Publishers, 271-272.
- Binyan, Liu, 1993: *Civilization Grafting. No Culture is an Island (Responses to Samuel P. Huntington's "The Clash of Civilizations")*, in: *Foreign Affairs* 4, 19-21.
- Dunn, Michael, 2006: *The 'Clash of Civilizations' and the 'War on Terror'*, in: *49th Parallel* 20, 1-12.
- Follath, Erich, 2006: *Im Westen was Neues*, in: *DER SPIEGEL* 43, 220.
- Frum, David, 2007: *Who wins in Iraq?*, in: *Foreign Policy*, 13.02.2007, 44.
- Fukuyama, Francis, 1996: *Still a dangerous Place – The Clash of Civilizations and the Remaking of the World Order – Book Review*, in: *The Wall Street Journal*, 07.11.1996, A 18.
- Hunt, Michael, 2002: *In the Wake of September 11: The Clash of What?*, in: *The Journal of American History* 89, 416-425.
- Huntington, Samuel P., 1993: *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs* 3, 22-49.
- Huntington, Samuel P., 1993: *If not Civilizations, What? Paradigms of the Post-Cold War World*, in: *Foreign Affairs* 5, 186-195.
- Huntington, Samuel P., 2001: *The Age of Muslim Wars*, in: *Newsweek* 138, 140-144.
- Huntington, Samuel P./Gardels, Nathan, 2002a: *Osama bin Laden Has Given Common Identity Back to the West*, in: *New Perspectives Quarterly* 19: 1, 5-8.
- Huntington, Samuel P./Cromartie Michael/Bloom David et al, 2002b.: *Religion, Culture, and International Conflict After September 11 – A Conversation with Samuel P. Huntington*, in: *Centers Conversations* 4, 1-16.
- Huntington, Samuel P., 2003: *America in the World*, in: *The Hedgehog Review – Critical Reflections on the Contemporary Culture* 5: 1, 7-18.
- Kirkpatrick, Jeane, 1993: *The Modernizing Imperative – Tradition and Change*, in: *Foreign Affairs* 4, 22-24.
- Lewis, Bernard, 1990: *Seeking the Roots of Muslim Rage*, in: *The Atlantic* 266: 3, 47-60.
- Lewis, Bernard, 2003a: *"I'm right, you're wrong, go to hell" – Religions and the meeting of Civilizations*, in: *The Atlantic* 291: 17, 36-42.
- Mahbubani, Kishore, 1993: *The Dangers of Decadence: What the Rest Can Teach the West*, in: *Foreign Affairs* 4, 10-14.
- Mazarr, Michael, 1996: *Culture and International Relations. A Review Essay*, in: *The Washington Quarterly* 19: 2, 174-197.
- Nye, Joseph, 2004: *The Decline of America's Soft Power*, in: *Foreign Affairs* 83, 16-20.
- Said, Edward, 2001: *The Clash of Ignorance*, in: *The Nation*, 04.10.2001, 11-13.
- Seib, Philip, 2004: *The News Media and the 'Clash of Civilizations'*, in: *Parameters*, 71-85.
- Internetquellen**
- Ajami, Fouad, 2008: *The Clash*, in: *The New York Times*, 06.01.2008 (<http://www.nytimes.com/2008/01/06/books/review/Ajami-t.html?>).
- Boxer, Sarah, 2001: *The Banality of Terror; Dreams of Holy War Over a Quiet Evening*, in: *The New York Times*, 16.12.2001 (<http://www.nytimes.com/2001/12/16/weekinreview/ideas-trends-the-banality-of-terror-dreams-of-holy-war-over-a-quiet-evening.html>).
- Bush, George W., 2001a: *Remarks by the President Upon Arrival, The South Lawn*, 16.09.2001 (<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010916-2.html>).
- Bush, George W., 2001b: *Address to a Joint Session of Congress and the American People, United States Capitol, Washington, D.C.*, 20.09.2001 (<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>).
- Bush, George W., 2002: *President Delivers State of the Union Address, United States Capitol; Washington D.C.*, 29.01.2002 (<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>).
- Bush, George W., 2004: *President speaks to the United Nations General Assembly, United Nations Headquarter New York, New York*, 21.09.2004 (<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2004/09/20040921-3.html>).
- CNN World, 2002: *Transcript of Bin Laden's October interview with Tayseer Alouni*, in: *CNN*, 05.02.2002 (http://articles.cnn.com/2002-02-05/world/binladen.transcript_1_incitement-fatwas-al-qaeda-organization).
- Crosette, Barbara, 2001a: *History; Feverish Protests Against the West Trace to Grievances Ancient and Modern*, in: *The New York Times*, 22.10.2001 (<http://www.nytimes.com/2001/10/22/world/nation-challenged-history-feverish-protests-against-west-trace-grievances.html>).
- Crosette, Barbara, 2001b: *As Democracies Spread, Islamic World Hesitates*, in: *The New York Times*, 23.12.2001 (<http://www.nytimes.com/2001/12/23/world/as-democracies-spread-islamic-world-hesitates.html?>).
- Frantz, Douglas, 2002: *The force of Islam – Turkey, on Road to Secularism, Fears Detour*, in: *The New York Times*, 08.01.2002 (<http://www.nytimes.com/2002/01/08/world/turkey-well-along-road-to-secularism-fears-detour-to-islamism.html>).
- Friedman, Thomas, 2001a: *No mere terrorists*, in: *The New York Times*, 24.03.2001 (<http://www.nytimes.com/2002/03/24/opinion/nomere-terrorist.html>).
- Friedman, Thomas, 2001b: *In Pakistan, It's Jihad 101*, in: *The New York Times*, 13.11.2001 (<http://www.nytimes.com/2001/11/13/opinion/foreign-affairs-in-pakistan-it-s-jihad-101.html>).
- Friedman, Thomas, 2002: *Defusing the Holy Bomb*, in: *The New York Times*, 27.11.2002 (<http://www.nytimes.com/2002/11/27/opinion/defusing-the-holy-bomb.html>).
- Huntington, Samuel P./Steinberger, Michael, 2001: *So, are civilizations at war?*, in: *The Guardian*, 21.10.2001 (<http://www.guardian.co.uk/world/2001/oct/21/afghanistan.religion2>).
- Huntington, Samuel P./Lamb, Brian, 2004: *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*, in: *Booknotes Transcript*, 13.07.2004 (<http://www.booknotes.org/Watch/181499-1/Samuel+Huntington.aspx>).
- Keddie, Nikki, 2001: *Divine Inspiration*, in: *The New York Times*, 16.12.2001 (<http://select.nytimes.com/gst/abstract.html?res=F30E10F7355B0C758DDDAB0994D9404482&scp=1&sq=divine%20inspiration&st=cse>).
- MacFarquhar, Neil, 2001: *Anti-Western and Extremist Views Pervade Saudi Schools*, in: *The New York Times*, 19.10.2001 (<http://www.nytimes.com/2001/10/19/international/middleeast/19SAUD.html>).
- Mehio, Saad, 2001: *How Islam and Politics Mixed*, in: *The New York Times*, 02.12.2001 (<http://www.nytimes.com/2001/12/02/opinion/how-islam-and-politics-mixed.html>).
- Rothstein, Edward, 2006: *History Illuminates the Rage of Muslims*, in: *The New York Times*, 20.02.2006 (<http://www.nytimes.com/2006/02/20/arts/20conn.html?>).
- Rushdie, Salman, 2001: *Yes, This is About Islam*, in: *The New York Times*, 02.11.2001 (<http://select.nytimes.com/gst/abstract.html?res=F60F17F83A540C718CDDA80994D9404482&scp=2&sq=yes%20this%20is%20about%20islam&st=cse>).

////////////////////////////////////
Schwartz, Alan, 2001: Getting at the roots of Arab poverty, in: The New York Times, 01.12.2001 (<http://www.nytimes.com/2001/12/01/opinion/01SCHW.html>).

Sullivan, Andrew, 2001: This is a religious war, in: The New York Times, 07.10.2001 (<http://www.nytimes.com/2001/10/07/magazine/this-is-a-religious-war.html>).

The New York Times, 2002: About "A Nation challenged" in: The New York Times, 06.01.2002 (<http://www.nytimes.com/2002/01/06/world/a-nation-challenged-editors-note-about-a-nation-challenged.html?>).

Worth, Robert, 2001: The deep intellectual roots of Islamic terror, in: The New York Times, 13.10.2001 (<http://www.nytimes.com/2001/10/13/arts/13ROOT.html>).

Alle Internetseiten wurden das letzte Mal am 31.03.2012 aufgerufen.

Christine Wüst

DOOMED TO FAILURE

Mediation Efforts by the United States of America to the Israeli-Palestinian Conflict

Christine Wüst

M.A. Governance and
Public Policy,
M.A. International
Cultural and Business
Studies,
Universität Passau,
2. Fachsemester,
christine.wuest@
gmail.com

Dieser Beitrag beruht
auf einer Oberseminar-
arbeit im Fachbereich
Internationale
Beziehungen.

Abstract

Ever since the beginning of the Israeli-Palestinian conflict, the US appeared as the primary mediator for a peaceful settlement. Nevertheless, a long record of shattered efforts after the millennium initiated by consecutive US Administrations uncovered a complete deadlock. How did the US involvement as a mediator influence the Israeli-Palestinian Peace Process? Methodologically, a state level analysis shall outline the US' mediator role regarding the Middle East conflict. Mediators must be neutral to the conflict to pursue strategies that achieve a cooperative conflict settlement. Thereby, they trigger learning processes within the disputants that transform their behavioural norm. The antagonists hence change their perception of all involved actors which makes further mediation efforts more likely or impossible. Considering the close tie between the US and Israel, biased US peace endeavours indirectly underwent the Palestinian claim and enforced the Israeli position by establishing a norm that strengthens the imbalance between the adversaries.

Introduction

A settlement of the Middle East conflict without the mediation efforts of the United States (US) is almost unimaginable. Right from the start, the US seemed rather sympathetic to Israel and sided with the new established democratic state, while discrediting the Palestinian claim, due to the Palestine Liberation Organization's (PLO) inclination to terrorist activities. Still, the US made great endeavours to settle the most serious issues with the help of the Camp David accord. Then after the end of the cold war, the peace process grinded to a halt. Clinton's efforts only showed minor progress and contributed to the Al-Aqsa Intifada. Also, the consecutive Bush administration's Road map did not display any new initiative for the settlement of the dispute. Finally, a fresh start seemed to occur when President Obama held his Cairo speech in 2009, pressing Israel to stop the settlements in the West Bank. The result was only an icy US-Israeli relationship. Yet, the Palestinian claim for statehood in the United Nations Security Council (UNSC) made the US stand again by Israel's side, uncovering the complete deadlock of the peace process. Considering the shattered peace efforts over the last 20 years; How did the US involvement as a mediator influence the Israeli-Palestinian Peace Process?

Following neoliberal arguments, a player is judged by other actors in an interdependent system based on his actions that add up to his reputation. Actors will most likely try to deal with other players who behave in line with their own preferences. This interaction can further trigger the establishment of stable cooperation based on a mutual norm foundation. Nonetheless, conflict arises when the objectives of states are contradicting. Once this occurs, mediation efforts are pursued to (re-)enter the conflict parties into a cooperative relationship by facilitating norms of peaceful interaction. The mediator must be trusted by both parties wherefore he needs to be "neutral" to the conflict. Considering the close link between the US and Israel, the following hypothesis is established: With the US as the primary mediator in the Israeli-Palestinian conflict, the deadlock of the peace process was the obvious outcome.

The methodology, applied to test the hypothesis, will stick to a state level analysis, wherein the US influence on the development of norms,

favourable to cooperative conflict settlement, shall be examined. It will be argued that by pursuing strategies to make a stable and self-policing agreement come about, the mediator triggers a learning process within the disputants that ultimately transforms the underlying norms of their behaviour. The conflict parties thus change their perception of all involved actors, making further mediation endeavours more likely or impossible. As norms only evolve and change over time, the paper will consider events that took place after the turn of the millennium. Hence, the analysis will entail the following steps. First, the US neutrality characteristics shall be considered to get an insight whether the United States was the preferred mediator by both conflict parties. To that end, the situation at the end of the Clinton administration in 2000 will be under closer scrutiny. Second, the strategies of the US to settle the dispute will be looked at more closely to gather information on how it contributed to a norm transformation. Therefore, the subsequent administrations of Bush and Obama will be examined, with a special focus on their strategies regarding the Road map and the Sharon Plan, the Annapolis agreement, the Cairo speech, as well as the settlement quarrels and ultimately the Palestinian unilateral decision of posting a statehood bid in the United Nations (UN).

For the establishment of the theoretical framework concerning the neoliberal assumptions, monographs by Keohane and Nye were primarily used, though articles in journals by Axelrod, Bercovitch and others provided further insights into the theoretical issues of norm-building and mediation. The incidents studied within the paper are mostly based on secondary literature, i.e. articles in journals and newspapers, while primary literature was found in Special Documents of the Journal of Palestine Studies.

The first chapter is dedicated to the portrayal of neoliberal theory, largely in line with Keohane's assumptions. It establishes a feasible analysis framework by using the idea of Bercovitch's contingency model, which is based on interdependent context and process variables. The context side will be covered by an approach of mediator neutrality based on leverage, while the process part takes into account Mandell and Tomlin's theory on the impact of mediation on the development of norms through the use of manipulative strategies. The consecutive two chapters shall then outline

the various relevant incidents under the Bush and Obama Administrations which are to be examined under the established framework. It will be argued that by not being “neutral” in the first place, the US endeavours to tackle the conflict are not in line with necessary cooperative norm-building behaviour. Therefore its efforts indirectly underwrote the Palestinian claim to the peace process and enforced the Israeli position. A new norm further strengthening the imbalance between the conflict parties got internalized which led to a decline in US mediator reputation and made the Palestinian Authority (PA) look for support in the United Nations.

Mediation in a Neoliberal Worldview

World politics is shaped by a system of “self-help” and anarchy, making states the most important actors in international relations (Keohane 1989: 1). Nevertheless, states are affected by other actors and events in different parts of the system, thus revealing the interdependence of nations in the international arena (Nye 2005: 198). In such an environment, interaction and cooperation is unavoidable, though because of uncertainties concerning other countries’ objectives, states face severe transaction costs¹ in doing so. Governments will have to take rational decisions to meet a prior goal or preference by weighing the possible outcome alternatives based on a cost-benefit analysis in order to maximize their satisfaction (Mintz/DeRouen 2010: 57f). The problem they face here are information asymmetries² concerning other countries behaviour and preference patterns (Keohane 2005: 94). Conflict is possible and discord occurs when states perceive each other’s policies as hindering the achievement of their own objectives. When one party tries to convince the other to change its policies and this is met by resistance, conflict arises. Cooperation, on the other hand, takes place when actors adjust their behaviour to the expectations and preferences of

¹ Transaction costs are costs a state incurs when dealing with other states. They are dependent on the extent of informational problems or information asymmetries faced by states (Estache/Martimort 2000: 1)

² Information asymmetry deals with decisions in transactions where one actor has more or better information than the other(s). This creates an imbalance of power among interacting states (Keohane 2005: 94).

others, through negotiation or policy coordination (Keohane 1991: 103). Cooperation does not mean the absence of conflict but the response or reaction to (potential) conflict (Keohane 1991: 105) in which behaviour patterns must be changed through the exercise of influence, i.e. persuasion, prestige and also the use of resources (Keohane 1989: 11).

Hence, the deficiencies of the “self-help” system lead to a need of cooperation (Keohane 2005: 88). Cooperation reduces transaction costs through the provision of behaviour standards and performance measures, thus making symmetrical information available and reducing uncertainties by lowering the range of expected behaviour (Keohane 2005: 94f). Nevertheless, actors may promise commitment they are not able or not willing to carry out (Keohane 2005: 96). In an anarchic system, violations of agreements can only be sanctioned by the cooperating partners (Keohane 2005: 98). In this case, cooperation changes transaction costs, since incentives to violate its principles are reduced through retaliation, i.e. the costs of non-compliance (Keohane 2005: 89). Still, compliance is not entirely based on retaliation. Reputation is much more important, since the international system already facilitates the choice for reliable partners instead of transgressors. Imagine a hypothetical society where no one keeps his promise- one would appreciate the one person who did. So it would be in one’s personal desire to continue dealing with this person. Consequently, while rewarding the promise keeper, deals with the others would be avoided. Future actions are thus the result of pursuing one’s objectives based upon the reputations of others plus what was good for one-self (Axelrod 1986: 1108). Therefore, the mechanisms of reputation and retaliation change a state’s cost-benefit analysis and make it comply by the cooperation’s norms (Keohane 2005: 105f).

Yet, cooperation is easier to maintain than to create (Keohane 2005: 100), especially in a situation where states oppose each other through conflicting objectives and preferences. Discord and tension are predetermined and a settlement of the occurring dispute can be a long and exhausting process, often not achievable by the conflict parties’ own endeavours. In that case, mediation may be the solution. Mediation is a conflict management process where the disputants

are willing to accept the assistance of a third party (individual, group, state or organisation) to settle their conflict or resolve their differences without resorting to physical force or invoking the authority of the law. Normally, mediation is used if 1) disputes are long and complex, 2) the disputants own conflict management efforts ended in an impasse, 3) neither side wants to tolerate further costs of escalation of the dispute, and 4) disputants are prepared to break their deadlock through cooperation.

Bercovitch proposes a contingency model, arguing that the outcome of a mediation effort is contingent upon contextual and process variables. Success³ is most likely under several context parameters, e.g. power balance between the opponents, few previous disputes with low intensity and territorial or security issues being disputed (Bercovitch et al. 1991: 8-14). The context variable of utmost importance concerns the mediator characteristics. It is claimed that parties only have confidence in a mediator if he is “neutral” because it is difficult or even impossible for a mediator to settle a dispute if he is distrusted by one of the parties (Bercovitch/Schneider 2000: 149). Two conflicting concepts of neutrality exist in the literature (Bercovitch et al. 1991: 15; Cobb/Rifkin 1991: 35). The first one is based on the principle of “neutrality as impartiality”, i.e. the mediator must separate his own opinion from the outcome and desires of the conflict parties. Power is an attribute of the mediator who can exercise it by coercing the disputants or by showing bias. Impartiality means therefore that no domination or coercion is allowed to settle the conflict. This notion implies a paradox, as it entails the detachment of the mediator from the conflict, though in practice, the mediator is a major participant in the dispute interactions which requires proactive involvement from his side. Therefore, the second concept of “neutrality as equidistance” fits more. Here, the mediator uses his power to equalize information during power imbalances which can conceal hidden agendas (Cobb/Rifkin 1991: 42-48), thus balancing the conflict. Mediators engage in behaviour designed

³ Mediation “success” occurs when mediation is given credit for making a difference to a conflict or settling the dispute. Partially successful mediation is when a mediator’s action achieve dialogue between the conflict parties. Limited success takes place when only a cease-fire is achieved (Bercovitch et al. 1991: 9).

to reframe the conflict and persuade the opponents into an accord. Consequently, they need leverage and resources as they enhance a mediator’s ability to influence the outcome of negotiations (Bercovitch et al. 2000: 15). Thus, a mediator is not accepted based on his antidote to bias but on the perceived ability to influence, protect or extent the objectives of each party. In a conflict situation reasoning, logic and impartiality may partly influence the antagonists, although a greater impact is achieved through resources. The strongest one is legitimacy, derived from the structure of the relationship. With its help, trust and credibility can be established easier. Consequently, the presence of a high-ranking and legitimate mediator allows the parties to step down from fixed positions and make concessions without “losing face” (Bercovitch/Schneider 2000: 149f). In terms of process variables that affect the outcome of a mediation endeavour, the varying strategies of the mediator are of great magnitude. Generally, the most active mediator is most likely the more successful one (Bercovitch et al. 1991: 15f).

Mediation and Norm-Building

A norm can have tremendous power. It promotes order because it provides the means for states to coordinate and establish common expectations and a shared reference frame (Axelrod 1986: 1095f). Norms are general behaviour standards defined in terms of rights and obligations that contain clearer orders to members about legitimate or illegitimate behaviour (Keohane 1991: 108f). Axelrod employs a behavioural definition of the concept, whereby “a norm exists in a given social setting to the extent that individuals [or other social units] usually act in a certain way and are often punished for not acting in this way” (Axelrod 1986: 1096f). Thus norms exist by degrees, and may grow and decay, depending on how frequently a particular norm-based action is taken. This evolutionary and behavioural approach to norms is based on learning, where social actors engage in adaptive behaviour and in so doing, transform the normative system of their social interaction (Mandell/Tomlin 1991: 45). So, for the relevance of mediation efforts, the question needs to be answered how norms arise and develop.

Generally, norms are established through an

evolutionary approach and follow the principle of what works well for a player is more likely to be used again, while what turns out poorly is more likely to be discarded (Axelrod 1986: 1097). Axelrod identifies conditions that favour the development of norms; therein reputation and dominance especially are most relevant for the transformation of conflict behaviour (Mandell/Tomlin 1991: 45f).

- Dominance occurs when one or few powerful third party actors wish to promote certain behaviour; their potential sanctions are enough to foster and establish these desired behaviours as a norm. In the case of intractable conflict, the powerful actors will not be able to force compliance. Here, they should use their dominance to promote incremental change.
- Reputation influences the origins and content of norms through learning processes. Involved actors make inferences about each other on the basis of signals transmitted through actions. When actors are rewarded/punished for their behaviour, others perceive the signals and learn the behaviour for themselves (Mandell/Tomlin 1991: 45).

This learning approach suggests the importance of being able to link behaviour with its response. Behaviour is easier established as a norm if the response of others is prompt and rewarding. Failing such a (prompt) response triggers also learning if the (delayed) punishment is explicitly connected to the earlier violation (Axelrod 1986: 1109).

Nevertheless, what direct role do third parties play in the evolution of norms that promote cooperation and counter conflict? All actors of a mediated negotiation effort, i.e. the conflict parties and the mediator, are part of a bargaining and negotiation system in which each party has expectations, exerts influence, receives rewards and incurs costs. Key elements of this negotiation system are contextual and process factors as they define the actual parameters of the process of bargaining and negotiation between the parties (Mandell/Tomlin 1991: 46). These process and context variables are interdependent with one directly affecting the other. Based on this approach, the following analysis framework

will identify factors that lead to the rise of international norms advocated by the use of third party mediation (Mandell/Tomlin 1991: 44).

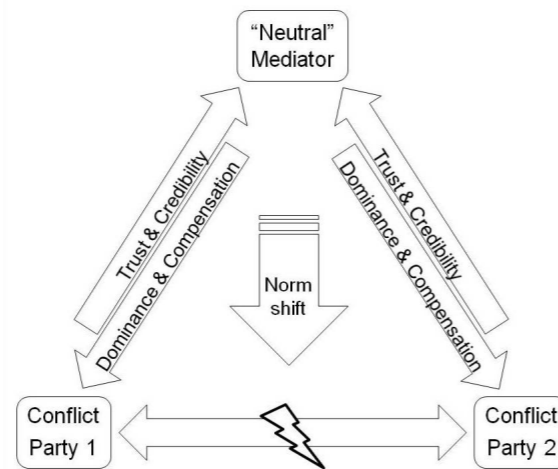


Abb. 1: Analysis Framework (own representation based on Axelrod 1986; Bercovich 1991; Mandell/Tomlin 1991).

The context variables that shall be mainly looked at are the ones concerning the mediators characteristics and foremost his perception of neutrality. As established above, neutrality (as opposed to impartiality) implies that the mediator uses his resources and leverage to balance power and information asymmetries between the conflict parties to gain their trust and legitimacy (Cobb/Rifkin 2000: 46f). Hence, a mediator is preferred if he is seen by both conflict parties as the one who can sufficiently broker the antagonists core objectives in the conflict through the use of leverage and resources (Bercovitch/Schneider 2000: 149).

The process factors then include communication and influence strategies applied by the mediator in order to transform the underlying conflict behaviour norm established between the opponents into one of cooperation and peaceful interaction (Mandell/Tomlin 1991: 46). In line with this, there are four fundamental strategies available to the mediator:

- Inaction;
- Integration, i.e. identifying a solution within a potential zone of agreement on a common ground;
- Pressing, wherein the mediator reduces the set of non-agreement alternatives available to the parties by increasing the costs attached to these alternatives;

- Compensation, which involves increasing the number of agreement possibilities through offering the conflict parties something that they lack (Mandell/Tomlin 1991: 46f).

When the system's norms are already based on extended and intense conflict behaviour, only the two manipulative ones, pressing and compensation, represent the most effective form of mediation. In this situation, the mediator needs substantial incentives or punishments to encourage the behavioural change in the antagonists in order to support the transition to cooperative norms. Hence, it is central to prove if the mediator can generate learning through altering the preference structures of parties (concerning the means of conflict management) with the help of manipulation. Conflict parties may see the benefits of self-binding commitments, functional cooperation and reliance on mediated negotiation. Mutual restraint can become seen by the adversaries as cooperation and repeated behaviour may become a norm (Mandell/Tomlin 1991: 46f). To that end, the mediators must specifically:

- Foster repetitive behaviour by encouraging the parties to abide by the newly establishing norms and to restrain from force;
- Reward consistently the new learning by guaranteeing its compliance and by compensation, i.e. the mediator guarantees the conflict parties compliance to an agreement, hence serving as a substitute for mutual trust. Guarantees may reduce the uncertainties associated with cooperation in the face of potential defection, thus can restrain some conflict behaviour. Moreover can the third party use an explicit strategy of compensation to demonstrate the absence of costs associated with the conflict behaviour; and
- Facilitate congruence with other transnational norms by making their new intentions public. Defection would thus lead to a decline in reputation not wanted by the parties (Mandell/Tomlin 1991: 46f, 53f).

In line with Axelrod's learning approach, these strategies serve as a means to support a norm which is only partially established by providing disincentives to defect by punishing traitors or

by creating incentives through the reward of those parties that comply with the developing norm. Consequently, mediators playing a manipulator role with the use of pressing and compensation strategies will reinforce behaviour that incrementally changes the conflict norms and make future mediation unnecessary. Hence, the mediation process serves as a transitional link between two conflict systems and their respective normative orders: one whose legitimacy is rooted in the use of armed force to one of cooperation and the restraint from force (Mandell/Tomlin 1991: 54). This transition is based on all actors' ability to learn from their mutual behaviour and adjust their preference patterns accordingly. As the mediator himself is the most powerful part in these interactions, his behaviour will not only set the standard of the actions of the conflict parties and thus their reputation but will also affect his own legitimacy in the negotiation process. Thus, his strategies of leverage and reward will finally have an impact on his own mediator characteristics and thus his reputation.

A serious challenge to the investigation of norms is the problem of establishing evidence of their presence and to objectively describe them. Nevertheless, one can track necessary preconditions for the creation of new norms. If the behaviour adopted by the parties display new patterns of repeated behaviour, this can be a signal for the emergence of a new conflict-restraining norm. Three patterns of behaviour, associated to norms are especially important:

- Exchanges and trade-offs, engineered by the mediator, occur frequently to establish a norm of reciprocity between the parties.
- Occurrences of limited cooperative behaviour signalling the possible emergence of functioning cooperation on limited issues while remaining adversarial in their general relationship.
- Increasing reliance on the mediator by the parties for further conflict interaction (Mandell/Tomlin 1991: 47).

The Bush Administration's Middle East Approach

In the subsequent two chapters, this framework shall be tested on the US mediation strategies towards the Israeli-Palestinian conflict. In order to have the primary mediator reputation, necessary

as a starting point of comparison for the following analysis, the Clinton administration will shortly be outlined before the strategy analysis is conducted on Bush's presidency.

When Bill Clinton assumed office in 1993, he was reluctant to proactively approach the Middle East. The American self-imposed role was rather to facilitate negotiations and not to inflict its own views. In line with that, Clinton always played the facilitator but was reluctant to get substantially involved in the issues (Quandt 2005: 323, 345). Nevertheless, the United States remained true to its ally Israel and appeared as a supporter and outside guarantor to the Oslo Agreement signed in Washington on the 13th September 1993. The Oslo I Accords constituted just the first of a series of agreements designed to address the increasingly complex issues of the conflict in an incremental fashion. More active US involvement into this process started during the negotiation process of Oslo II and finally ended with the Camp David II Summit in 2000 (Hancock/Weiss 2011: 429, 432). During the whole Clinton term, there was no pressure on Israel's expansion of settlements. Accordingly, the settler population increased by 72% in Gaza, West Bank and East Jerusalem during 1993-2000 (Marshall 2001). Nonetheless, given the frosty relationship between Clinton and Netanyahu, Arafat could significantly improve his own affiliation with the US-President. The PLO hoped for more support from the US, since Clinton had the ability to persuade both sides that he sympathized with them (Slater 2001: 177). Although considering past tracks, the probability was higher that he would prefer Israel's position. Accordingly, at Camp David, both conflict parties had confidence in Clinton (Quandt 2005: 365f). At the summit, Barak and Arafat had little interest in another interim agreement since the logic of small incremental steps as the way to reach peace had exhausted itself. Yet, both sides were hesitant to flexibly alter their positions regarding the final status and Clinton did nothing to push them further (Quandt 2005: 367f). He rather gave unconditional US support to Israel, wherefore Arafat rejected the American/Israeli offer of a cantonised West Bank without sovereignty of East Jerusalem and no refugee return possibility (Safieh 2010: 218f). What is more, when the summit finally failed, Clinton mostly blamed Arafat's reluctance as the main reason for the breakdown of negotiations while Barak had made

concessions during his proposals (Slater 2001: 184). Soon thereafter, the second Intifada broke out.

Despite the Palestinian criticism that the US did nothing to stop ongoing settlement activities, both sides believed in Clinton to be the right mediator for their cause, due to his ability to create confidence in the two opponents alike (Quandt 2005: 365). During the Camp David summit, however, he mostly lost this credibility by not applying equal leverage. While he tried to push Arafat into an accord, he mostly refrained from convincing Barak to make greater concessions, more acceptable by the Palestinians (Slater 2001: 189). All in all, the outcome was that "Israelis on the whole seemed reassured that Clinton was a close friend. Palestinians were not so sure [...]. The Palestinian negotiators, who had been frustrated at the July summit by what they thought was American bias in Israel's favour, spoke openly of the need for the United States to be an honest broker, to put forward compromise proposals of its own, not just warmed-over Israeli ideas" (Quandt 2005: 372). By failing to bridge the Palestinian-Israeli gap and publicly blaming the Palestinians, Clinton largely forfeited Palestinian confidence in the US as a viable peace broker (Slater 2001: 198).

Nevertheless, after the change of the US Administration and during Bush's first two years in office, the US mediator strategy to the Israeli-Palestinian Conflict was clearly one of inaction. When George W. Bush took office, Ariel Sharon came to power as Israel's PM directly refusing to work further on a peace deal with Palestinian "terrorist" Arafat (Quandt 2005: 388f). Since the bilateral relationship between the US and Israel under Sharon and Bush thrived, the US President vetoed a UNSC resolution, calling for a UN observer force to protect Palestinians in the occupied territories based on the argument that any outside involvement in issues under bilateral negotiation would prejudice the outcome of such discussions. On top of that, the administration went along with and actively supported Israel's notion that any freeze in settlements will have to be preceded by an absolute cease-fire from the Palestinian side. This mantra was even expanded to any possible peace negotiations (Christison 2004: 36-38), so that any lapse by the Palestinians would hence be an excuse for not implementing further withdrawals from the territories (Quandt

2005: 351). Moreover, Bush followed Sharon's implication that Palestinian terror was part of the problem for peace and assured US buttress to further fight Palestinian insurgencies (Shannon 2009: 156).

This approach changed somewhat after the terrorist attacks on 9/11 and increased pressure by international allies in the wake of the Iraq war (Nye 2005: 184). In June 2002, Bush held a speech in which he publicly called for a two-state-solution, being the first President of the United States to do so, under the premise of an altered Palestinian government (implying the ouster of Arafat) and in line with the principle of reciprocity, i.e. violence must end before Israeli settlement issues could be addressed during formal talks. His administration promised further a more active engagement in the peace process and called for the end of occupation (Christison 2004: 38f). It then took the Bush administration another year to translate these basic assumptions into the Road map⁴ for peace which was backed internationally by the Quartet on the Middle East⁵ (Quartet) and finally published in April 2003 after the appointment of Mahmud Abbas as Palestinian PM and after Israel's major concerns on the text had been removed (International Crisis Group 2003: 84). Despite what the name implies, the Road map is not a detailed, self-executing peace plan but rather a balanced exhortation to the parties to end the violence, halt settlements, reform the Palestinian institutions (especially the security forces, with US-Egyptian help), establish a viable Palestinian state and reach a final settlement on all issues by 2005. It moreover envisaged three incremental phases of institution building and withdrawals to reach the end goal, missing, however, any indication of what would happen if either party failed to meet its obligations (U.S. Department of State 2003: 88-94). At the same time, as neither side was persuaded that the agreement will ever be implemented or that it is anything more than a diplomatic feel-good exercise, both conflict parties had a number of objections to the plan. While Israel insisted on issues enumerated in the Road map, the Palestinians feared that "the transitional will become permanent" and therefore

urged the international mediators and foremost the US to make Israel abide by its promises given under the Road map (International Crisis Group 2003: 85f). However, once the map was launched, the US did nothing to ensure Israel's compliance with the plan's demand and rather helped Israel's anti-terror campaign against the continued Palestinian uprising (Weinstein 2004: 86). Pressure was only applied to the Palestinian side, pushing them to choose a new leader and to stop the violence. When the agreed cease-fire did not hold and Mahmud Abbas resigned his PM post, criticizing his lack of popular support for his efforts and Israel's and America's inaction to strengthen his position, the Road map was immediately void (Nye 2005: 185).

Consequently in 2004, Sharon established a unilateral Disengagement plan, justified on the argument that no Palestinian Partner exists with whom bilateral agreement could be achieved and that therefore Israel must initiate a move to deescalate the situation. Within this plan, Sharon foresaw an evacuation of the entire Gaza Strip and northern parts of the West Bank by the end of 2005, while further securing the borders of these areas (Journal of Palestine Studies 2004: 91f). By accepting Sharon's Disengagement plan, Bush reneged the principle that no party should take unilateral actions seeking to predetermine issues and that the US should always oppose settlement activity in the occupied territories (Erakat 2004: 97). Moreover, within a letter to Sharon in 2004, Bush asserted the Israeli PM that the refugee problem shall be settled within the establishment of a Palestinian state and not based on a right to return to Israel. In light with the established settlements, the US President called it moreover unrealistic to expect a full return to the 1949 line. This letter became very important in future negotiations for Israel (The White House Archives 2004). With this leverage in hand, Sharon could implement the plan in 2005 without any coordination with the PA. The following clashes between frustrated settlers and Palestinians culminated in the siege of the Gaza Strip after the parliamentary elections won by Hamas. The response was a UN Security Council (UNSC) resolution condemning Israel's excessive use of force which was vetoed by the US (Marshall 2007: 7-9). In line with this, America's main foreign policy focus, the "War on Terror", was outstretched to the Hamas in Gaza, legitimising

⁴ Real Name: *A Performance-Based Road Map to a Permanent Two-state Solution to the Israeli-Palestinian Conflict.*

⁵ *The Quartet is constituted of the US, the European Union, Russia and the United Nations.*

Israeli counter-insurgencies and exacerbating the rift between Hamas and Fatah (Rose 2008).

After the final clash between the chief Palestinian parties and the expulsion of Fatah from Gaza, a new peace initiative was sought by the US in 2007 in order to promote PLO President Abbas' leadership of the West Bank as a model for future Palestinian government (The Annapolis Conference 2008: 74). The succeeding Annapolis Conference should then relaunch the final status negotiations. Bush hoped that this initiative would show the Palestinians that their dream of an independent state can be achieved at the negotiation table (Bush 2007: 78). While Abbas embraced this idea as a means to finally set up a detailed timetable and work plan for the final status, Israeli PM Olmert tried to limit the scope of the talks to more general principles (The Annapolis Conference 2008: 74f). Within the Joint Understanding issued at the opening of the conference, the parties re-declared their commitment to the Road map's principles and to further bilateral talks, suspended after 2003, in which a conclusion shall be reached until the end of 2008 (Joint Understanding 2007: 76). During his speech to the participants, Bush set the onus on Palestine by pressuring Abbas to "dismantle the infrastructure of terror", while going easy on Israel, implying that it must support an emerging Palestinian state by "removing outposts [and] ending settlement expansion" (Bush 2007: 79). This does not mirror the Road maps principles stating that Israel must dismantle all settlements (Rothschild 2008: 8). After the Conference, and despite the fact that Bush promised to spend his last year in office dedicated to find Arab-Israeli peace, there was "no initiative, no follow-up, no plan" (Sadowski 2008: 4). At the same time, incidents between Israeli security forces and Hamas occurred on a daily basis, leading to the Gaza War by the end of 2008. At this point, Abbas withdrew from the negotiation table (Abourezk 2008: 21).

Siding with Israel

The Bush administration inherited a divided reputation as mediator from Clinton. While Israel still saw the US as a close ally, whom it can trust in every situation to foster its objectives, the Palestinians were more critical about the US legitimacy as the peace bringer - but did the

Bush administration change these perceptions? His nonexistent strategy to address both conflict parties as a mediator during his first years in office, visible in his inaction, was not in line with feasible tactics to change norms that are already laden with conflict behaviour and violence, as they undoubtedly are within the Israeli-Palestinian conflict. Moreover, frequent bilateral contacts with Israel during the same time, leading to a UNSC veto and a commitment to support Israel against Palestinian terror, the US only fostered repetitive behaviour in terms of Israeli counter-insurgencies, by rewarding Israel's primary objective of security with military aid and support (Monshipouri 2002: 69). It further strengthened the relationship between the two countries and increased the trust between them.

After 9/11, Bush finally approached the hot issue when he committed himself to a Two-state solution and envisaged the Road map for peace which should be based on the principle of reciprocity and a new Palestinian Government (Christison 2004: 38). This strategy can be set into the light of integrating the conflict parties' desire for an end of the dispute, as well as the Palestinian dream of a sovereign state. Moreover, by pressing the Palestinian side to abide by the idea of reciprocity, the US makes the alternative to compliance costly by implying that further attacks can be countered by Israeli military and moreover will make a sovereign Palestinian state, and an end to the conflict, unattainable. Nonetheless, Bush also compensates costs for the PA by promising training and security cooperation support for this difficult task (U.S. Department of State 2003: 90). The US therefore creates repetitive behaviour by applying leverage on the Palestinians to accept the reciprocity component and by making the Road map public. On the other hand, Bush rewards Israel by publicly accepting and securing its preferences (reciprocity), and also by not applying any pressure on it to abide by its promise under the Road map, to dismantle settlements and to incrementally give more territory to the PA. Moreover, the unilateral Disengagement plan of Sharon was likewise recompensed by the US' acceptance. Especially the veto of the UNSC condemning Israeli violence against Palestinians, as well as Bush's letter to Sharon in 2004 making further concessions to the Israeli cause (The White House Archives 2004), rewarded Israel's behaviour to

tackle Palestinian terrorism and enforced the Israeli notion that no further withdrawals from the territories is necessary. On the other hand, it further punished Palestinian incompetence to fully abide by the reciprocity rule.

The following Annapolis Conference was another effort to integrate both parties' preferences of a final solution. As it came after the ultimate fight between Hamas and Fatah in the Gaza Strip, Israel found itself in the situation to make peace with one part of Palestinians while being engaged in a war with the other part (Miller 2008: 42). What is more, the conference hence rewarded the PLO to disengage itself from its biggest political rival. Nonetheless, for Abbas this conference was "a test of the credibility of all involved: the credibility of the United States of America, members of the Quartet, the international community, Israel, the PLO, and the Palestinian National Authority [...]. It is a test that will draw deep marks in the future of the region" (Abbas 2007: 80). Bush's strategy was somewhat different; as he publicly put more pressure on Palestine, to provide security for Israel, than on its antagonist, he indirectly rewarded Israel. In addition to that, he relativized Israeli commitments under the Road map agreement by insisting it to stop further settlements and not dismantle them (Bush 2007: 79), hence rewarding Israel's behaviour of never really having fulfilled the obligations of prior accords (Rothschild 2008: 8). All in all, the Palestinian fear of another incremental approach that would make Israel "play for time and avoid real change", as it already did during the Oslo Accord process, was legitimate (International Crisis Group 2003: 87).

Normative Impacts on the Peace Process

Did the US strategies in the Israeli-Palestinian Conflict mirror the tactics of mediators that can bring about a norm responsive to cooperation and non-violent dispute management?

Given the intensity and duration of the conflict, Bush's early inaction towards the dispute does not reflect a viable strategy to change conflict laden behaviour (cp. Mandell/Tomlin 1991: 47). When he finally approached the issue, he rhetorically relied mostly on integration tactics when he announced a peace initiative, be it the Road map or the Annapolis Conference, while actively pursuing manipulative ones. Therein, he

usually pressed the Palestinian side to comply by its obligations under the accords and also embarked on some compensation strategies to alleviate the Palestinian burden to fight terrorism all alone, by establishing a security cooperation. However, Bush never engaged in similar tactics towards the Israeli party. Considering the theoretical implications, by applying one-sided leverage, the US could not transform the conflict norm into one of cooperation (Mandell/Tomlin 1991: 46f). The US should rather have used its leverage to counter the imbalances of the conflict parties and to reduce information asymmetries (Cobb/Rifkin 1991: 42-48). Given the strength of Israel compared to Palestine, the American tactics enforced the underlying imbalance even more. Bush simply recreated the "myopia" of its predecessor Clinton in formulating policies on the basis that both sides had equal negotiation leverage, ignoring that Israel controls most of the territory. On top of that, like Clinton, he tried to impose uniquely the solutions Israel desired (Christison 2004: 37).

Could the US strategies nevertheless create any preconditions for a possible norm establishment or transformation? Here, one has to remark that several (failed) attempts to bring the conflict parties to the negotiation table have created some recurring patterns of behaviour that can have implications on what the conflict parties learned during the encounters with each other. The following norms can therefore be outlined:

- Israel cannot trust Palestine and vice versa; as the Palestinians see no way to counter Israeli dominance and the Israelis believe that the Palestinians are unwilling to stop terror attacks, they eye each other with mutual suspicion that does not promote any cooperative ambitions;
- Verbal statements are not followed by actions; Bush's oral commitment for active US engagement for a Two-state solution (Christison 2004: 38f) and his promise to achieve peace at the negotiation table (Bush 2007: 78) were never followed by corresponding actions. The same applies to Israeli promises to withdraw from the territories and Palestinian anti-terror pledges;
- The United States is not a neutral mediator; unqualified American support for Israel makes it difficult to challenge

Israeli defiance on such issues as the settlements, while it manages to bully the PA into accepting Israeli demands of security. The logical consequence for the Palestinians is that the peace process is based on asymmetries biased against them (Monshipouri 2002: 68f); and

- Agreements and negotiations bring no peace achievement; even when they are made public, little incentives are created for Israel to abide by its rules, moreover, the US counters international pressure on Israeli non-compliance while never acting accordingly in the case of Palestine.

The Obama Presidency – a New Foreign Policy?

Obama began his Presidency with a severely divided US reputation as a mediator to the Israeli-Palestinian conflict, inherited by his predecessor. Not only did the Bush administration exacerbate the notions under Clinton on US reputation and legitimacy on every side, his strategies also managed to deteriorate hope in negotiations at all. For Israel on the one hand, the US remains the main mediator because it always supports actively Israeli preferences during the process. The Palestinians, on the other hand, lost trust in America entirely, due to its open bias in Israel's favour. The PA does not believe that the US can work on their behalf anymore. Could the Obama administration so far change this?

Unlike his predecessor, the Obama administration made the Israeli-Palestinian conflict a top foreign policy priority right from the outset. Based on the principle of "land-for-peace", first initiated by then Saudi Arabian Crown Prince Abdullah in 2002, Obama made the establishment of a Palestinian state in the occupied territories with East Jerusalem, the cornerstone of his Middle East policy (El-Khawas 2010: 26f). Moreover, the current administration rejected to abide by Bush's 2004 promises and rather endorsed explicitly the 1967 line, being the first President to do so (The Economist 2011: 52). These declarations seriously infuriated Israeli PM Netanyahu, who did never accept a sovereign Palestinian state but rather one dependent on Israel (William 2009: 22). Nonetheless, Obama pressed Israel to stop the ongoing settlement projects on several occasions. First, the US

President initiated a series of meetings at the White House with the regional leaders in order to restart the peace process. During the discussions with Netanyahu, the US President urged him again to apply a settlement freeze in the territories which the Israeli PM rejected (El-Khawas 2010: 30-33). Second and foremost during his Cairo speech in June 2009, Obama promised to be more neutral on the Israeli-Palestinian conflict, urging Israel to stop its settlements in order to show good faith vis-à-vis the Palestinians to get them back to the negotiation table (The Economist 2009: 20). The settlement issue became increasingly intense and led to a cooling down of US-Israeli relationship. While Netanyahu further refused to show any goodwill in terms of the settlements, he accepted for the first time a Palestinian state under the conditions that it recognizes Israel as a Jewish state, that the refugee problem will be resolved outside Israel, and that Palestine will be demilitarized. While the US administration welcomed this move, it further condemned the ongoing settlement activities in the West Bank (El-Khawas 2010: 35f).

Reflecting Obama's commitment for the establishment of a Palestinian state, in August 2009 Palestinian PM Fayyad presented a state and institution building plan that should lead to full sovereignty within two years. The plan was enthusiastically accepted by the Quartet and the US promised to engage in direct negotiations of the final status issues and assured its completion at the same time as the Fayyad plan (Rosen 2011: 55). The institution building initiative has so far achieved enough progress that the UN, the Worldbank and the International Monetary Fund stated in 2011 that Palestine fulfilled the prerequisite of a sovereign state (Asseburg 2011: 2).

During a tripartite summit with Abbas and Netanyahu in New York in September 2009, Obama made concessions to Israel on the settlement issue. Instead of a full freeze, a restrained one would also be accepted by the US which led to the collapse of direct negotiations before they even started. Abbas refused to continue the talks as long as his precondition of a full settlement freeze would be met. On that occasion, Obama insisted on peace talks without any preconditions. (El-Khawas 2010: 38f). In the aftermath, further intense settlement negotiations between the US and Israel only

ended in a ten-month moratorium proposed by Netanyahu. Nine month into the moratorium, another incident further cooled down the US-Israeli relationship. An Israeli Interior Ministry approval of further construction in East Jerusalem coincided with Vice President Joe Biden's visit to Israel in March 2010 and took place right after Obama had finally persuaded Abbas to enter into proximity talks with Netanyahu (The Economist 2010b: 31). Abbas pulled back once more and refused to enter any peace talks as long as his precondition of a full settlement freeze would be met (Heller 2012: 64). While condemning this stand, Obama further tried to convince both sides to show good faith and enter negotiations. Moreover, within the opening session to the UN General Assembly in fall 2010, Obama promised again that when the Fayyad plan was due within a year, negotiations have ended and the UN will welcome Palestine as a full member (Rosen 2011: 55). Still, the bilateral track did not move forward and when Abbas initiated a unilateral international diplomatic campaign to gain support for a Palestinian state in the 1967 borders (Khaled 2011: 102), it was clear that it would not resume shortly. In accordance with this, in February 2011, the Palestinian National Authority (PA) initiated a UNSC resolution that should condemn Israeli settlements on the occupied territories which was vetoed by the US. This was for Abbas another indication for the US "unwillingness to pressure Israel [...] and its inability to appreciate Palestinian political needs" (Khaled 2011: 105). A little later that year, Fatah and Hamas signed a reconciliation agreement in Cairo (Myers 2011: 10) which spurred heavy international critique, especially from the US that withdrew financial support for the PA. Just like Bush, Obama has no intention to deal with Hamas (El-Khawas 2010: 27). Even though the US had worked for month to convince the PA to abandon its unilateral approach to the conflict, in September 2011, the PA finally launched its statehood bid in the UNSC; exactly two years after the Fayyad plan fell due. The US immediately menaced to veto the resolution and US Congress threatened again to cut PA financial assistance (Myer/Kirkpatrick 2011).

Changing Sides?

Obama began his Presidency with shattered mediator legitimacy in the eyes of the Palestinians

and an increased trust by Israel. With the growing Anti-Americanism predominant in the Middle East, the new US administration was committed to counter these processes. Therefore, Obama put the Israeli-Palestinian conflict on his primary foreign policy agenda (Heller 2012: 59). Did this strategy add to a change of the norms, consolidated under Bush?

Only a few days after Barack Obama assumed office, he dedicated his term to tackle the imbalances in the Palestinian-Israeli dispute (Miller 2010: 2). In a number of occasions, among them the Cairo speech, he publicly announced to encompass the Two-state solution, with a sovereign Palestine within the 1967 borders, and to resume the peace talks under the premise of an Israeli settlement freeze. Thereby, the US president integrated the new initiative into the focus of prior commitments under the Road map and the Annapolis Conference. On top of that, he recognized the power imbalances that shape the conflict. Accordingly, Obama pressed Israel several times to stop the settlements entirely, though the US did not directly punish Israeli reluctance to abide by this request. Indirectly it did, by referring publicly to Israel's obligations under bilateral understandings - the non-compliance reduced Israeli reputation. This indirect rebuke hence rewards the Palestinians by siding with their desire of a settlement stop. Likewise, when the US publicly coerced Israel for a full settlement freeze, the PA President could not seriously accept something less than what the US President had demanded of the Israelis (Indyk et al. 2012: 35).

The increased pressure on Netanyahu regarding the settlements seemed to change the PM's behaviour. Though he did not order a freeze, he nonetheless recognized the Palestinian claim to found a state. Assured by this, the Palestinians started to implement the Fayyad plan, which was highly supported by the international community as well as the US administration. Obama affirmed several times, inter alia during the UN General Assembly opening session in 2010 (Rosen 2011: 55) that he will work hard to create a sovereign Palestinian state at the end of this institution-building process, envisaged for fall 2011. In line with this, the US rewarded the PA by repeating its new commitment for a Palestinian nation and by relating itself publicly to one of Palestine's prior objective. Similarly, the US gives the PA incentives to further act in line with its bilateral

pledges under the Road map by promising the founding of their state, hence making the alternatives costly.

The US approach to the conflict parties then changed somewhat. After fall 2009, the US lost ground against the continuous Israeli neglect to freeze the settlements. Hence, the administration made concessions regarding a full stop by opting for a simple restraint, and later even end all pressure on Israel when it did not prolong its self-proposed moratorium after ten months. Consequently, PA President Abbas refused to resume any direct proximity talks without a full settlement stop as a precondition which was criticized by the US. Here, the Obama administration rewarded Israel's firm position concerning the settlements by giving in to their demands on three different occasions. What is more, the US reprimanded the Palestinian Authority for abiding by the US' prior claim of a full settlement stop. So, Obama did not only raise expectations regarding a settlement freeze and then failed to have a plan to elbow Israel into compliance (The Economist 2010a: 16), he moreover punished Palestine for repeating prior US behaviour.

Afterwards, the Palestinian National Authority embarked on several unilateral moves and was criticised by the US for doing so. Obama especially punished the PA by siding with Israel during a UNSC resolution that condemned the settlements. This was in direct contrast to what the US had uttered for more than a year. All in all, the US once more ended up in the awkward situation to vote down its earlier stated policy (Khaled 2011: 111f). Moreover, the administration withdrew financial support after the PLOs reconciliation with Hamas and further threatened to cut more aid if the PA would submit a statehood bid in the UNSC as foreseen for the end of 2011. These strategies rewarded Israel on the other hand by implying that its settlement activities are tolerable and by siding with it publicly when menacing the PA with a sure veto on its UNSC statehood attempt.

Palestinian and Israeli Unilateral Conflict Management

Were Obama's strategies in the Israeli-Palestinian conflict useful in transforming the norms that emerged during his predecessors' terms and did

they bring about patterns of cooperative dispute management?

The US administration's tactics were mostly marked by several integration tentatives. Obama was the first President who realized the power imbalances between the conflict parties and thus tried to approach the Middle East in a more neutral way. Unfortunately, his integrative tactics were not sufficient to create information symmetry between the opponents as their conflict is already too loaded with suspicion and violent behaviour (Mandell/Tomlin 1991: 46). This fact was even enforced by his unequal coercion strategies regarding the conflict parties. While pressing, as a manipulative strategy, can change the underlying norm system of adversaries (Mandell/Tomlin 1991: 46), Obama used his resources and leverage in a biased manner. While only applying verbal pressure on Israel, the stronger party in the conflict, the US could not ensure its compliance with the demands made on it. That the US does have the resources to achieve a conforming behaviour cannot be denied, since it is Israel's primary financial and military supplier (Monshouri 2002: 69). On the other side, Obama immediately cut Palestinian financial aid when the PA went on its unilateral track. Despite the fact that the US under Obama rhetorically promised to tackle the conflict imbalances and side more with the weaker Palestinian party, and further does have the necessary resources and leverage to be a neutral mediator that equilibrates the conflict's imbalances and make the adversaries abide by cooperative behaviour, Obama's talks followed no corresponding actions. He therefore not only lost any credibility as a mediator in the eyes of the Palestinians (Khaled 2011: 104). The frequent contact between the conflict parties and the US moreover unintentionally enforced the norms of his predecessor and created a new one:

- Palestine cannot trust Israel and vice versa: as the Palestinians see no way to counter Israeli dominance within bilateral negotiations. Therefore, with the help of the statehood bid, they hope to balance the relationship with Israel to engage in more equitable bargains (Asseburg 2011: 3);
- Statements are not followed by actions: Obama's commitment for active US engagement for the establishment of Palestinian state premised by a full settlement freeze was never followed by

corresponding actions that would have leveraged Israeli compliance;

- The United States are not only no neutral mediator, they can moreover not step up to Israel: for the PLO all direct peace talks with Israel under American or International mediation patronage have failed to realize Palestinian national aspirations and further deepened Israeli occupation, even though the Palestinians tried to do everything that was asked of them, from security to institution building (Khaled 2011: 104); and
- Agreements and negotiations bring no peace achievement: "neither the Israelis nor the Palestinians believe that negotiations will get them anywhere." Even if the Palestinians know that the move to the UN will not give them a real state, it reflects the desperation to the negotiation track. Hence it is not a surprise that one or both sides see unilateral action as a possible way. In line with the Palestinian move was also the Sharon unilateral Disengagement plan in which was backed by the US (Zantovsky 2012: 78-84).

Conclusion

It was almost 20 years ago, when the PLO and Israel started direct peace negotiations to settle their conflict for the first time under the Oslo Accords. While this start was not directly facilitated by the United States of America, the US was undoubtedly involved in any major initiative afterwards as the primary mediator. Therefore, it was asked at the beginning of this paper, how the US involvement as a mediator influenced the Israeli-Palestinian Peace Process.

The answer was found in line with liberalist assumptions. Therein, a mediator is successful if he can bridge specific context and process variables (Bercovitch et al. 1991: 8). In terms of the context necessary to assist a positive outcome of mediation endeavours, the mediator, as part of the social interactions taking place, should be neutral in the sense that he equilibrates the conflict's imbalances by reducing information asymmetries and not by being impartial, i.e. detached from the dispute (Cobb/Rifkin 1991: 42-48). To that end, he needs resources and leverage to make the antagonists abide by

certain desirable behaviour, which will create the mediator's legitimacy. Then on the process side, the broker facilitates learning, visible in repetitive behaviour that transforms the underlying conflict management norms, by applying manipulation and compensation strategies (Mandell/Tomlin 1991: 46-54). The US foreign policy tactics were analysed to see their impact on the transformation of conflict norms and also on the reputation of the US as the preferred mediator. The approach started with the US mediator reputation after Clinton's term in 2000. The US President lost big parts of his credibility with the Palestinians by not applying equal leverage and siding more with Israeli demands during the Camp David summit (Slater 2001: 198). Nevertheless, the PA continued to work under American guidance during Bush's administration from 2001-2008, despite the fact that Bush, like his predecessor, ignored the severe imbalances of the conflict and sided exclusively with Israeli concerns. While only applying leverage on the Palestinians and thus rewarding Israel constantly, the US triggered a learning process that finally established norms which complicated the ongoing peace initiatives. Not only did the Palestinians and Israelis not set up any real cooperation, they were moreover assured that US verbal commitments are not followed by according actions. What is more, the US was not perceived as a neutral mediator and trust in agreements and negotiations to bring peace deteriorated harshly. The new administration of Obama, assuming office in 2009, was therefore faced by a difficult task when publicly announcing commitment to settle the dispute within a short time. Being the first US President to realize the imbalances between the conflict parties in the Middle East, he decided to yield a more neutral approach to the issues at hand. The outcome was an icy relationship with US ally Israel, owing to American pressure on the settlement topic. Still, the Palestinians were reluctant to go back to the negotiation table and when the US finally gave in to Israel's proposals, the PA decided to embark on a unilateral track of conflict settlement by applying for statehood in the UN. Hence, the US's goodwill to tackle the dispute asymmetries was finally useless, since it did not apply the leverage necessary to balance the situation. Therefore Obama unintentionally confirmed the norms, created under Bush, which made the deadlock, evident in Palestine's solitary move to the UN,

come about.

In the end, the set-up hypothesis that with the US as the primary mediator in the Israeli-Palestinian Conflict, the deadlock of the peace process was the obvious outcome, can be verified. As stated before, a mediator should be neutral to tackle conflict imbalances by using his resources and leverage. While doing this, he also fosters a learning process within all involved actors that change the underlying norm of conflict management and the reputation of the mediator. A positive outcome would be that exchanges and trade-offs between the conflict parties occur frequently and lead to an increased reliance on the mediator, as well as occurrences of (limited) cooperative behaviour and refrain from violence as a means to end the conflict (Mandell/Tomlin 1991: 47). Thus, it showed during the analysis that by not being neutral in the first place, the US endeavours to tackle the Israeli-Palestinian conflict were not in line with necessary cooperative norm-building behaviour. By ignoring the conflict imbalances and moreover siding with Israel, the stronger party in the dispute, the US did not apply its resources and leverage in a way that would have brought equilibrium into the conflict. Equitable negotiations were not possible because the US efforts intentionally or unintentionally underwent the Palestinian claim to the peace process and enforced the already strong Israeli position. Since US endeavours exacerbated the imbalance, cooperation between the conflict parties decreased gradually, as Israel saw no need to further talk to the Palestinians and the PA felt that further discussions will only play into the hands of Israel (Zantovsky 2012: 79). That is why trust in the usefulness of direct peace talks deteriorated and a decline in US mediator reputation was internalized by the Palestinians. Consequently, they looked for alternatives to advance their preferences of peace and a Palestinian state and found them in the UN. The deadlock, evident in the Palestinian call to the UN in September 2011 to recognize a Palestinian state and admit it as a full member, was the logical outcome of the US strategies and their influence. For the first time it is the Palestinians who have set the tone on the peace negotiations (Khaled 2011: 111). ■■■

References

- Abbas, Mahmoud 2007: *Statement to the Annapolis Conference*, in: *Journal of Palestine Studies* 37: 3, 80-85.
- Abourezk, James 2008: *Prospective President's Painful Pandering at Annual AIPAC Assembly*, in: *Washington Report* 21.
- Asseburg, Muriel 2011: *Palästina bei den Vereinten Nationen*, in: *SWP-Aktuell*, 36, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A36_ass_ks.pdf; 16.09.2012.
- Axelrod, Robert 1986: *An Evolutionary Approach to Norms*, in: *American Political Science Review* 80: 4, 1095-1111.
- Bercovitch, Jacob/Anagnoson, J. Theodore/Wille, Donnette 1991: *Some Conceptual Issues and Empirical Trends in the Study of Successful Mediation in International Relations*, in: *Journal of Peace Research* 28: 1, 7-17.
- Bercovitch, Jacob/Schneider, Gerald 2000: *Who Mediates? The Political Economy of International Conflict Management*, in: *Journal of Peace Research* 37: 2, 145-165.
- Bush, George W. 2004: *Letter from President Bush to Prime Minister Sharon*. in: *White House Archives*, <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2004/04/20040414-3.html>; 14.09.2012.
- Bush, George W. 2007: *Opening Statement to the Annapolis Conference*, in: *Journal of Palestine Studies* 37: 3, 77-80.
- Christison, Kathleen 2004: "All those Old Issues": *George W. Bush and the Palestinian-Israeli Conflict*, in: *Journal of Palestine Studies* 33: 2, 36-50.
- Cobb, Sarah/Rifkin, Janet 1991: *Practice and Paradox: Deconstructing Neutrality in Mediation*, in: *Law & Social Inquiry* 16: 1, 35-62.
- El-Khawas, Mohamed 2010: *Obama and the Middle East Process: Challenge and Response*, in: *Mediterranean Quarterly* 21: 1, 25-44.

- Erakat, Saeb 2004: *Why did Bush take my Job?*, in: *Journal of Palestine Studies* 33: 4, 96-98.
- Estache, Antonio/Martimort, David 2000: *Transaction Cost Politics, Regulatory Institutions, and Regulatory Outcomes*, in: Manzetti, Luigi (ed.): *Regulatory Policy in Latin America: Post-Privatization Realities*, Boulder, 49-82.
- Hancock, Landon/Weiss, Joshua 2011: *Prospect Theory and the Failure to sell the Oslo Accords*, in: *Peace & Change* 36: 3, 427-449.
- Heller, Mark 2012: *Barack Obama and the Middle East Three Years On in: Strategic Assessment* 14: 4, 59-70.
- Indyk, Martin/Lieberthal, Kenneth/O'Hanlon, Michael 2012: *Scoring Obama's Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs* 91: 3, 29-43.
- International Crisis Group 2003: *A Middle East Road Map to Where?*, in: *Journal of Palestine Studies* 32: 4, 83-87.
- Journal of Palestine Studies 2004: *Special Documents. The Sharon Unilateral Disengagement Plan*, in: *Journal of Palestine Studies* 33 4, 85-107.
- Keohane, Robert 1989: *International Relations and State Power: Essays in International Relations Theory*, Boulder.
- Keohane, Robert 1991: *Cooperation and international regimes*, in: Little, Richard/Smith, Michael (eds.): *Perspectives on World Politics*, New York, 102-114.
- Keohane, Robert 2005: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, New Jersey.
- Khaled, Elgindy 2011: *Palestine goes to the UN*, in: *Foreign Affairs* 90: 5, 102-113.
- Mandel, Brian/Tomlin, Brian 1991: *Mediation in the Development of Norms to Manage Conflict: Kissinger in the Middle East*, in: *Journal of Peace Research* 28: 1, 43-55.
- Marshall, Rachele 2001: *Clinton's Last-Minute Peace Efforts fail to save Barak, but Palestinians won't mourn his departure*, in:

Washington Report March.

- Marshall, Rachele 2007: *Rise of Extremist Avigor Lieberman Makes US-Israel Alliance more Dangerous*, in: *Washington Report January/February*, 7-9.
- Miller, Aaron 2008: *Searching for Arab-Israeli Peace*, in: *Wilson Quarterly* 32: 2, 38-44.
- Miller, Aaron 2010: *The False Religion of Mideast Peace*, in: *Foreign Affairs*, http://scienze politiche.uniroma3.it/eterzuolo/files/2010/02/The-False-Religion-of-Mideast-Peace_-And-Why-Im-No-Longer-a-Believer-By-Aaron-David-Miller-Foreign-Policy.pdf; 08.09.2012.
- Mintz, Alex/DeRouen, Karl 2010: *Understanding Foreign Policy Decision Making*, Cambridge.
- Monshipouri, Mahmood 2002: *The Paradoxes of U.S. Policy in the Middle East*, in: *Middle East Policy* IX: 3, 65-84.
- Myers, Steven 2011: *Amid Impasse in Peace Negotiations, America's Chief Middle East Envoy Resigns*, in: *The New York Times*, 14th May, 10.
- Myers, Steven/Kirkpatrick, David 2011: *U.S. Scrambles to Avert Palestinian Vote at U.N.*, in: *The New York Times*, 14th September, 1.
- Nye, Joseph 2005: *Understanding International Conflicts. An Introduction to Theory and History*, New York.
- Pfaff, William 2009: *The Two Surprises of the Obama Speech*, in: *Washington Report on Middle East Affairs* 28: 6, 23-23.
- Quandt, William 2005: *Peace Process. American Diplomacy and the Arab-Israeli Conflict since 1967*, Washington.
- Rose, David 2008: *The Gaza Bombshell*, in: *Vanity Affairs*, <http://www.vanityfair.com/politics/features/2008/04/gaza200804>; 14.09.2012.
- Rosen, Steven 2011: *Abbas vs. Obama*, in: *Middle East Quarterly* 18: 2, 53-58.
- Rothschild, Matthew 2008: *Dishonest Broker*,

in: *The Progressive*, January, 8-9.

11: 2, 81-95.

Sadowski, Yahya 2008: *Not All Roads Lead to Washington*, in: *Middle East Report* 249, 2-6.

Zantovsky, Michael 2012: *What Now? Saying Good-Bye to the Peace Process Illusion*, in: *World Affairs*, January/February, 77-87.

Safieh, Afif 2010: *The Peace Process from Breakthrough to Breakdown*, Beirut.

Shannon, Vaughn 2009: *The Middle East Peace Process after 9/11*, in: Lansford, Tom/Watson, Robert/Covarrubias, Jack (eds.): *America's War on Terror*, Surrey, 139-167.

Slater, Jerome 2001: *What Went Wrong? The Collapse of the Israeli-Palestinian Peace Process*, in: *Political Science Quarterly* 116: 2, 171-199.

The Annapolis Conference 2008: Special Document File. The Annapolis Conference, in: *Journal of Palestine Studies* 37: 3, 74-92.

The Economist 2009: *Don't give up; Israel and America*, in: *The Economist* 393: 8657, 20.

The Economist 2010a: *Stop the bungling; Israel and the United States*, in: *The Economist* 394: 8674, 16.

The Economist 2010b: *Where did all the Love go? American-Israeli relations*, in: *The Economist* 394: 8674, 31-32.

The Economist 2011: *You can't make everybody happy. The United States, Israel and the Arabs*, in: *The Economist* 399: 8735, 51-52.

The Economist 2012: *An Opportunity for an Opportunist; Israel and Palestine*, in: *The Economist* 403: 8784, 12-14.

The Road Map 2003: Special Documents. The Road Map, in: *Journal of Palestine Studies* 32: 4, 83-99.

U.S. Department of State 2003: *A Performance-Based Road Map to a Permanent Two-State Solution to the Israeli-Palestinian Conflict*, in: *Journal of Palestine Studies* 32: 4, 88-94.

Weinstein, Kenneth 2004: *US Strategy in the Middle East and the 2004 Presidential election: Towards a Redefinition of America's Role in the World*, in: *Asia-Pacific Review*

Robin Lucke

CHANCELLOR PRIMARY ELECTIONS?

A Comparison of the Nominating Systems for U.S. Presidential Candidates and Candidates for Chancellor in Germany

Robin Lucke

M.A. Governance and Public Policy, Universität Passau, Studium abgeschlossen, robin.lucke@gmx.de

Dieser Beitrag beruht auf einer Arbeit, die der Autor während seines Auslandsstudiums an der Texas A&M University angefertigt hat. Die Originalversion enthält detailliertere Kapitel, insbesondere weiterführende Teile zur Historie des US-Vorwahlkampfes.

Abstract

This study investigates and compares the candidate nominating systems for the highest political office in Germany (chancellor) and the United States (president). The paper begins with a review of the current state of the nominating practices, both in theory and practice. The Social Democratic Party's candidate nomination process serves as an example for the German system. Subsequently, the possibility of introducing primary elections in Germany is analyzed. Finally, the Green party's primary of 2012 is briefly evaluated in the context of the previous chapters. Primary elections, as practiced in the United States, allow for a higher degree of inclusiveness than the informal nominating system that is practiced in Germany today. The legal foundations would permit the adoption of primary elections for the German parties. However, a party would have to find itself under strong pressure to change its nominating procedure as the reforms can only emanate from within the party itself.

Introduction

In an interview with the German magazine Stern published August 26th 2010, Sigmar Gabriel, the SPD party leader, proposed to bring into play a discussion on the possibility of primary elections to select the next Kanzlerkandidat for his party (Gabriel 2010). However, his statement did not mark the beginning of an extended public discussion on this topic – in fact, it was soon forgotten. It had not been the first time for a SPD party official to consider other options than the existing nominating procedure to select the party's candidate to lead the party into the next general election campaign.

In the United States, in contrast, the exciting Democratic primary campaign of 2007-2008 seemed to prove the usefulness of this democratic instrument in many respects. Voter participation, for example, was at an all-time-high (Wayne 2009: 49). Especially the competitive and exciting Democratic primary had a lasting effect on the general election campaign. Undoubtedly, the primaries had a positive effect on Barack Obama's later general election campaign. Through his primary campaign he had already established a strong campaign organization in almost all of the states, benefited from highly mobilized and motivated supporters, set in place a strong fundraising campaign and received much more media attention during the late primary season than his Republican rival John McCain, who, in contrast, had secured the Republican Party's nomination within the first weeks of the official primary.

In the field of German academics, primary election procedures are underexplored (Siefken 2002: 534). The objective of this paper, therefore, is to juxtapose the two nominating systems in Germany and the U.S. First, the status quo is analyzed. Subsequently, the possibility of introducing primary elections in Germany is discussed. Finally, the Green party's primary election of 2012 (Urwahl) is evaluated in the context of this paper.

Everything Is Possible - the German Nominating System in Theory

In the German electoral system the requirement of intra-party democracy is open for interpretation by the parties themselves, due to the lack of a precise

formulation in the constitution. Nominating procedures are laid out in their party statutes (Satzungen). In this section, the theoretical framework of nominating processes in Germany is reviewed. The sample analysis is based on the charter of the Social Democratic Party (SPD).

In accordance with article 21 Grundgesetz (GG) and article 17 Parteiengesetz (PartG), the organizational structure of the SPD is, at least theoretically, characterized by the "bottom-up" principle. "[In der SPD] vollzieht sich die politische Willensbildung [...] von unten nach oben" (SPD statutes 2009: 14). For members of the different types of parliament (Bundestag, Landtage, etc.), "können die zuständigen Vorstände beschließen, dass Kandidatinnen und Kandidaten [...] von Vollversammlungen aufgestellt werden" (SPD statutes 2009: 21). If restricted to party members, such an election would be a fairly inclusive approach: every member who wants to participate has the opportunity to do so. With regard to the specific case of the Kanzlerkandidat, the statutes read

„Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD kann durch Mitgliederentscheid bestimmt werden (SPD statutes 2009: 22). Bei der Bestimmung des Kanzlerkandidaten oder der Kanzlerkandidatin durch Mitgliederentscheid ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat kein Kandidat oder keine Kandidatin diese Mehrheit erhalten, so findet zwischen den beiden Bestplatzierten eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt“ (SPD statutes 2009: 25).

Members would cast their vote in their local party districts. After the election, the results would be totaled (Ibid.). Nationwide, every member of the SPD would be entitled to vote. In view of the inclusiveness of this measure, this method, if applied, would go even further than the nomination of candidates at a Vollversammlung, as the physical presence of the members is not required to take part in the election. Leaving aside the significant differences between party membership in Germany and the United States¹, one might argue that this method would be

¹ In Germany, party membership is much more formal than in the United States. In contrast to the U.S., where supporters can register themselves as Democrats or...

comparable to the closed primaries in the U.S. – except that it would take place at federal level, not at state level. In the history of the SPD, such a party primary was conducted once in the early 1990s. Regarding the level of participation, it can be considered “reasonably successful”, as the majority of the party members took part in the election (Cook 2004: 125).

The party member vote to select the candidate for chancellor, however, is not the standard nomination procedure. Certain requirements have to be met to come to a decision by this means. In a first step, at least ten percent of the members have to sign a petition to demand what is called a *Mitgliederbegehren*. If this requirement is met, a separate vote will take place – the actual vote on whether to have a party member vote on the candidate for chancellor or not. Finally, if the majority in this election agrees on having a party member vote, it will be held. In practice, the bars are set high to succeed in demanding a party member vote on the candidate for chancellor. The party member vote can also be initiated by the national party board (*Parteivorstand*) (a seventy five percent approval of the board’s members is required), by a simple majority at the national convention (*Parteitag*), or by demand of at least forty percent of the party’s district boards (SPD statutes 2009: 23).

It is remarkable then that the nominating procedure is not covered by the SPD statutes in the case that no party member vote is held. That means that the standard method of nominating the party’s candidate for chancellor is not codified. The reason for this might be the fact that there is officially no necessity for that, as the chancellor is elected by the parliament, and not by the electorate as a whole.

Decisions at the Breakfast Table – the German Nominating System in Practice

The usual procedure to finalize the decision on the candidate for chancellor in the SPD is the vote at a special, national party convention (*Sonderparteitag* or *außerordentlicher Parteitag*). The vast majority of the delegates (480 of about 500) who are entitled to vote is selected by local or regional party entities at the district

zu 1 ...Republicans (or as Independents), supporters of the German parties are required to fill out an application form and pay a membership fee to become member of a party.

level (*Bezirk*). The number of delegates of each district depends on its SPD-vote-share in the last general election (*Zweitstimmenanteil*), and on the district’s number of party members. The rest of the delegates are members of the national party board (SPD statutes 2009: 25-26).

The delegates vote on the candidate for chancellor, yet there is no rival candidate. Consequently, the election serves as an indicator for the candidate’s support in his own party. It is absolutely clear that the delegates at the convention have no real choice.² The actual decision-making process takes place in the national party board (*Parteivorstand*) in the months leading up to the convention. When this entity has come to a decision, it announces the nomination to the public. In 2008, the official nomination by the party board took place roughly a month before the special national convention. The convention’s main purpose is to mobilize the supporters and to rally the party members behind their candidates (not just the candidate for chancellor, but also candidates for parliament). This marks the beginning of the general election campaign.

The members of the party board, a group of no more than forty five people, and its chair, are elected at regular conventions. They represent the party elite and are usually considered as the most important figures of the party. Its members are well known politicians, such as the prime-ministers of the *Länder* (states), leading figures of the parliamentary group in the Bundestag, and the elected leader of the party.

Still, in reality, the actual number of party figures who really decide on the candidate for chancellor can be even smaller. The party board’s nomination decision is the result of a bargaining process, often between very few of the most important figures of the party. This is not only true for the SPD, but also for the conservative Christian Democratic Union (CDU), as Siefken (2002: 531-532), writing about the 2002 nomination process, points out in a lapidary style: “Nach langen Diskussionen fiel die Entscheidung der CDU/CSU schließlich bei einem gemeinsamen Frühstück der Konkurrenten.” This quote illustrates the lack of inclusiveness of the decision-making process. The exclusive nature

2 For more information on the function of these conventions, see for example: Saalfeld 2007: 157.

of the nominating process is also stressed by Cook (2004: 125): “The tradition in post-war Germany has been for a closed door meeting of top party leaders to select a candidate for chancellor, a choice which is then publicly ratified at a meeting of the larger party congress.” In the most recent debate in Germany on this topic, there were three potential candidates for the SPD candidate for chancellor for the next general election: first, Frank-Walter Steinmeier, the SPD’s candidate in the previous general elections and its current head of the parliamentary group in the Bundestag, second, Sigmar Gabriel, former minister for the environment and currently chair of the SPD, and third, Peer Steinbrück, the former finance minister and currently a simple member of the Bundestag. Steinbrück was publicly endorsed by former SPD-chancellor Helmut Schmidt via a joint interview with German news magazine *Der Spiegel* and a joint appearance on a TV talk show in the fall of 2011. In the aftermath of the endorsement, Frank-Walter Steinmeier, in an interview on the German TV news broadcast *Tagesthemen*, was asked about the potential SPD nominee. Talking about the nomination process, he referred to it as “[einem] verabredeten Verfahren”, and further stated: “Wir haben gesagt wir werden das im nächsten Jahr entscheiden, gemeinsam miteinander, und ein paar Andere werden noch hinzukommen zu dieser Entscheidung” (*Tagesthemen*, October 24, 2011). This statement speaks for itself: When the decision is made by the candidates themselves, „plus a few others“, the procedure can hardly be considered democratic.

Steinmeier’s statement illustrates the reality of the process of candidate nominations for chancellor in Germany. Most of the time, the party members do not have a (direct) say in the decision. The only way they can influence the nomination is by lobbying and persuading those few party figures who actually have the power to make the decision.³ However, as Siefken’s formulation reveals, it appears that in some cases the rival candidates can even settle the matter among themselves. Therefore, Cook (2004: 124-125) has a point when he calls the nominating process in Germany a “‘papal style’ selection process, minus the puff of white smoke”. He further states: “The German process remains a relic of

3 This lobbying and persuasion process, of course, works bottom-up, i.e. the simple party members will lobby the party elites and influence groups on many different tiers.

the past, a contrast to the gradual democratization that has occurred of late in many other Western democracies” (Ibid.). In contrast to Germany, the U.S. political system makes use of a wide array of different nominating procedures for many different kinds of public offices. The next section elaborates on the primary system for presidential elections.

Endless Options – The U.S. Primary-Convention System

At the national conventions, party delegates formally vote on their presidential candidate. As in Germany, the nominee is usually known way in advance of the election (Maisel 2007: 73). So called Superdelegates, high-ranking party officials who are appointed rather than elected through primary elections, are ‘unpledged’ to any candidate. At least theoretically, this opens the door for surprises at the national convention. In reality, however, there is a high political pressure on these ‘independent’ delegates to cast their votes in accordance with public opinion towards the candidates, i.e. they are pressured to affirm the aggregate outcome of the primaries and vote for the candidate with the most pledged delegates (or, at least not to impede the nomination of the leading candidate).⁴

The American conventions, too, serve to rally behind their prospective nominee and to mobilize the party base, among other things.⁵ In this regard, the two systems do not seem to differ that much. In the U.S., however, there is no political group comparable to the *Parteivorstand* in Germany that would pre-select the nominee and present him or her to the convention. Therefore, it is important to look at the nominating process ahead of the

4 In the heavily contested Democratic primary season of 2008 there was a lively discussion on this issue. It was believed that the vast majority of the Superdelegates, who made up the relatively high number of about 20 percent of the delegates at the convention, were, at least initially, supporters of Hillary Clinton. It was speculated whether the nominating outcome could be decided in favor of Clinton by these very delegates. Presumably, this would have provoked an outcry of the Obama supporters and might even have caused a temporary division in the Democratic Party. In the end, however, the majority of the Superdelegates switched their support from Clinton to Obama.

5 For a more detailed summary of the various aspects of national conventions, see, for example, Maisel 2007: 73-76.

CHANCELLOR PRIMARY ELECTIONS?

convention – the primary and caucus elections in the states.

For the lack of a formal party membership in the United States, the allocation of delegates that each state sends to the national convention cannot depend on this factor. In general, the number is, to a varying extent, dependent on the size of the voting population in the particular state, and, similar to the German system, on the electoral success of the party in previous elections. As distinguished from Germany, the decisive variable here is not the electoral success in the last general election(s), but the results of recent state elections (Maisel 2007: 95).

The means of selecting the delegates vary to quite a large extent between the parties and between the states (Maisel 2007: 96). In principle, they can be classified into caucuses and primaries. Two different modes of primaries can be further distinguished: open and closed primaries. Delineating specific nominating contests from one another is often not easy, as Maisel (Ibid.) states: “States vary in enough ways that a continuum exists between open and closed systems, with few states running pure primaries of either type.” For that reason, the following presentation of the different types of primary elections does not illustrate any real cases in particular. Rather, generalizations are made to describe the different means in an ideal-type-manner.

Caucuses are meetings of party members of a precinct. The meetings are held locally, and often take place in public places like schools. They can also be held in the home of a local party member (Davis 1997: 45). (Local) representatives of the presidential candidates try to persuade the attendees of the caucus and after a discussion of usually a few hours they openly cast their vote for one of the representational candidates. “The outcome of a local caucus is the election of delegates to a county or state convention, pledged to the various candidates in proportion to their support at the caucus” (Maisel 2007: 98). These delegates are not the ones that attend the national convention: “Because the caucus-convention system is a multistage process, [...] they are chosen at the congressional district and state levels” (Davis 1997: 46). In comparison to primaries, the turnout is generally much lower (Maisel 2007: 98). In the three most recent presidential nominating election cycles, roughly twenty percent of the states used caucuses as

their means to select the state’s delegates for the national convention (Norrander 2010: 21).

During the last forty years or so, primaries have gained in importance and have become the dominant method for presidential candidate nominations for the states. Naturally, this change has come at the expense of the caucus elections. In primary elections, the eligible voters cast their vote directly for one of the presidential candidates. Primaries are usually only two-tier systems: the number of a particular state’s pledged delegates for a presidential candidate at the national convention directly depends on the share of the vote this candidate receives in the state’s primary. The delegates are appointed proportionately.

The openness of the system depends on the type of the primary. Closed primaries usually allow all registered voters of one party to take part in the primary. In open primaries, registered voters of the rival party are entitled to participate, depending on the specific rules of the state.

One serious doubt quickly arises with regard to open primaries. Is it justifiable that partisans of one major party can influence the rival party’s nomination outcome? Potentially, in this case the nomination process would be open for manipulation by the political enemy (i.e., by deliberately voting for a candidate who is perceived as relatively weak and as a lesser threat to the party’s own presidential candidate). In practice, however, this problem is negligible, as it would require an arranged action by the opposition party, maybe even carried out secretly. Nick (1992: 94), as well as Siefken (2002: 547) both acknowledge that in reality, this phenomenon called “raiding” does not play a role.

Table 1 summarizes the characteristics of the currently existing nominating systems in the U.S. and in Germany:

	U.S.	Germany
Formal party membership	No	Yes
Federal/State-centered	State	Federal
Degree of overall participation	High (inclusive)	Low (exclusive)

	U.S.	Germany
Participation of non-members	Mixed: Yes (open primaries) No (closed primaries, caucuses)	No
Chances of outsider-candidates	High	Low
Most influential intra-party groups	State party elites	Federal party elites; to a lesser degree: regional party elites

Table 1: Characteristics of nominating systems in the U.S. and Germany; source: own illustration.

A Worthwhile Endeavor? Obstacles to the Introduction of Primary Elections in Germany

The active party members’ favorite choice for a candidate for a high office often differs considerably from that of the general public.⁶ The party wants a candidate who serves the interests of the party, who has the ability to unify the different factions within the party, and who satisfies their most important policy demands and pleases the various groups that make up the party’s base. Finally, the party elites’ skepticism toward outsider candidates can be understood as an aggregate concern about all the factors mentioned above. “Parties certainly want to win, but they endeavor to win with someone whom they can trust to safeguard their most intense concerns” (Cohen et al. 2008: 89). Consequently, the general

⁶ This is underpinned by polls on the SPD candidate for chancellor. In a poll, conducted by Infratest dimap, one of the most reliable pollsters in Germany, the public’s preference for the next candidate for chancellor of the SPD was tested. The results show that Frank-Walter Steinmeier and Peer Steinbrück received 33 and 31 percent, respectively. Sigmar Gabriel only received eight percent. It can be assumed that a poll restricted to SPD members would have produced a totally different result. The poll shows that party members are (naturally) not representative of the public as whole (see: Infratest dimap July 2011, <http://www.infratest-dimap.de/de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/ein-sozialdemokratischer-kanzler-ab-2013/> (last access date: March 22, 2012).

reluctance of party insiders with regard to primary elections is very comprehensible. In a situation in which the parties have such an important role in the political system as it is the case in Germany, the obstacles are hard to overcome. There will have to be a lot of pressure to convince the party elites to undergo such a far-reaching transformation as the introduction of primaries, thereby waiving the privilege to control the nominating process.

Another obstacle that impedes primary elections in Germany is rooted in the political culture of the country: While intra-party conflicts or contests between candidates of the same party are considered as necessary, or even as a sign of a healthy democracy in the U.S., this certainly does not apply to Germany. Here, conflicts between the different (ideological) factions within the party are often viewed negatively; the chances of winning

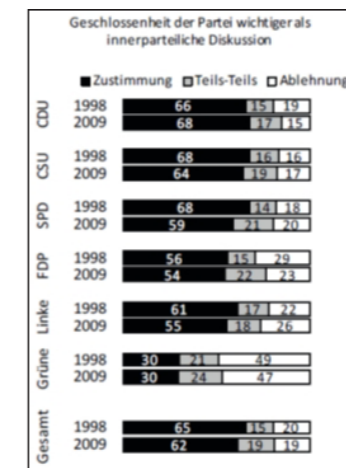


Figure 1: Party Unity; source: Laux 2011: 160.

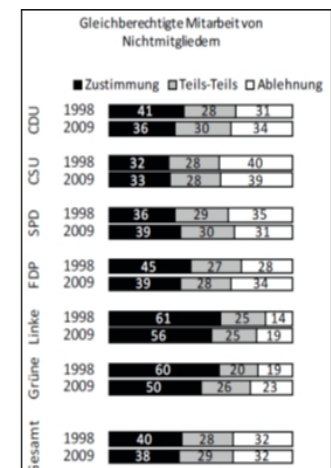


Figure 2: Equal participatory rights for non-members; source: Laux 2011: 164

an election are seen as less likely, and the party is portrayed as deeply divided by the media (Siefken 2002: 546). The general tendency in Germany to highlight the importance of party-unity would have to be overcome if primary elections were to succeed. Figure 1, whose database is the “Deutsche Parteimitgliederstudie 2009”, shows the rootedness of this belief among the party members. Only the Green Party stands out with a much higher tolerance for intra-party quarrel. The recent primary election of the Green party in 2012 suggests that this willingness to accept a certain degree of intra-party quarrel is helpful in view of the acceptance of primaries. With regard to the willingness of party members to grant

non-party members equal rights in the decision-making process, the results (Figure 2) reveal a similar picture, with only a majority of the Greens and the leftist party Die Linke willing to do so. However, even for these parties, the trend from 2000 to 2009 shows a significant decline for this opinion. Beyond that, parties in Germany play a much bigger role for the political system than their counterparts in the U.S. This is true for the role of the parties in general as well as for the nominating process in particular (Siefken 2002: 539-540). Both Siefken (Ibid.) and Kähler (2000: 16) ascribe a “faktisches Monopol bei der Kandidatenaufstellung” to the German political parties. Brettschneider/Gabriel also recognize the strength of the German parties in general and stress the factor of the indirect election of the head of the government by the parliament: “Germany has a far stronger and more disciplined party system than the United States has ever had. Moreover, German voters, at least formally, choose between competing parties rather than between competing chancellor-candidates” (Brettschneider/Gabriel 2002: 128). If a new nominating system were introduced it would have severe consequences for the nature of political campaigning in Germany. Brettschneider/Gabriel (Ibid.) identify the role of the candidate for chancellor within the party’s general election campaign under the current system: “German election campaigns have accorded only a minor role to the personalities and circumstances of candidates for the chancellorship.” As a candidate’s primary campaign has a significant “spill-over” effect on the general election campaign (Siefken 2002: 542), it is virtually certain that the latter would also undergo significant changes. Hence, the impact of introducing primary elections would not be limited to the nominating process. One should keep this in mind when the matter is discussed.

Chances of Primary Elections in Germany

Primary elections surely offer some chances with regard to the degree of political participation in a society. If a party really wants to open up to the general public, or if it is at least willing to give its members a voice in one of the most important tasks that political parties are fulfilling in the political system – the nomination of candidates for public offices – then the introduction of primaries

is an obvious means to achieve this goal. Siefken (2002: 532) points out the compelling advantages of primary elections:

„Mit den Vorwahlen existiert in den Vereinigten Staaten von Amerika seit über hundert Jahren ein urdemokratisches Instrumentarium zur Kandidatenaufstellung. Sie sind ein transparentes, verständliches und offenes Verfahren, durch das die gesamte Wahlbevölkerung schon auf die Nominierung Einfluss nehmen kann.“

If one of the major parties in Germany were to reform its nominating process for candidates for chancellor this could have a positive effect on its prospects for the general election. The party would receive a lot of media attention and would potentially be perceived as more democratic than its rivals. In Germany, the benefits of passive party membership (i.e., if someone is a party member without any personal political ambitions) have been decreasing (Klein 2006: 59). Potentially, a closed-primary could provide an incentive for politically interested citizens to officially join a party.

Since the changes would have to emanate from within the political parties the public opinion of the party members on possible changes in the nominating system is of high importance. The German party member study 2009 includes two survey questions on primary elections. Party members were asked whether they agreed or disagreed with an election by direct vote (Urwahl)

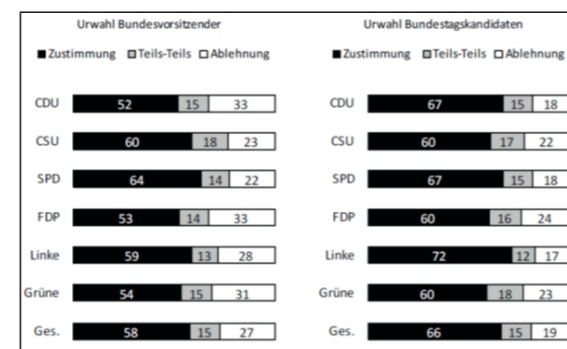


Figure 3: Direct election of the party members on party chair and district candidates for parliament; source: Laux 2011: 167.

of the party members on the party’s chair and the district candidates for the Bundestag: It can be assumed that a hypothetical question on the candidate for chancellor would have produced a comparable outcome. In the case of the SPD,

around two thirds of the party members agreed on such a nominating procedure. These results show that many party members would welcome intra-party reforms on that issue.

The Possible Impact of Primaries in Germany

Apart from the general and rather abstract fear of ‘Americanization’ of the political system there are some elements that go along with primary elections that, from a normative standpoint, can be considered as negative. In this section I will briefly discuss these concerns.

The fear of ‘personalization’ and an exaggerated media focus on the horse-race are overestimated. While the introduction of primaries would surely lead to more personalized campaigns, the degree of this change would be limited. After all, in accordance with the parliamentary system, the citizens will still cast their votes for district candidates of the parliament (Erststimme) and a party (Zweitstimme) in the general election and not directly for the head of the government. The same applies to the fear of increasingly superficial media coverage of the so-called horse-race at the expense of close scrutiny of policy plans.

Another characteristic of the American nominating system is the long campaign and primary season. The “invisible primary” before the first official primary elections can even start more than one year earlier (Paulson 2009: 87). Since the primaries are held at different dates during a time period of about four months, early primaries influence the outcomes in other states. One of the consequences is that early primaries and caucuses usually have a much bigger impact than the later nominating contests. Early primary elections, like the Iowa caucuses and the New Hampshire primary thus are of utmost importance for the candidates: While none of the candidates can secure their nomination by winning these nominating competitions, losing them can bring their race for the candidacy to an early end. Early contests have a filter function and ensure that candidates who do not appeal to a wide segment of the public have to reconsider their candidacy and, eventually, to finally drop out of the race. The downside of this system is that, although state officials or party representatives of the early primary states might claim that their particular state is representative of the population

as a whole (or even that the result is a predictor of the nomination outcome), their influence on the party’s nominating decision is much bigger than their share of votes in the electoral college would justify. With a view to a possible introduction of primary elections in Germany, to my mind, this problem should be avoided simply by requiring the parties to limit their nominating process to one federal election on the candidates instead of having (potentially) 16 individual elections in the states (Länder).

One of the biggest obstacles of holding primary elections is probably the widespread fear among the German public of a money-dominated system that comes along with a need for extensive fundraising. A combination of the proposed one-tier nominating system with a very short active primary campaign would be necessary to sidestep this problem. Most importantly, strict rules and regulations for campaign finance should be implemented, including a total ban on corporate donations and a relatively low limit for personal contributions. Furthermore, campaign spending should be capped to prevent wealthy candidates from using their personal fortune for their political campaign.

The Green Party’s Primary 2012

The case of the Green party in 2012 seems to support the claim mentioned above that it may be beneficial for a party to hold some kind of primary with view to its general election prospects: The party benefited from the increased media attention during and after the primary. It also attracted many new members in the aftermath of its decision in April 2012 to conduct the primary (Gathmann 2012). Perhaps most importantly (from the party’s elites’ perspective at least), the primary seemed to boost poll numbers significantly (O.V. 2012). However, the Green party’s primary also poses an exception and cannot be compared easily with the two major parties SPD and CDU, because, a) the party is all but certain not to provide the next chancellor, as it would be the junior partner in any government coalition after the next general election in 2013, and b) the party’s unique and outstanding tradition to elect a ‘team’ (although the term ‘duo’ might be more appropriate, since this team does only consist of two members) to lead the party into the general election campaign. Still, in line with the chances of primary elections

described above, this experiment shows that such an election could in fact prove to be a worthwhile endeavor for the party.

Conclusion

In this paper, the candidate-nominating systems for the highest office of the government in the United States and in Germany were contrasted. The variety of concrete nominating systems within the realm of primary elections means that in reality, the nature of the different primary elections in the American states varies to quite a large degree.

It is also obvious that primary elections are no panacea with regard to the array of problems that the major political parties in Germany are facing these days. What can be concluded, however, is that generally, primary elections allow for a higher degree of inclusiveness than the informal nominating system that is practiced in Germany today. The constitutional imperative of intra-party democracy party is called into question when in fact only a very small elite of important party figures has a say in this important question. From a normative standpoint, therefore, it seems clear that the introduction of some kind of primary elections needs to be approached.

At the practical level, however, two dilemmas emerge. The first is linked to the question of whether or not non-members should be allowed to take part in the nominating process. The case of the SPD shows that on the one hand, party members are dissatisfied with the status quo and want more people to be included in the nominating process. On the other hand, they are wary of giving up one of the party's privileges – that is to say that the parties and not the public in general should be responsible to pre-elect the candidates for chancellor.

The second dilemma is related to the first and concerns the operational aspect of a possible reform process. The fact that the party members would have to disempower themselves by changing the party's statutes makes such a reform rather unlikely, unless the party would be confronted with extreme external pressure and regarded this as a means to improve its electoral chances. It was no coincidence that Sigmar Gabriel brought the idea of primary elections into play at a time when his party was standing at an all-time-low in the polls. Primary elections

in Germany only have a realistic chance of being realized if a majority of a party's members would come to the conclusion that primary elections would have a positive effect on its electability.

For these reasons, two final conclusions can be drawn. At least for now, closed primaries seem to be the only possible form of primary elections in Germany. Second, there is a need for a 'guinea pig' – if one major party decided to go ahead and introduced primaries; and in the case that this party were rewarded by a positive feedback of the voters in terms of an electoral success (which can be traced back to the change of its nominating process), the general establishment of primary elections would be possible in the long term.



References

- Bundeswahlgesetz (BWahlG)*, in: <http://www.gesetze-im-internet.de/bwahlg/>; 22.3.2012.
- Brettschneider, Frank und Oscar W. Gabriel. 2002: The Nonpersonalization of Voting Behavior in Germany*, in: King, Anthony S. (Hrsg.): *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*, Oxford, 127–157.
- Cohen, Marty et al. 2008: The Party Decides: Presidential Nominations Before and After Reform*. Chicago.
- Cook, Rhodes 2004: The Presidential Nominating Process: A Place For Us?* Lanham, MD.
- Crotty, William J. 2009 (Hrsg.): Winning the Presidency 2008*. Boulder.
- Davis, James W. 1997: U.S. Presidential Primaries and the Caucus-Convention System: A Sourcebook*. Westport, Ct.
- Gabriel, Sigmar 2010: „Wir enden zu häufig als Technokraten“*. SPD-Chef Gabriel im *stern-Interview*, in: <http://www.stern.de/politik/deutschland/spd-chef-gabriel-im-stern-interview-wir-enden-zu-haeufig-als-technokraten-1596557.html>; 25.1.2013.
- Gathmann, Florian 2012: Grüne: Urwahl führt zu neuer Mitglieds-Welle*, in: [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neuer-mitglieder-boom-bei-den-gruenen-vor-der-](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neuer-mitglieder-boom-bei-den-gruenen-vor-der-urwahl-a-855466.html)

[urwahl-a-855466.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neuer-mitglieder-boom-bei-den-gruenen-vor-der-urwahl-a-855466.html); 25.1.2013.

Grundgesetz (GG). Artikel 21, in: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_21.html; 22.3.2012.

Kähler, Bettina 2000: Innerparteiliche Wahlen und repräsentative Demokratie. Münster.

Klein, Markus 2006: Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47/1: 35–61.

Laux, Annika 2011: Was wünschen sich die Mitglieder von ihren Parteien?, in: *Spier, Tim et al. (Hrsg.): Parteimitglieder in Deutschland* Wiesbaden.

Maisel, Louis S. 2007: American Political Parties and Elections: A Very Short Introduction. New York.

Nick, Rainer 1992: Vorwahlen in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland: Erfahrungen zur Kandidatennominierung aus mehr als zwei Jahrzehnten, in: *Neisser, Heinrich; Plasser, Fritz and R. A. Koole (Hrsg.): Vorwahlen und Kandidatennominierung im internationalen Vergleich*, Wien, 75–103.

Norrander, Barbara 2010: The Imperfect Primary: Oddities, Biases, and Strengths of U.S. Presidential Nomination Politics. New York.

O.V. 2012: Urwahl macht Grüne beliebter. Umfragehoch nach Kandidatenkür, in: <http://www.n-tv.de/politik/urwahl-macht-gruene-beliebter-article7809031.html>; 25.1.2013.

Parteiengesetz (PartG), in: <http://www.gesetze-im-internet.de/partg/index.html>; 22.3.2012.

Paulson, Arthur C. 2009: The "Invisible Primary" Becomes Visible: The Importance of the 2008 Presidential Nominations, Start to Finish, in: *Crotty, William J. (Hrsg.): Winning the Presidency 2008*, Boulder, 87–109.

Saalfeld, Thomas 2007 (1st ed.): Parteien und Wahlen. Baden-Baden.

Siefken, Sven 2002: Vorwahlen in Deutschland? Folgen der Kandidatenauswahl nach U.S.-Vorbild, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33/3: 531–550.

SPD 2009: Organisationsstatut November 14, 2009, in: <http://www.spd.de/linkableblob/1852/data/Organisationsstatut.pdf>; 22.3.2012.

Spier, Tim et al. (Hrsg.) 2011: Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden.

Wayne, Stephen J. 2009: When Democracy Works: The 2008 Presidential Nominations, in: *Crotty, William J. (Hrsg.): Winning the Presidency 2008*, Boulder, 48–69.

Carola Jaeckel

MERKEL IN DER KRISE

Der Führungsstil der Bundeskanzlerin in der europäischen Schuldenkrise

Carola Jaeckel

B.A. Governance &
Public Policy,
Universität Passau,
Studium abgeschlossen,
jaeckelcarola@
gmail.com

Dieser Beitrag beruht
auf einer Bachelorarbeit
im Fachbereich
Internationale
Beziehungen.

Abstract

„Miss Europa“ oder „Zerstörerin der europäischen Idee“? Die vorliegende Arbeit unternimmt eine wissenschaftliche Untersuchung des Führungsstils der Bundeskanzlerin in der Finanzkrise. Sie prüft die aufgestellte Hypothese, dass der Angela Merkel oft vorgeworfene Wankelmut und der angeblich machiavellistische Charakter ihrer Politik sich in der Herangehensweise an die europäische Schuldenkrise als ein in Wahrheit situativer Führungsstil offenbare, den sie immer wieder effektiv anzuwenden wisse. Dabei werden die Kernfragen beantwortet: Welchen Führungsstil hat Angela Merkel in der europäischen Schuldenkrise angewandt? Schafft sie es, diesen effektiv einzusetzen? Welche Rolle spielen dabei die von Merkel Geführten? Warum wird Merkels hohe Führungsvariabilität immer wieder fehlinterpretiert und als egoistisch oder gar machiavellistisch gedeutet? Als Untersuchungsmethode dient die in der Führungsforschung an Anerkennung gewonnene Situationstheorie von Paul Hersey und Kenneth H. Blanchard. Dass sich Angela Merkel tatsächlich eines situativen Führungsstils bedient, kann anhand des aus der Managementforschung stammenden Modells des „janusköpfigen Krisenmanagers“ von Armin Töpfer mit Nachdruck gezeigt werden.

Einleitung

Europa, sagte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel einmal, sei ein „Haus“, aus dem sie „nie wieder ausziehen“ möchte (Brand 2012). Seitdem ist sie in der europäischen Hierarchie von der Hausmeisterin zur Hausherrin aufgestiegen. Mit hohem persönlichem Einsatz „bergsteigt“ sie von Eurogipfel zu Eurogipfel und verliert keine Sekunde lang den Atem. Mit der Verschärfung der europäischen Schuldenkrise im Jahr 2010 verselbstständigte sich die Euro-Debatte dann aber auch schnell zur Merkel-Debatte.

Die Diskussion um Merkels Führungsstil ist eigentlich alt. Die abwartende und zaudernde Art der Regierungschefin wurde zu Hause viel diskutiert – gepaart mit Rücktrittsforderungen aus den eigenen Parteireihen. Die deutsche Kanzlerin zeigt die Neigung, sich in Sachfragen erst festzulegen, wenn sich ein mehrheitsfähiger Kompromiss abzeichnet (Glaab 2010: 130). Ihre Bewunderer nennen ihren zurückhaltenden Stil strategisches Kalkül, ihre Kritiker sehen darin Führungsschwäche.

Jetzt erreicht dieselbe Diskussion die Arena der Europäischen Union. Wurde sie von der internationalen Presse vor nicht allzu langer Zeit noch mit Titeln wie „Miss Europa“ oder „Angela Europa“ gefeiert, wird sie heute „Madame Non“ genannt oder gar zur „Zerstörerin der europäischen Idee“ degradiert (Ebd.: 130). Während Merkels Ziehvater Altkanzler Helmut Kohl darüber klagt, dass Merkel „sein Europa kaputt“ mache (Schlieben 2011), Gertrud Höhler Merkels Politikstil als „egomanisch“ beschreibt (Höhler 2012: 31) und Ulrich Beck gar von „Merkiavelli“ (Beck 2012: 50) spricht, erhält sie von der deutschen Öffentlichkeit seit Beginn der Euro-Krise doch sehr hohe und seit vielen Monaten auch die höchsten Beliebtheitswerte unter den deutschen Politikern (ZDF-Politbarometer 2012). Auch das amerikanische Wirtschaftsmagazin Forbes lobpreist Merkel und setzt sie auf Platz eins der Liste der 100 mächtigsten Frauen der Welt 2011 und 2012. Das Magazin sieht in der deutschen Kanzlerin das Gesicht der stärksten europäischen Volkswirtschaft und die „de facto Führungskraft der EU“ (Forbes Magazine 2012).

Der situative Führungsstilansatz nach Hersey und Blanchard

Wenn wir nun Merkels Führungsstil wissenschaftlich untersuchen wollen, brauchen wir dafür eine geeignete Methode. Unter den Kontingenztheorien der Führungsforschung hat in der Praxis das Modell des situativen Führens von Paul Hersey und Kenneth H. Blanchard die größte Beachtung gefunden.¹ Sie entwickelten eine situative Theorie des Führens, die auf dem Entwicklungsstadium der Geführten aufbaut. Ausgangspunkt ist die Führungsstiltypologie der Ohio-Schule mit zwei Dimensionen von Führung: Aufgaben- und Personenorientierung. Diese werden dichotomisiert und zu vier Führungsstilen kombiniert. Die Situation wird dabei durch eine einzige Variable beschrieben: den Reifegrad der Geführten. Dieser Reifegrad definiert sich als das Maß, zu dem ein Geführter die Fähigkeit und Bereitschaft aufweist, Verantwortung für eine bestimmte Aufgabe zu übernehmen (Hersey et al 2001: 175). Dieser kann situationsabhängig zwischen vier Zuständen variieren, die im Modell mit R1 (unfähig und nicht bereitwillig oder unfähig und unsicher), R2 (unfähig, aber bereitwillig, oder unfähig, aber selbstsicher), R3 (fähig, aber nicht bereitwillig oder fähig, aber unsicher) und R4 (fähig und bereitwillig oder fähig und selbstsicher) beschrieben werden (vgl. Abbildung 1). Wenn der Führungsstil korrekt vom Reifegrad der Geführten abgeleitet wurde, dann ist die Erfolgswahrscheinlichkeit des ausgewählten Führungsstils maximal. R1 und R2 erfordern wegen mangelnder Fähigkeit, Bereitschaft oder Verunsicherung der Geführten einen Führungsstil S1, den Hersey und Blanchard mit „Unterweisung“ (telling), oder einen Führungsstil S2, den sie mit „Verkaufen“ (selling) beschreiben. Auf den niedrigeren Levels hat die Führungskraft eine starke Entscheidungsmacht, die sich bei höheren Reifegraden stärker auf die Geführten verlagert. Ein hoher Reifegrad R3 oder R4 erlaubt wegen ausreichender Fähigkeit, Bereitschaft und Selbstvertrauen der Geführten einen Führungsstil S3, „Beteiligen“ (participating), oder S4, „Delegieren“ (delegating). Das Modell

¹ Eine gute Darstellung der historischen Entwicklung der Führungsforschung mit ihren vielen Etappen, die auf einander aufbauen, findet sich in: Hersey, Paul/ Blanchard, Kenneth H.: *Management of Organizational Behavior. Utilizing Human Resources*. Englewood Cliffs 1969, S.61ff.

impliziert, dass mit zunehmender Reife die Aufgabenorientierung immer unbedeutender wird. Das zeigt die Glockenkurve in Abbildung 1. Das aus der Organisationspsychologie stammende Modell erhebt den Anspruch universaler Anwendbarkeit. Auf dieser Grundlage werden wir im nächsten Schritt Angela Merkels Führungsstil in der europäischen Schuldenkrise untersuchen.

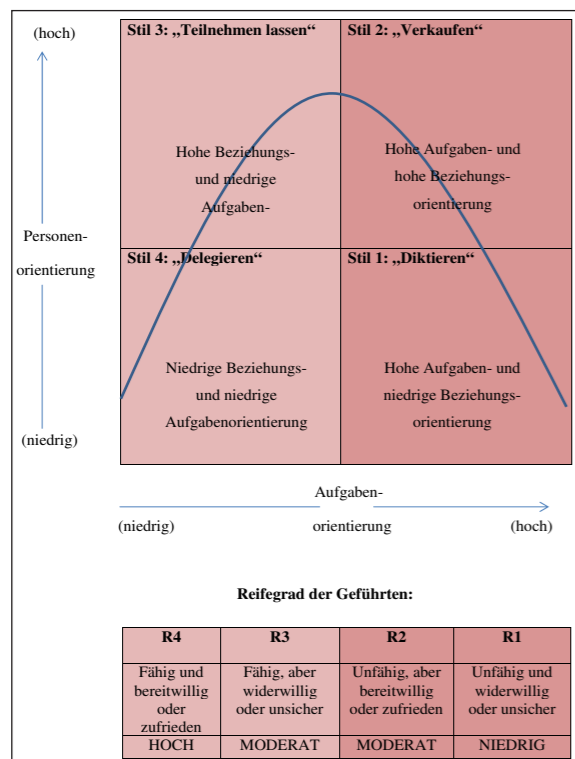


Abbildung 1: Modell der situativen Führung. Eigene Darstellung nach Hersey und Blanchard (1967).

Was ist „Führung“? Eine Definition

Zunächst ist eine Definition des Führungsbegriffs notwendig, auf dessen Grundlage wir arbeiten werden. Hersey und Blanchard definieren „Führung“ (leadership) als einen „Prozess der Einflussnahme auf die Handlungen eines Individuums oder einer Gruppe zur Erreichung eines Ziels in einer bestimmten Situation.“² Es gibt zahlreiche, von diesem Vorschlag abweichende Definitionen, doch unterstützt die gewählte die

² Nach Hersey/ Blanchard 2001, S. 60: “[...] leadership is the process of influencing the activities of an individual or a group in efforts toward goal achievement in a given situation.”

Situationstheorie der Führung auf besondere Weise. Aus dieser Definition folgt nämlich, dass der Führungsprozess eine Funktion abhängig von verschiedenen Komponenten ist. Prägnant fassen Hersey und Blanchard ihre Definition in der Formel $L = f(l, f, s)$ zusammen (Hersey/Blanchard 1969: 60): der Führungsprozess ist abhängig von der Führungskraft (leader), den Geführten (followers) und der Situation (situation). In Bezug auf unseren Anwendungsgegenstand bedeutet dies, dass der Führungsstil Angela Merkels in Abhängigkeit von den Geführten (deutsche Bürger, EU-Mitgliedstaaten) und der Situation (europäische Schuldenkrise) zu sehen und zu bewerten ist.

Bewertungsmaßstab: Effektivität

Hersey und Blanchard haben das Modell der Ohio-Schule mit einer dritten Dimension zum zweidimensionalen Modell ergänzt: Neben den Dimensionen „aufgabenorientiert“ und „personenorientiert“ wird Effektivität als weitere Dimension hinzugenommen.

Da Hersey und Blanchard den für die Situation angemessenen Führungsstil aus der richtigen

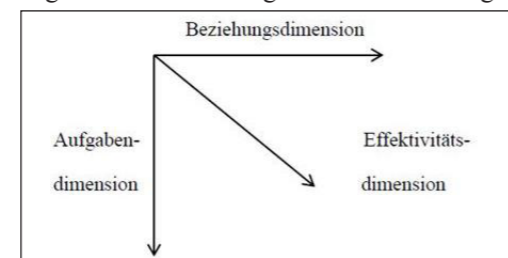


Abbildung 2: Tridimensional Leadership Effectiveness Model (eigene Darstellung).

Bestimmung des Reifegrads der Geführten ableiten, kann einer der vier Führungsstile nur effektiv sein, wenn der Zuordnungsprozess positiv verlaufen ist. Wenn einem Reifegrad R1 ein Stil S1, einem Reifegrad R2 ein Stil S2, einem Reifegrad R3 ein Stil S3 und einem Reifegrad R4 ein Stil S4 zugeordnet wurde, dann erreichen wir ein „High-Probability-Match“, und der Führungsstil ist mit hoher Wahrscheinlichkeit effektiv in seiner Wirkung. Dabei kann ein Führungsstil in diesem dynamischen Modell in einer bestimmten Situation effektiv und in einer anderen ineffektiv sein. Hersey und Blanchard beschreiben die Möglichkeit ineffektiver Führung, doch konzentrieren sie sich in ihren

Untersuchungen ausschließlich auf effektive Führung. Was nicht effektiv ist, ist ineffektiv. Auch diese Erkenntnis lässt sich in einer Formel erfassen: $E = f(l, f, s)$. Die Effektivität ist abhängig von der Führungskraft, den Geführten und der Situation.

Effektive Führung ist dabei von erfolgreicher Führung abzugrenzen. Wenn sich Führung allgemein so beschreiben lässt, dass eine Person A durch einen Stimulus eine Reaktion bei einer Person B erzeugt, dann misst sich „erfolgreiche“ Führung am Ausmaß, zu dem eine Person B den durch A erteilten Auftrag tatsächlich ausführt (Hersey/Blanchard 1969: 83). Wenn der Führungsprozess „erfolgreich“ wie im hier definierten Sinn ist, garantiert dies allerdings noch keine Effektivität. Da A die Kontrolle über Belohnung und Bestrafung hat, wird Effektivität erst erreicht, wenn B dazu gebracht wird, nicht aufgrund von Zwang oder Angst vor Austausch, sondern frei- und bereitwillig zu handeln. Es geht hier also um die Frage, ob der Führungsprozess zur Erreichung eines bestimmten Ziels geführt hat. Diese Ebene lässt sich nur in der langen Frist analysieren und ist zum Zeitpunkt unserer Anwendung der Methode auf den Untersuchungsgegenstand nur eingeschränkt möglich.

Wir untersuchen Effektivität im Führungsprozess auf der ersten, zu Anfang beschriebenen Ebene. Effektivität wird erreicht, wenn die Führungskraft einen „situationsadäquaten“ Führungsstil gewählt hat (Staehele 1991b: 778). Schafft es die Führungskraft nicht, diesen korrekt zu bestimmen, gelten die durch den Stimulus ausgelösten Reaktionen als ineffektiv. Wie sich nun der „situationsadäquate“ Führungsstil vom Reifegrad der Geführten ableiten lässt, soll im folgenden Abschnitt gezeigt werden.

Ableitung des „situationsadäquaten“ Führungsstils

Genauso wie ein Arzt Hinweise benötigt, die ihn zu einer Diagnose führen, braucht eine Führungskraft Hinweise zum Verhalten der Geführten, um deren Reifegrad korrekt bestimmen zu können. Ist der Reifegrad der Geführten korrekt bestimmt, lassen sich daraus vier verschiedene Führungsstile ableiten.

In Organisationen und Unternehmen haben Hersey und Blanchard den Reifegrad mithilfe eines

Tests, dem Leader Effectiveness and Adaptability Description-Fragebogen, bestimmen lassen, der nach ihrer Auffassung die „Fähigkeit“ (job readiness) und die „Bereitschaft“ (psychological readiness) der Geführten (hier Mitarbeiter) in einer bestimmten Führungssituation messen kann.³ Der Fragebogen, den die Führungskraft ausfüllen soll, enthält Fragen zum eigenen Führungsverhalten in zwölf Beispielsituationen. Durch die Ableitung der Ergebnisse sollte eine Führungskraft in der Lage sein, den für die jeweilige Situation angebrachten (und damit effektiven) Führungsstil auszuwählen. In dieser Arbeit werden wir versuchen uns dem Reifegrad der Geführten rein intuitiv zu nähern und uns in die Kanzlerin hineinzusetzen.

Bestimmung der Geführten und ihres Reifegrades

Vor der Bestimmung des Reifegrads der Geführten muss in einem ersten Schritt die Gruppe der Geführten festgelegt werden.

Die von Angela Merkel Geführten teilen sich in Hinsicht auf die europäische Schuldenkrise primär in zwei Gruppen: die deutschen Bürger und die EU-Mitgliedstaaten, repräsentiert durch die jeweiligen Regierungschefs. Dabei nimmt Merkel durch den ihr als Bundeskanzlerin erteilten Regierungsauftrag eine formelle Führungsrolle in Bezug auf die deutschen Bürger ein. Hinsichtlich des Mächtkonzerts der Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat Merkel dagegen ein informelles Mandat zum Führen, das sich mit der Verschärfung der Krise erst entwickelt hat. Über diese beiden Gruppen hinaus lassen sich selbstverständlich auch noch weitere Gruppen von Geführten anführen, die jedoch schwieriger zu definieren sind.

Hersey und Blanchard definieren den „Reifegrad der Geführten“ als das Maß, zu dem ein Geführter die Fähigkeit (ability) und Bereitschaft (willingness) zeigt, sich einer bestimmten Aufgabe zu stellen (Hersey et al 2001: 175). Dieser Reifegrad drückt kein persönliches Charakteristikum aus, sondern lediglich, inwieweit ein Geführter schon zur Bearbeitung einer bestimmten Aufgabe bereit ist. Dies kann situationsabhängig stark variieren. Die beiden Hauptkomponenten des Reifegrads der Geführten

³ Genaueres zum LEAD-Fragebogen findet sich in: Hersey/ Blanchard/ Johnson 2001: 193.

sind also Fähigkeit (Wissen und Erfahrung) und Bereitschaft (Motivation, Selbstvertrauen, Hingabe), die bei einer Dichotomisierung in die Kategorien unsicher oder zufrieden vier Reifegrade ergeben, denen jeweils einer der oben erläuterten Führungsstile zugeordnet werden kann (Ebd.: 177ff).

Da der Reifegrad niemals absolut, sondern immer in Relation zur gestellten Aufgabe zu betrachten ist, kann die Reife der Geführten bei einem anderen Thema einen anderen Grad annehmen.

Die deutschen Bürger

Da in Krisenzeiten die Notwendigkeit zur Aufgabenorientierung am größten ist (Hersey/Blanchard 1969: 73), also nur Stil 1 und 2 infrage kommen, sollen zunächst die den Stilen 1 und 2 zugeordneten Reifegrade R1 und R2 untersucht werden.

Bei einer geringen Reife R1 fehlen den Geführten die Motivation, das Wissen und die Fähigkeit, um eine Aufgabe zu lösen. Wir nehmen an, dass die Komplexität der europäischen Schuldenkrise den Verständnishorizont des deutschen Durchschnittsbürger überschreitet. Die „Unfähigkeit“, welche die Reifegruppen R1 und R2 gemeinsam haben, unterteilt sich zusätzlich in die Kategorien „widerwillig oder unsicher“ und „bereitwillig oder zufrieden“.

Die Widerwilligkeit der deutschen Öffentlichkeit drückt sich zum Beispiel im Unverständnis über den Umfang der Euro-Rettungsschirme, insbesondere der milliardenschweren Griechenland-Rettung, aus. Das Märchen von den „faulen Griechen“ begünstigt diese Sichtweise. Aussagen wie „Natürlich sind die Schuld. Wenn ich mir vorstelle, dass da teilweise oder überwiegend viele mit knapp über 50 schon in Rente gegangen sind. Wer soll das finanzieren? Woher soll das Geld kommen?“ oder „Die sollen erst mal sparen lernen“ sind keine Einzelmeinungen (Rosenkranz/Casjens 2011). Nicht zuletzt entstehen diese Klischees durch mediale Komplexitätsreduktion. Die Bild-Zeitung, als meist gelesene Zeitung Deutschlands, titelte dramatisch: „Reißt Griechenland die deutschen Banken in die Pleite?“ (Martens/Ronzheimer 2010) und „Ihr griecht nix von uns“ (Bild-Zeitung 2010). In der komplexen Finanzkrise triumphieren die

emotionalen Schlagzeilen über die Fakten: die Griechen gehen nicht früher in Rente und haben sogar weniger Urlaub als die Deutschen (Rosenkranz/Casjens 2011). Eine Befragung der Forschungsgruppe Wahlen ergab sogar, dass 47 Prozent für einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion sind und 58 Prozent keine weiteren Finanzhilfen für Griechenland unterstützen (ZDF-Politbarometer 2011).

Die Unsicherheit der Deutschen lässt sich an zwei Phänomenen verdeutlichen: die Wiedergeburt

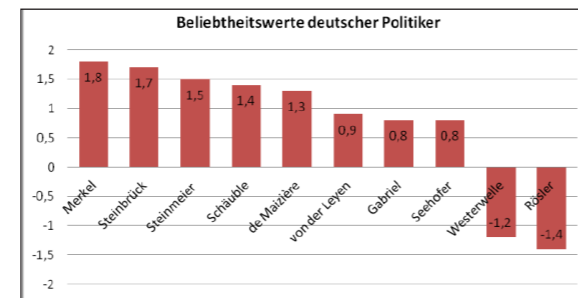


Abbildung 3: Ergebnisse des ZDF-Politbarometers, März 2012.

des Sparbuchs und ein rekordtiefer Krankenstand auf dem Höhepunkt der Krise. Im Oktober 2009 lag der Anteil der Ersparnisse am Einkommen bei 11,2 Prozent (Tagesschau 2009). Das ist der höchste Stand seit 1993. Aus Unsicherheit und Angst vor Verschlimmerung spart der deutsche Bundesbürger in Krisenzeiten. Auch eine Folge der Krise: ein niedriger Krankenstand. Im 1. Quartal 2009 fehlten Arbeitnehmer laut einer Statistik des Bundesgesundheitsministeriums nur 3,26 Prozent der Sollarbeitszeit. Das entspricht gerade einmal 1,8 Arbeitstagen. Im Zehnjahresvergleich sind die Krankenstände sogar um 25 Prozent zurückgegangen. Den Grund für die rückläufigen Fehlzeiten sieht Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Nürnberger Arbeitsagentur, in der Unsicherheit der Arbeitnehmer: „In wirtschaftlichen Krisenzeiten haben die Beschäftigten mehr Angst, ihren Job zu verlieren. Tendenziell sinken in solchen Zeiten die Krankenstände“ (Schlietz 2009).

Als ein Indiz für die Bereitwilligkeit der Geführten zum persönlichen Einsatz in der Bewältigung der Eurokrise (wenn auch nicht als Zustimmung interpretierbar) kann die Zunahme der Protestbewegungen, wie zum Beispiel jene der nun auch in Deutschland angekommenen

„Occupy-Bewegung“ genannt werden.

Die sich auch im Reifegrad R2 ausdrückende Zufriedenheit der Geführten äußert sich seit Dezember 2009 mit den höchsten Beliebtheitswerten unter den deutschen Politikern, die die Deutschen der Kanzlerin in Umfragen zuerkennen (Rollmann 2012). Mit einem Wert von 1,8 schaffte sie es im März 2012 wieder auf Platz eins unter den Top Ten der deutschen Politiker.

Ein mäßig hoher bis sehr hoher Reifegrad R3 oder R4 kommt für diese Gruppe der Geführten in Anbetracht der Komplexität der zu erledigenden Aufgabe nicht infrage. In dieser Arbeit nehme ich an, dass die Lösung der europäischen Schuldenkrise Spezialwissen voraussetzt, welches der deutsche Durchschnittsbürger nicht besitzt.

Die EU-Mitgliedstaaten

Da die EU-Mitgliedstaaten und ihre jeweiligen Regierungen nicht – wie die Gruppe der deutschen Bürger – als homogene Gruppe von Geführten betrachtet werden können, sondern als heterogen in einem Konzert der europäischen Mächte, die sich in ihrem Reifegrad stark unterscheiden, kommen neben den beiden krisenbedingt niedrigen Reifegraden R1 und R2, auch die Grade R3 und R4 vor. Ohne dies im Einzelnen methodisch belegen zu können, gehen wir in dieser Arbeit davon aus, dass es in der europäischen Schuldenkrise sowohl fähige als auch unfähige EU-Mitgliedstaaten gibt, die sicheres oder unsicheres, bereitwilliges oder widerwilliges Verhalten aufweisen.

Exemplarisch sollen an dieser Stelle den verschiedenen Reifegraden eine Auswahl der von Merkel geführten EU-Staaten zugeordnet werden, um das Phänomen der Führungsstilvariabilität der Kanzlerin zu skizzieren, bevor an anderer Stelle eine tiefere Analyse realisiert werden wird. Ein niedriger Reifegrad R1, der sich durch Unfähigkeit und Widerwillen oder Unsicherheit auszeichnet, wird in dieser Analyse der griechischen Regierung unter Premierminister Georgios Papandreou zugesprochen (nicht dagegen der Übergangsregierung unter Loukas Papademos): Griechenland zeigte unter Papandreou weder die Fähigkeit noch das Wissen oder die Erfahrung, die nötig wären, um die eigenen Schuldenprobleme ohne fremde Hilfe wieder in den Griff zu bekommen.

Ein Reifegrad R2 kann der aktuellen Übergangsregierung Italiens unter Premierminister

Mario Monti (im Unterschied zur Regierung unter Silvio Berlusconi, die tendenziell einen Reifegrad R1 angenommen hatte) oder der irischen Regierung unter Enda Kenny zugeordnet werden. Italien und Irland unterscheiden sich zwar dadurch, dass Irland schon Hilfen aus dem Euro-Rettungsschirm bekommen hat, während es so aussieht, als könne Italien eine vergleichbar miserable Entwicklung noch abwenden. Im Bewusstsein nicht ausreichender eigener Fähigkeiten zeigten beide Regierungen die Bereitschaft zur Großreform. Irland hat den kritischen Wendepunkt längst vollzogen und eine Staatspleite abwenden können (Sinn 2012). Eine Experten-Regierung soll Italien auf einen besseren Weg bringen und die Schwächen des Systems durch Großreformen langfristig ausbügeln. Berlusconi dagegen hatte die dringend notwendigen Reformen bis 2014 aufgeschoben – auf eine Zeit, in der er vermutlich nicht mehr regieren würde (Schönau 2011).

Großbritannien unter der Regierung David Camerons wird ein Reifegrad R3 zuerkannt. Das mit 80 Prozent Staatsverschuldung besser als Deutschland dastehende EU-Mitglied (vgl. CIA 2013) besitzt zwar die Fähigkeit und die nötigen Finanzexperten zu einer aktiven Beteiligung an der Behebung der Schuldenkrise, demonstriert aber Widerwillen gegen einen Kurs, wie ihn Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy für die EU vorsehen. Als Nicht-Mitglied der Währungsunion stemmte sich Großbritannien gegen die Forderungen nach einer Änderung der EU-Verträge, mit der fortan eine Schuldengrenze verankert und eine de facto Fiskalunion gegründet werden sollte. Der Kompromiss bestand lediglich in einem zwischenstaatlichen Vertrag zwischen den 17 Euro-Staaten und sechs Nicht-Euro-Ländern, der altes EU-Recht nicht außer Kraft setzte.

Im Umgang mit Frankreich unter der Führung von Nicolas Sarkozy begegnet Deutschland bisher tendenziell einem Reifegrad von R4. Als wirtschaftlich „fähiger“ (Frankreich stellt den zweitgrößten Anteil an abrufbarem Kapital und Bareinzahlungen für den beschlossenen europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bereit) und „bereitwilliger“ Akteur hat Frankreich unter der Regierung Sarkozy zusammen mit Merkel wichtige Reformschritte einleiten können (FAZ 2012 Nr. 75: 13).

Folglich kommen in der zweiten Gruppe der

Geführten alle Reifegrade vor. Die ausgewählten EU-Mitgliedstaaten stehen dabei exemplarisch für die zu untersuchende Führungssituation, es lassen sich jedoch noch viele andere Beispiele anführen. Im nächsten Abschnitt wird nun der „angemessene“ Führungsstil Angela Merkels von den Reifegraden abgeleitet werden.

Ableitung des Führungsstils

Zur Ableitung des für die Situation angemessenen Führungsstils haben Hersey und Blanchard Zuordnungspaare aufgestellt. Einem niedrigen Reifegrad der Geführten wird demnach ein „unterweisender“ Führungsstil (S1) zugeordnet, einem niedrigen bis mäßigen Reifegrad ein „verkaufender“ Führungsstil (S2), einem mäßigen bis hohen Reifegrad ein „beteiligender“ Führungsstil (S3) und einem hohen Reifegrad ein „delegierender“ Führungsstil (S4).

Wurden die Zuordnungspaare korrekt umgesetzt, sprechen Hersey und Blanchard von einem „High Probability Match“, in dem der Führungsstil maximal effektiv ist. In der Theorie muss eine Führungskraft, die maximale Effektivität anstrebt, fähig sein, alle vier Stile nebeneinander praktizieren zu können. Ob Angela Merkel eine solche Führungsvariabilität tatsächlich aufweist, werden die Fallbeispiele aus der europäischen Schuldenkrise zeigen.

Fallbeispiele aus der Europäischen Schuldenkrise

Ein strenger Blick auf Griechenland

„Es reicht nicht, dass ein Land wie im aktuellen Fall Griechenland sagt: ‚Mir sind die Zinsen, die ich für Kredite zahlen muss, zu hoch‘. Die Zinsen müssen schon unverhältnismäßig hoch sein.“, sagte Merkel auf dem EU-Gipfel im März 2010 (Tagesschau 2010).

Gegenüber Griechenland wählt die deutsche Kanzlerin damit einen diktierenden und richtungweisenden Stil S1. Fast großmütterlich verkündigte sie beim ersten EU-Sondergipfel zur europäischen Schuldenkrise im Februar 2010: „Griechenland wird nicht alleingelassen“ (Bundesregierung 2010). Harte Sparmaßnahmen und eine strikte Haushaltskontrolle durch die EU-Kommission wurden Griechenland inzwischen auferlegt. Deutschland nahm hierin

eine besondere Rolle ein. Zunächst schlug die Kanzlerin einen Stimmrechtsentzug als Sanktion bei Gefährdung der Währungsunion durch ein Land vor. Die griechische Regierung fühlte sich durch diesen Vorschlag enorm bedroht. Ministerpräsident Papandreou setzte sich für sein Stimmrecht ein und beklagte, von Merkel als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden (Euractiv 2010). Die Kanzlerin selbst räumte in einer anschließenden Pressekonferenz ein, es sei ihr durchaus bewusst gewesen, dass dieser Vorstoß im Ministerrat auf großen Widerstand stoßen würde, verteidigte aber entschieden ihre Idee: „Ich finde es aber auch sehr schwierig, wenn ein Land nicht dauerhaft für die Stabilität des Euro eintreten will.“ (Euractiv 2010) Am Beispiel des Vorschlags eines Stimmrechtsentzugs ergibt sich eine für unsere Diskussion von Herseys und Blanchards Modell interessante Beobachtung. Im griechischen Fall vereinen sich beide Ausprägungen eines Reifegrads von R1: unsicher und widerwillig. Als effektives Führungsverhalten bei diesem Reifegrad ordnen Hersey und Blanchard ein diktierendes, sanft führendes und richtungweisendes Verhalten an, während ein fordernder, erniedrigender, dominierender oder attackierender Stil als ineffektiv eingestuft wird (Hersey et al 2001, 182). Statt das „emotionale Level“ der Aufgabenbearbeitung unter Kontrolle zu halten, kleine Verbesserungen zu bekräftigen und den Geführten nicht zu überfordern, hat Merkel hier doch eher einen dominierenden, erniedrigenden Stil S1 angewandt. Dieses Beispiel zeigt: Der Grat zwischen effektivem und ineffektivem Führungsverhalten ist schmal.

Ein anderer Fall soll zeigen, dass die Führende aber auch die Macht besitzt, den Reifegrad auf einem bestimmten Level starr zu halten – ein Aspekt, den das Modell nicht explizit vorsieht. Die Reaktionen auf das von Papandreou im November 2011 überraschend angekündigte Referendum über die von der EU auferlegten Sparmaßnahmen ließ Böses erahnen. Mit Entsetzen reagierte man in Deutschland, Finnland, Frankreich, England, bei den Banken und auf den Finanzmärkten (Bild-Zeitung 2011). Völlig unerwartet kam die Ankündigung für das Bundeskanzleramt, und zunächst ließ die Kanzlerin sie unkommentiert. Endlich schien man einen Weg durch das Wirrwarr der europäischen Schuldenkrise gefunden zu haben, da setzte eine neue Unbekannte, das aufgebrachte

griechische Volk, alles aufs Spiel. Während die Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB) den Widerstand auf den Straßen in völliger Volksvergessenheit überhört hatte, wollte Papandreou das Volk durch ein Referendum über ihre Schicksalsfrage abstimmen lassen. Er scheint der Ansicht gewesen zu sein, dass es der Reifegrad der griechischen Bevölkerung erlaube, sie über den alles bestimmenden Weg in die Zukunft mitbestimmen zu lassen (also dem griechischen Bürgern gegenüber einen Stil S3 anzuwenden). Das eigentliche Problem hier war das Nicht-Kommentieren der Kanzlerin. In einer Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums hieß es nur, es handele sich um eine interne Angelegenheit Griechenlands, die nicht kommentiert würde (Merkel 2011). Doch gerade dieses Nicht-Kommentieren Merkels, der „Europäischen Chefsaniererin“ (Bartsch 2012), unterstrich die Annahme, dass Griechenland eben noch nicht für bereit erachtet wurde, ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übernehmen. Zwar war sich Merkel bewusst, dass ein griechisches „Nein“ den Staatsbankrott wahrscheinlich machen würde, doch hätte ein missbilligender Kommentar die doch mittlerweile pathologisch anmutenden Verhältnisse in der EU entlarvt (Bild-Zeitung 2011). Die Völker, um die es hier doch eigentlich ging, sollten aufgrund ihrer angeblich geringen Reife hinsichtlich der zu lösenden Aufgabe nicht mitbestimmen. Wäre Merkel anderer Auffassung gewesen, hätte sie unterstützende Worte für Papandreous Vorhaben gefunden. Ein solches Verhalten jedoch würde einem anderen Führungsstil entsprechen, einem beteiligenden Stil S3, der den Geführten zu selbstständigen Entscheidungen ermutigen würde. Alles kam anders und das Referendum blieb aus. Das Beispiel Papandreou zeigt uns also, dass der Reifegrad eines Geführten durch die Führungskraft starr gehalten werden kann.

Ein Schmunzeln über Berlusconi

Alle Kontingenztheorien basieren auf dynamischen Modellen, in denen einzelne Variablen veränderbar sind. Auf lange Frist ist es möglich, dass die Führungskraft den Reifegrad der Geführten durch Begleitung und gezielte Förderung kontinuierlich erhöht (Stahle 1991a: 247). Verändert sich die Führungssituation, muss

auch der Führungsstil angepasst werden, denn nur wenn dem jeweiligen Reifegrad der Geführten der richtige Führungsstil zugeordnet wird, kann maximale Effektivität im Führungsprozess erreicht werden (Hersey/Blanchard 1969: 187).

Am Beispiel Italiens soll die Veränderbarkeit des Reifegrads eines Geführten und die dadurch entstehende Notwendigkeit zu einer Anpassung des Führungsstils illustriert werden. Spätestens als die Panik an den Märkten im Sommer 2011 auch Italien mitriss, schwand das Vertrauen Merkels in den italienischen Partner. Auf das vom italienischen Premierminister Silvio Berlusconi angekündigte mutige Reformpaket warteten die EU-Mitgliedstaaten vergeblich. Der Umgang der Kanzlerin mit Italien war entsprechend kühl und misstrauisch, fürchtete man doch das Abrutschen der drittgrößten Wirtschaftsnation der EU. Den Vorwurf der „Knauserigkeit“ ließ sich Merkel gefallen und stoppte mit dem richtungweisenden Führungsstil S1 „Berlusconis Tanz auf dem Vulkan“ (Wergin 2011). Dass Italien spätestens seit den vulgären Äußerungen Berlusconis über die Figur Merkels und der Titulierung Italiens als „Scheißland“, dem er schon bald den Rücken zukehren wolle (Bild-Zeitung 2011), kein ernst zu nehmender Partner mehr war, äußerte sich auch in dem Zwischenfall auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Präsidenten Sarkozy: Das Schmunzeln Merkels und Sarkozys über die Frage eines Journalisten bezüglich der italienischen Sparversprechen belastete die deutsch-(französisch)-italienische Freundschaft zusätzlich. Es entstand der Eindruck, als würden sich die beiden über Berlusconi lustig machen. In dem Treffen mit Berlusconi, auf das sich der Journalist bezog, ging es darum, die italienischen Sparversprechen endlich umzusetzen. Das Schmunzeln sagte alles: Berlusconi wurde von Merkel und Sarkozy nicht ernst genommen.⁴ Wir erkennen an diesem Beispiel, dass der Merkelsche Führungsstil hier vom niedrigen Reifegrad R1 ausgeht, in der der Geführte unfähig ist, die gestellte Aufgabe zu lösen und gleichzeitig der Führungskraft mit Widerwillen begegnet. Gegenüber einem solchen Geführten sollte eine Führungskraft wiederum die spezifischen Fakten auf den Tisch legen, kleine Verbesserungen loben und das emotionale Level niedrig halten (Hersey/Blanchard 1969: 182). Zwar hat Merkel den Reifegrad Berlusconis richtig eingeschätzt und in Antwort darauf bis

dato den adäquaten Führungsstil ausgewählt, doch scheiterte sie offenbar daran, diesen auch effektiv umzusetzen. Ein Niedrighalten des emotionalen Levels ist in ihrem Schmunzeln jedenfalls nicht zu erkennen. Denkbar ist aber auch, dass Merkel bereits zu diesem Zeitpunkt Berlusconi noch nicht einmal mehr als einen zu Führenden betrachtete.

Ganz anders gestaltet sich Merkels Verhalten gegenüber Mario Monti. Bei ihrem Besuch in Italien im März 2012 lobte die Kanzlerin die Politik des neuen Ministerpräsidenten (Troendle 2012). Zwar war die wirtschaftliche Situation ähnlich ernst wie ein paar Monate zuvor, doch wurden die lange überfälligen Reformen in Italien inzwischen vorgenommen. Das ist Grund genug für die Kanzlerin, auf einen integrierenden Führungsstil S2 umzusteigen und sich somit dem entsprechend erhöhten italienischen Reifegrad (nun R2) anzupassen.

Das Duo Merkozy

„Deutschland und Frankreich brauchen einander wie ein altes Ehepaar“ schreibt Josef Joffe in der Zeit (Joffe 2012). „Le couple franco-allemand“ ist eine Ehe, die seit fünfzig Jahren hält. Daher können wir von einer im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedstaaten eher niedrigen Aufgaben- sowie Beziehungsorientierung ausgehen. Merkel wendet auf ihren Kollegen Nicolas Sarkozy einen delegierenden, beratenden Führungsstil S4 an. Diesen Stil können wir uns wie folgt vorstellen: Die Führungskraft spielt dem Geführten den Ball zu und lässt ihn damit spielen. Bei effektiver Anwendung dieses Stils, delegiert und beobachtet die Führungskraft den Geführten, während sie ihm Vertrauen entgegenbringt. Als ineffektiv gilt hingegen, wenn die Führungskraft den Geführten alleine lassen oder meiden und alle Arbeit auf ihm abladen würde. Die Führungskraft ist hier diejenige, die das größere Gesamtbild im Visier hat. Bei einem fähigen, bereitwilligen und teils zufriedenen Geführten wie Sarkozy sollte Merkel „hands-off“-Management betreiben, möglicher Überladung trotzen, ihn zu autonomem Verhalten ermutigen, mit Ressourcen ausstatten, zu Risikobereitschaft ermutigen und sich regelmäßig updaten lassen (Hersey/Blanchard 1969: 186).

⁴ Vgl. Das Video der Pressekonferenz auf: <http://www.youtube.com/watch?v=rPSJoPbG8Oc&feature=youtu.be> (zuletzt aufgerufen am 30.1.2013)

Merkel und Sarkozy erweckten zeitweise den Anschein eines Regierungstendens. Zusammen fühlten sie sich stark, zusammen sprachen sie mit fast synchroner Stimme. Sarkozy lehnte sich eng an die deutsche Seite an und äußerte sich gegenüber der deutschen Kanzlerin mit Sätzen wie „Ich vertrete genau die identische Position wie du“ (Lohse/Wiegel 2012). Die „Einigkeitsfassade“ des „Merkozy“-Duos beeindruckte auch die Märkte, etwa als sie im Mai 2010 in gemeinsamen Briefen an den EU-Ministerrat eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung im Euro-Raum forderten. Ihren Eurokurs sprachen sie in bilateralen Mini-Gipfeln ab. Bei einem Vergleich der Regierungsstile Merkels und Sarkozys im Umgang mit den EU-Partnern könnten sich nahezu deckungsgleiche Stile herauskristalisieren.

Auch Wahlkampf betrieben die beiden Regierungschefs in Ansätzen gemeinsam und zeigten damit, „dass Europa-Politik inzwischen europäische Innenpolitik ist“ (Nonnenmacher 2012). Man unterstützte sich, wo man konnte, war doch der eine dem jeweils anderen der stärkste Partner in der EU. Es bestand zudem ein enger Austausch von Wahlprogrammen zwischen der UMP und der CDU, und es kam durchaus vor, dass UMP-Anhänger auf einer Parteiversammlung „Angela, Angela, Angela“ riefen.

Das große Ziel der Änderung der EU-Verträge haben Merkel und Sarkozy jedoch verfehlt. Eine kleine Errungenschaft ist lediglich, dass 17 Euroländer und sechs weitere EU-Staaten sich zur freiwilligen Schuldenbremse verpflichtet haben.

Die deutsche Führung nimmt Sarkozy gegenüber tendenziell einen Stil S4 ein, doch entsteht in manchen Situationen gar der Eindruck, dass sie um die Führung des jeweils anderen nicht konkurrieren müssen. Seitdem Frankreich im Mai 2012 „sozialistisch“ gewählt hat, sind die deutsch-französischen Beziehungen abgekühlt und es hat sich eher ein Zuordnungspaar R3/S3 eingestellt.

Ein „Low-Probability-Match“: Unterschätzung Großbritanniens

Die von Frankreich und Deutschland geforderte Änderung der EU-Verträge scheiterte letzten Endes am Widerstand Großbritanniens.

Dieses Beispiel veranschaulicht, dass bei einer inkorrekten Zuordnung des Führungsstils

zu dem vorherrschenden Reifegrad des Geführten auch Zuordnungspaare entstehen können, die nur zu geringer Wahrscheinlichkeit „effektiv“ sein können.

Hier wird deutlich, dass Angela Merkel der Regierung unter David Cameron offenbar einen höheren Reifegrad zugeordnet hat als ihr eigentlich zukam. Zumindest in Bezug auf die zu treffende Entscheidung – Zustimmung zu oder Ablehnung einer Änderung der EU-Verträge – hat Großbritannien einen Reifegrad R3, fähig aber widerwillig, angenommen, statt eines Reifegrads S4, fähig und bereitwillig. Der „delegierende“ Führungsstil S4 erwies sich daher als ineffektiv in der Herbeiführung des gewünschten Ergebnisses.

Mit einem ermutigenden, beteiligenden Stil S3 hätte die Kanzlerin ein höheres „Match“ erreichen können. Bei einem fähigen aber widerwilligen R3 wie die britische Regierung empfahlen Hersey und Blanchard ein niedriges Maß an Bevormundung, die Teilung von Verantwortung mit den Geführten, aktives Zuhören und Maßnahmen zur Vertrauensförderung, um ihn letzten Endes von der Notwendigkeit der zu erledigenden Aufgabe zu bewegen (Hersey/Blanchard 1969: 185ff). Im Falle der Regierung Cameron gelang es Merkel diesem Modell zufolge nicht, den Reifegrad korrekt zu bestimmen und daraus den passenden Führungsstil auszuwählen.

Der Führungsstil S4 erwies sich als ineffektiv. Wir können am Beispiel Cameron sehen, dass das Modell die Möglichkeit außer Acht lässt, dass es neben dem Reifegrad und dem passenden Führungsstil auch andere Faktoren für mangelnde Kooperationsbereitschaft gibt – etwa differierende Interessen.

Kritik am Modell der situativen Führung

Als besonderer Verdienst Herseys und Blanchards Situationstheorie gilt zunächst die Betonung der Notwendigkeit eines flexiblen, anpassenden Führungsverhaltens in einem dynamischen, bipolaren Führungsprozess zwischen Führer und Geführten. Zudem weisen Hersey und Blanchard als die Ersten in der Führungsforschung darauf hin, dass verschiedene Geführte (Individuen oder Gruppen) auf unterschiedliche Weise geführt werden müssen (Yukl 2010: 175). Diese Miteinbeziehung der Geführten war etwas grundlegend Neues.

Dieses Modell muss aber seinerseits

hinterfragt werden. Gary Yukl kritisiert an Herseys und Blanchards Situationstheorie, dass der Reifegrad der Geführten als die einzig relevante Situationsvariable dargestellt wird. Das treffe auf die Kategorien fähig und unfähig zu, nicht jedoch auf die Ausprägungen bereitwillig/zufrieden, widerwillig/unsicher. Andere Situationsvariablen, wie etwa die Einstellung der Geführten zu einem die Aufgabe betreffenden Thema, können ebenfalls relevant werden (Beispiel Cameron). Auch hinter der Annahme, dass ein Geführter gleichermaßen unreif ist, wenn er fähig aber unmotiviert oder eben motiviert aber unfähig ist, findet Yukl mit einiger Berechtigung keine Logik (Ebd.: 175).

Auch Jürgen Koch und Georg Schreyögg kritisieren die Reifestadien der Geführten, die den vier Führungsstilen zugeordnet werden. Mit zunehmender Reife der Geführten nimmt die Aufgabenorientierung der Führungssituation ab. So kann es vorkommen, dass ein und dieselbe Führungskraft gegenüber ihren Geführten situationspezifisch ganz unterschiedliche Führungsstile auswählt (Schreyögg/Koch 2007: 274). Das Beispiel Italiens hat dieses Phänomen sichtbar gemacht. Koch und Schreyögg hinterfragen jedoch, wie eine Führungskraft denn glaubwürdig und überzeugend sein kann, wenn sie fortwährend andere Verhaltensmuster zeigt (Ebd.: 274)? Dass den Geführten in einem effektiven Führungsprozess deutlich signalisiert werden muss, welcher Führungsidentität sie folgen, ist eine berechtigte Überlegung.

Nach Herseys und Blanchards Theorie sollte eine Führungskraft alle vier Stile nebeneinander praktizieren können. Zwar nimmt die Kontingenztheorie die prinzipielle Erlernbarkeit des Führens als Grundgedanken an (Hersey/Blanchard 1969: 61), doch ist das kein Beleg für die tatsächliche Erlernbarkeit einer solch hohen Führungsveränderbarkeit, wie sie in ihrem Modell vorgeschlagen wird. Führungsveränderbarkeit kann schnell auch falsch interpretiert werden. In der Eurokrise hat sich Angela Merkels Fähigkeit zum situationsvariablen Führen als Glückfall erwiesen. Auf innenpolitischem Parkett aber wird ihr gerade diese Fähigkeit als größte Schwäche angelastet. Als wankelmütig, ja „machiavellistisch“ (Beck 2012: 50) wird ihre Politik beschrieben – teils aus den eigenen Parteireihen. Warum das so ist, werden wir an anderer Stelle noch sehen.

Ein anderer Kritikpunkt lautet, dass der Ansatz

von Hersey und Blanchard die Anpassung des Führungsstils bei veränderter Führungssituation vorsieht. Eine genaue Studie der vier Situationsstile „Beteiligen“ (S3) und „Delegieren“ (S4), die sich primär dadurch auszeichnen, dass die Entscheidungsverantwortung stärker bei den Geführten liegt, überhaupt für einen Politiker erstrebenswert sind, würden diese Stile doch eine freiwillige Abgabe von Verantwortlichkeit für die Entscheidungen an die Geführten bedeuten. Diese Zweifel gelten nicht für das Management eines Betriebs. Gerade Stil 3 und 4 würden sich in einem wirtschaftlichen Unternehmen als energie- und zeitsparend für den Manager erweisen, da Arbeitsprozesse bei einem hohen Reifegrad der Arbeitnehmer weitgehend selbstständig ablaufen. Bei niedriger Arbeitsorientierung und wechselnd hoher und niedriger Personenorientierung ist es für den Manager möglich, Aufgaben abzugeben und Entwicklungsprozesse nur noch zu „delegieren“. Bei einer Übertragung dieses Gedankengangs auf den politischen Bereich sind zwei Punkte wesentlich: Erstens ist die politische Konkurrenz in Deutschland zu groß, als dass sich ein Politiker einem „laissez faire“-Stil hingeben könnte. Und zweitens ist eine derart hohe Partizipation (etwa in Form von Volksabstimmungen) am Entscheidungsprozess in Hinblick auf die zu bewältigende Aufgabe – hier die Behebung der äußerst aufgabenreichen Eurokrise – in einem System der repräsentativen Demokratie nicht vorgesehen. Ob daraus resultiert, dass das vorgestellte Modell vom situativen Führen, dessen Schlussfolgerungen auf Beobachtungen in der Führung von Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen basieren, möglicherweise nicht auf den politischen Bereich übertragbar ist, soll im Fortlauf dieser Arbeit weiter beobachtet werden.

Ein anderer Gedanke knüpft an die Frage an, ob eine gezielte Erhöhung des Reifegrads der Geführten auf ein Level R3 oder R4 durch die Führungskraft möglich ist. Kann es sein, dass die führende politische Klasse in Brüssel, einschließlich Angela Merkel, in komplizierten Situationen den Reifegrad starr hielt, also eine Zunahme der Beteiligung der europäischen Bürger am Lösungsprozess zu verhindern versuchte (Beispiel des griechischen Referendums)? Hersey und Blanchard schließen einen natürlich starren Reifegrad in ihren Überlegungen nicht aus (Hersey/Blanchard 1969: 192ff), bedenken

aber kaum die Möglichkeit zur Manipulation des Reifegrads durch die Führungskraft – zweifelsohne wäre ein solches Verhalten in der freien Wirtschaft eher schädigend für ein Unternehmen. Doch haben sie die Konsequenzen der Fähigkeit zur Führungsvariabilität bedacht, in der der dazu Fähige zum Herrscher seines eigenen Systems werden kann?

Als Indiz hierfür bietet sich der Umgang mit der „Occupy Wall Street“-Protestbewegung und den Demonstrationen vor den nationalen Parlamenten der EU-Staaten an, die von den Regierenden doch eher als lästig empfunden wurden. Als sicher erscheint der „postdemokratische Weg“ (Habermas 2011), den Merkel und Sarkozy eingeschlagen haben – der die Stimme des Volkes als Bedrohung sieht, wie Jürgen Habermas erklärte. Die „pompöse Aufregung des Chefpersonals von EU und Internationalem Währungsfond“ über die angekündigte Volksabstimmung in Griechenland habe eine „von den Märkten kujonierte politische Klasse“ entlarven können, kommentierte Habermas scharfsinnig. Dabei hätte die Volksabstimmung der Griechen eine Chance sein können, „Betroffene zu Beteiligten zu machen“. Zu einem Europa, das zurzeit einen Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen erlebt, bemerkte Schirrmacher folgerichtig: „Wer das Volk fragt, wird zur Bedrohung Europas“ (Schirrmacher 2011). Das führt zurück zu einem weiteren Kritikpunkt Schreyögg. Einflussprozesse (wie die auf den Reifegrad der Geführten) sind Machtprozesse (Schreyögg/Koch 2007: 274) – ein Aspekt, der von Hersey und Blanchard völlig außer Acht gelassen wird.

Trotz der vorhandenen Schwachstellen der Theorie vom situativen Führen kann zumindest in Extremsituationen, wie der internationalen Finanzkrise, angenommen werden, dass die einzig relevante Situationsvariable der Reifegrad der Geführten ist. Das Postulat der Kontingenztheorien, dass in Krisenzeiten nur situativ geführt werden kann, ist eines, das von der Managementforschung unterstützt wird. Sie wird nun ergänzend zur Theorie von Hersey und Blanchard hinzugenommen werden.

Modifikation der Theorie durch Erkenntnisse der Managementforschung: Der janusköpfige Krisenmanager

An dieser Stelle zeigt sich der eingangs erwähnte interdisziplinäre Charakter der noch jungen Führungsforschung besonders deutlich. Wichtige Gedanken der Managementforschung, speziell die des Krisenmanagements, helfen uns von hier an weiter. Die Management-Praxis hat ein besonderes Interesse an situativen Ansätzen: Befragungen von Managern und deren Mitarbeitern in den USA ergaben, dass in der Praxis ohnehin situativ geführt wird – immer flexibel und in Abhängigkeit von der Situation (Staehe 1991b: 322). In dem von Staehe herausgegebenen Sammelband „Handbuch Management“ werden 24 Rollen einer Führungskraft beschrieben. Je nach Situation sollte ein (in unserem Sinn von Effektivität geleiteter) Manager seine Rolle anpassen, also den adäquaten Führungsstil auswählen.

Was in Herseys und Blanchards Modell als Reifegrad der Geführten beschrieben wurde, lässt sich hier in Form der Reife des Unternehmens wiederfinden. Die Führungskraft nimmt je nach Situation, in der sich das Unternehmen befindet, eine Rolle an. Da gibt es beispielsweise den Visionär, den Strategen, den Planer, den Organisator, den Controller, den Innovator oder den Schlichter, um nur einige der möglichen Rollen zu nennen. Eine dieser Rollen ist auch die des Krisenmanagers. In Krisenzeiten werden in Unternehmen oft externe Krisenmanager eingesetzt, die mit dem „Turn-around“ der Krisensituation beauftragt werden. Da in unserem Fall Angela Merkel auch zu einer Art „Krisenmanagerin“ in der europäischen Schuldenkrise geworden ist, wird das von Armin Töpfer entwickelte und in Staehles Sammelband unter der Rolle des Krisenmanagers vorgestellte Konzept des „janusköpfigen Polaritätenprofils“ interessant. Politische Führungsakteure haben auch multiple Rollen in verschiedenen Politikarenen (Glaab 2010: 125).

„Als Krisen“, so Töpfer, „bezeichnet man die Existenzgefährdung von Unternehmen“ (Toepfer 1991: 211). Auf unsere Situation übertragen bedeutet diese Krisendefinition, dass als Eurokrise die Existenzgefährdung des Euros zu bezeichnen ist. Während Merkel die Umstellung zum Krisenmanagement geschafft hat (allein diese Tatsache ist ein Indiz für ihre hohe

Führungsvariabilität), waren Silvio Berlusconi und Georgios Papandreu nicht in der Lage den „Turn-around“ für Italien und Griechenland umzusetzen. Das Krisenmanagement der beiden Volkswirtschaften übernahmen Mario Monti und Loukas Papademos. Die Politik bedient sich also eines Konzepts aus der Managementforschung, das wir nun tiefergehend untersuchen wollen, um daraus Schlüsse aus dem Krisenmanagement der Kanzlerin ziehen zu können.

Töpfer geht zunächst davon aus, dass der Krisenmanager bestimmte Fähigkeiten, Fertigkeiten und Verhaltensweisen aufweisen muss, um den Anforderungen der Krise gewappnet zu sein und die erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen durchführen zu können (Ebd.: 219). Ein Krisenmanager sollte daher ein Polaritätenprofil aufweisen, das gegensätzliche Fähigkeiten und extremes Verhalten aufweist. Welcher Pol gerade angemessen ist, hängt von der jeweiligen Phase des Krisenverlaufs sowie der inhaltlichen Situation ab. Abbildung 4 illustriert das janusköpfige Polaritätenprofil des Krisenmanagers (dunkelrot=hohe Priorität; hellrot=niedrige Priorität).

Um Probleme sowie Auswirkungen ganzheitlich und vernetzt erkennen und lösen zu können, muss ein Krisenmanager neben einer ausgeprägten Analyse- und Diagnosefähigkeit auch über Intuition verfügen. So wird isoliertes und lineares Denken vermieden. Ein Krisenmanager muss gleichermaßen Spezialist und Generalist sein. Neben fachlichem Wissen muss ein Krisenmanager psychologisches Einfühlungsvermögen besitzen. Die Ausprägung in Richtung stressstabil, schnell, entscheidungsfähig und rational ist eindeutig. Durch diese Anforderungen darf der Krisenmanager weder zu gründlich noch zu oberflächlich sein. Dem Krisenmanager gelingt es zudem, kalkuliertes Risiko mit einem möglichst hohen Grad an Sicherheit zu verbinden, hohes Selbstvertrauen zu besitzen und anderen Personen gegenüber eher misstrauisch aufzutreten. Dies schließt Begeisterungsfähigkeit und Spontanität keineswegs aus. Eine skeptische Distanz und Überlegenheit werden jedoch immer dominieren. Je nach Situation kommt es dann darauf an, einerseits optimistisch aber nicht „blauäugig“ zu sein und andererseits pessimistisch zu sein, um durch „Schwarzmalerei“ den Druck zum Handeln zu vergrößern. In Bezug auf andere Personen sollte trotz des zeitweisen Drucks

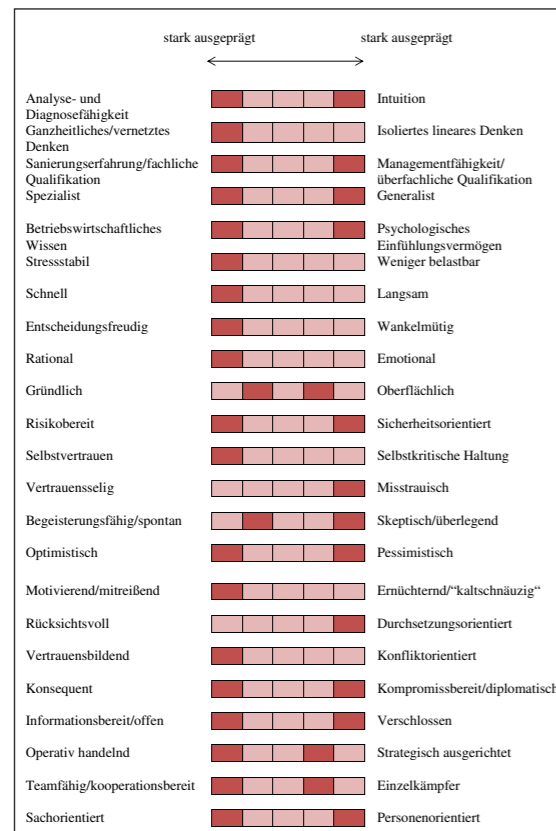


Abbildung 4: Janusköpfiges Polaritätenprofil des Krisenmanagers nach Armin Töpfer.

durch Pessimismus eine motivierende und mitreißende Haltung im Vordergrund stehen. Vertrauensbildende Maßnahmen und eine ständige Abwägung, wann Konsequenz gefragt und wann Kompromisse zulässig sind, begleiten die Arbeit des Krisenmanagers. Die Team- und Kooperationsbereitschaft des Krisenmanagers wird insgesamt dominieren. Nicht zuletzt lautet die Voraussetzung für eine erfolgreiche „Sanierung“ Personen- bei gleichzeitiger Sachorientierung (Staehele 1991a: 220). Mit einer Auswahl der von Töpfer formulierten Gegensatzpaare wollen wir nun prüfen, inwieweit meine Annahme, dass Merkel das Konzept des janusköpfigen Krisenmanagers in ihren situativen Führungsstil inkorporiert hat, mit dem in der Realität beobachtbaren Verhalten übereinstimmt.

Die „Krisenmanagerin“ Angela Merkel

Angela Merkels Politik galt schon immer als äußerstpragmatisch und unideologisch. Das zwang sie vor allem in der Finanzkrise, als Generalistin

aufzutreten. Doch entsteht keineswegs der Eindruck, sie hätte kein Spezialwissen. Als Spezialisten fungieren die von ihr sorgfältig ausgewählten Berater und ein kompetenter Finanzminister. Die Krisenmanagerin Merkel ist gleichermaßen risikobereit, wie sie sicherheitsorientiert ist. Langguth erscheint es so, als ob die Kanzlerin manchmal bewusst Gefahren eingehe, aus denen sie dann sogar wieder Kraft zieht (Langguth 2009: 433). Deutschland haftet für den ESM mit Kapitaleinlagen von 22 Milliarden Euro und mit 186 Milliarden Euro an zusätzlich „abrufbarem Kapital“. Der Haftungsanteil für die weiterlaufende Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) beträgt 55 Milliarden Euro (FAZ 2012 Nr. 69: 7). Das ist kalkuliertes Risiko. Im Januar 2012 warnte sie auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos aber vor einer „Überlastung Deutschlands“ als Helfer der europäischen Krisenstaaten und demonstrierte ihre Sicherheitsorientierung (Tagesschau 2012a). Ihr Stil ist von der Rationalität des Denkens einer Naturwissenschaftlerin geprägt. Sie gibt sich als sachlich, analysierend und kühl. „Merkel lenkt nicht ab“, schreibt Annette Rollmann für Deutschlandradio Kultur, „weder durch Glamour, emotionale Gesten noch durch selbstverliebte Überhöhung. Ihre Auftritte sind solide, ja nüchtern, aus großen Momenten werden bisweilen schnell eintönige“ (Rollmann 2012). Das Rationale ist ihr Stil.

Sie gibt sich auch alles andere als vertrauensselig. Im Interview mit Herlinde Koelbl beschreibt sie sich selbst als „sehr abwartender und zunächst distanzierter Mensch“ (Koelbl 1999: 54). „Ich war schon immer sehr misstrauisch und das hilft mir auch heute im Westen“, gestand die heutige Kanzlerin weiter ein. In der Krise wird diese scheinbare Schwäche zur Stärke und spiegelt sich deutlich in ihrem Verhalten Griechenland und Italien gegenüber. In ihren Bekenntnissen zum großen Ganzen, zu Europa, äußert sich die Kanzlerin optimistisch: Immer wieder schärft sie die Konturen ihrer Vision von einer politischen Union und ist überzeugt, dass „Deutschland und Europa gestärkt und nachhaltig aus seiner schwersten Krise hervorgehen werden“ (Merkel 2011). Aber genauso gibt sie sich pessimistisch. Trotz der schnellen Erholung der deutschen Wirtschaft von der Rezession dämpft die Kanzlerin regelmäßig die Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Krise und warnt davor, leichtfertig zur

Normalität zurückzukehren. Merkel hat außerdem verstanden, wie wichtig Vertrauen in der Krise ist. Um die Märkte zu beruhigen, rief sie auch dazu auf, die Urteilsfähigkeit der amerikanischen Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor's und Fitch infrage zu stellen und besser auf die eigene Urteilsfähigkeit zu vertrauen (Tagesschau 2012b). Um für Vertrauen in die Stabilität des Euro zu werben, reist die „Europäische Chefsaniererin“ auch bis nach China, wie im März 2012. Die ganze Entwicklung der europäischen Schuldenkrise hat (mit nur wenigen Ausnahmen wie dem Vorschlag des „Stimmrechtsentzugs“) zudem gezeigt, dass die Kanzlerin lieber die Kooperation als die Konfrontation sucht. Das bestätigt auch Langguth in seinen langjährigen Beobachtungen der Kanzlerin: Merkels Regierungsstil ist auf Konsens ausgerichtet, eine „Basta-Politik“ gibt es bei ihr nicht (Langguth 2009: 427).

Eine aus Töpfers Sicht wichtige Eigenschaft fehlt der Kanzlerin allerdings: Sie gibt sich alles andere als entscheidungsfreudig. Den Vorwurf, dass sie sich mit Entscheidungen schwer tue, weist sie zurück mit der Erklärung, dass sie sich nur zurückhalte, solange sie noch keine feste Einstellung zu einem Thema gefunden habe. Wenn sie diesen Prozess abgeschlossen hat, dann entscheide sie auch. „Und wenn die Klappe zu ist, ist sie zu“ (Koelbl 1999: 50). Sie zögert und wartet ab. So stellt sich der Eindruck von Wankelmütigkeit ein. Schnelligkeit, wie von Töpfer als weitere Qualität des Krisenmanagers hervorgehoben, ist daher auch nicht ihre Stärke; ihre unemotionale Art wirkt schnell kaltschnäuzig und damit alles andere als mitreißend.

Damit kommen wir zu dem Schluss, dass Merkel die Methode des Krisenmanagements zwar nicht perfekt, aber zu einem großen Maß beherrscht. Es ist erstaunlich wie gut sich dieser Ansatz in die Situationstheorie einfügt.

Fazit

Die Analyse der Fallbeispiele aus der europäischen Schuldenkrise hat gezeigt, dass sich die Kanzlerin tatsächlich eines situativen Führungsstils bedient, der sich in ihrer Fähigkeit zur Führungsstilvariabilität offenbart. Die These, dass sie ihren situativen Stil immer effektiv auszuwählen wisse, kann in dieser Pauschalität aber nicht angenommen werden. Das Beispiel des Umgangs mit der britischen Regierung

zeigt, wie Merkel daran scheiterte, den Reifegrad Großbritanniens korrekt zu bestimmen und als Folge einen ineffektiven Führungsstil auswählte (S4 statt S3). Ferner wurde am italienischen Beispiel augenscheinlich, dass Merkel zwar den Reifegrad des Geführten korrekt bestimmt und von diesem den situationsadäquaten Führungsstil abgeleitet hat, sich jedoch in der Ausgestaltung des Stils ineffektiv zeigte, indem sie nicht auf die Bedürfnisse des Geführten einging. Erst wenn man Töpfers Konzept vom janusköpfigen Krisenmanager hinzunimmt, kann man mit Nachdruck zeigen, dass Merkel tatsächlich einen variablen Führungsstil anwendet, der sich gerade in Extremsituationen wie der Wirtschaftskrise als überlebensnotwendig erweist. Der „Januskopf Merkel“ beherrscht das gegensätzliche Handeln.

Spätestens ab diesem Punkt werden wir mit der Problematik konfrontiert, dass ein solches Verhalten in der Wirtschaft zwecks Profitmaximierung als erstrebenswert gilt, in der Politik aber schnell als wankelmütig und machiavellistisch interpretiert werden kann. Herseys und Blanchards Anspruch der universalen Anwendbarkeit der Situationstheorie auf jegliche Führungssituation muss daher infrage gestellt werden. Das führt uns auch zurück zum Kern von Schreyögg's Kritik: Wie kann eine Führungskraft überzeugend sein, wenn sie fortwährend unterschiedliche Verhaltensmuster zeigt (Schreyögg/ Koch 2007: 274)? Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, dass das Modell von Hersey und Blanchard im politischen Bereich doch nur eingeschränkt Anwendung finden kann.

In Krisenzeiten erscheint ein situativer Führungsstil plausibel. Starre, von Ideologie geleitete Führung würde den notwendigen „Turn-around“ nicht vollziehen können. Warum aber wird Merkels hohe Fähigkeit zur Führungsstilvariabilität immer wieder als wankelmütig oder machiavellistisch gedeutet? „Aus Ihren roten Linien sind doch in Wahrheit Wanderdünen geworden“, kritisierte Frank-Walter Steinmeier Merkel in der Debatte über die Ausweitung des ESM (FAZ 2012: Nr.55).

In nicht-Krisenzeiten ist eine klare Führungsidentität notwendig, um Vertrauen von den Geführten geschenkt zu bekommen (Schreyögg/ Koch 2007: 274). Für Merkels Kritiker steht der von ihr in der Eurokrise angewandte variable Stil in einem Kontinuum mit einem Stil, für den sie „zu Hause“ schon seit

geraumer Zeit kritisiert wurde. Doch das, was viele als Wankelmut der Kanzlerin deuten (die Aussetzung der Wehrpflicht, die Festsetzung eines Mindestlohnes, die Kehrtwende in der Atompolitik und die Abschaffung der Hauptschule) stellt letztlich eine „radikale Modernisierung der CDU“ dar (Rollmann 2012).

Eine Bewertung der zweiten Ebene der Effektivität (Erfolg) des situativen Führungsstils der Kanzlerin in der europäischen Schuldenkrise kann aufgrund der Tatsache, dass die Krise noch nicht überwunden ist, noch nicht vorgenommen werden. „Erfolg oder Misserfolg der Politik lassen sich nicht an der Börsenentwicklung eines Tages ablesen“ (Krupa 2011). Ob Merkel von ihren Geführten 2013 wiedergewählt werden wird und ob sie als Retterin oder Zerstörerin der europäischen Idee in die Geschichte eingehen wird, bleibt abzuwarten. Der Tiefpunkt der Krise scheint überwunden, und Deutschland ist als Gewinner aus der Krise hervorgegangen. Ob Europa aber wirklich „gestärkt und nachhaltig aus seiner schwersten Krise“ (Merkel 2011) hervorgehen wird, wie die Kanzlerin prophezeite, wird sich noch zeigen.

Letztlich sehen wir in aller Klarheit, dass es im Hinblick auf die Erreichung eines Ziels keinen Unterschied macht, ob der situative Führungsstil diktierend, verkaufend, beteiligend oder delegierend ist, solange sich dieser am Reifegrad der Geführten orientiert. Das macht die Situationstheorie von Hersey und Blanchard jenseits von kulturellen Unterschieden universal anwendbar. Doch fehlt der Theorie die Fokussierung auf das zu erreichende Ziel (wie auch in der Definition von Führung formuliert) – in unserem Fall die Bewältigung der europäischen Schuldenkrise – und eine Methode zu dessen Auswertung. ■ ■ ■

Quellenverzeichnis

Bannas, Günther (30.03.2012): *Ignoranz, Dyskalkulie und andere Risiken*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr.77.

Bartsch, Bernhard 2012: *Besuch der Chefsaniererin. Die Chinesen lassen sich von Merkel den Fiskalpakt erklären*, in: <http://www.badische-zeitung.de/ausland-1/besuch-der-chefsaniererin--55453748.html>, 13.04.2012.

Beck, Ulrich 2012: *Merkiavellis Macht. Das Zögern der Kanzlerin bei der Euro-Rettung*, *Der Spiegel*, Nr.41, 50-51.

Bild-Zeitung 2010: *Ihr griecht nix von uns*, in: <http://www.bild.de/politik/wirtschaft/griechenland/keine-hilfe-fuer-griechen-11706824.bild.html>, 06.04.2012.

Bild-Zeitung 2011: *Hat Berlusconi Merkel übel beleidigt?*, in: <http://www.bild.de/politik/ausland/silvio-berlusconi/hat-berlusconi-merkel-beleidigt-19932036.bild.html>, 13.04.2012.

Brand, Katrin 2012: *Die letzten Europäer*, in: <http://www.wdr5.de/sendungen/morgenecho/serienuebersicht/europa-am-scheideweg-naeher-zusammen-oder-zurueck-zum-nationalstaat/letzten-europaeer.html>, 14.04.2012.

Bundesregierung 2010, *Pressemitteilung*, in: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/02/2010-02-11-eu-sondergipfel.html>, 13.04.2012.

CIA 2013: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/uk.html>, 30.01.2013

Euractiv 2010: in: <http://www.euractiv.de/finanzen-und-wachstum/artikel/eu-gipfel-merkel-setzt-vertragsaenderung-durch-003859>, 13.04.2012.

Forbes Magazine 2012, in: <http://www.forbes.com/profile/angela-merkel/>, 12.04.2012.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (21.03.2012), Nr.69

Glaab, Manuela: *Political Leadership in der Großen Koalition. Führungsressourcen*

und –stile von Bundeskanzlerin Merkel, in: *Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009*, hg.v. Egle, Christoph/ Zohlhöfer, Reimut, Wiesbaden 2010

Habermas, Jürgen 2011: *„Rettet die Würde der Demokratie“*, in: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/euro-krise-rettet-die-wuerde-der-demokratie-11517735.html>, 03.03.2012.

Hersey, Paul/ Blanchard, Kenneth H./ Johnson, Dewey E. 2001: *Management of Organizational Behavior. Leading Human Resources*, Upper Saddle River.

Hersey, Paul/ Blanchard, Kenneth H. 1969: *Management of Organizational Behavior. Utilizing Human Resources*, Englewood Cliffs.

Höhler, Getrud 2012: *Das System M*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr.179, 31.

Joffe, Josef 2012: *Angie liebt Nick*, in: <http://www.zeit.de/2012/08/P-Wahlhilfe>, 13.04.2012.

Koelbl, Herlinde 1999: *Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt. Eine Langzeitstudie*, München.

Krupa, Matthias 2011: *Europa ist auf dem richtigen Weg*, in: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-10/eu-gipfel-euro>, 22.01.2013.

Langguth, Gerd 2010: *Angela Merkel. Biografie*, München.

Langguth, Gerd 2009: *Merkel: Kohl, Schröder, Merkel. Machtmenschen*, München.

Lohse, Eckard/ Wiegel, Michaela 2012: *Vive l'Allemagne*, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/merkozy-vive-l-allemanne-11637747.html>, 13.04.2012.

Martens, C./ Ronzheimer, P. 2010: *Reißt Griechenland die deutschen Banken in die Krise?*, in: <http://www.bild.de/politik/wirtschaft/griechenland/deutsche-banken-haben-32-milliarden-euro-forderungen-11470998.bild.html>, 06.04.2012.

Merkel, Angela 2011: *Regierungserklärung*, in: <http://www.bundesregierung.de/Content/>

[DE/Artikel/2011/12/2011-12-14-er-bk-regierungserklaerung.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/12/2011-12-14-er-bk-regierungserklaerung.html), 21.04.2012

Nonnenmacher, Günther 2012: *Europäische Innenpolitik*, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/deutschland-und-frankreich-europaeische-innenpolitik-11640040.html>, 13.04.2012.

Rollmann, Annette 2012: *Merkels Führungsstil hat Methode und trägt*, in:

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1651592/>, 21.04.2012.

Rosenkranz, Boris/ Casjens, Nils 2011: *Wenn die Medien die Griechen zu Idioten machen*, in: http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/medien_politik_wirtschaft/griechenland287.html, 06.04.2012.

Schirmacher, Frank 2011: *Demokratie ist Ramsch. Der griechische Weg*, in: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/der-griechische-weg-demokratie-ist-ramsch-11514358.html>, 13.04.2012.

Schlieben, Michael 2011: *Europas gestürzte Königin*, in: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-07/eu-merkel-krise>, 14.04.2012.

Schlietz, Christoph 2009: *Krankenstand der Deutschen sinkt auf Rekordtief*, in: <http://www.welt.de/wirtschaft/article3539570/Krankenstand-der-Deutschen-sinkt-auf-Rekordtief.html>, Stand 05.04.2012.

Schönau, Birgit 2011: *„Das Land steht am Abgrund“*, in: <http://www.zeit.de/2011/33/Krise-Italien>, 06.04.2012.

Schreyögg, Georg/ Koch, Jochen 2007: *Grundlagen des Managements*, Wiesbaden.

Sinn, HansWerner 2012: *„Wir sitzen in der Falle“*, in: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/im-gespraech-oekonom-hans-werner-sinn-wir-sitzen-in-der-falle-11653095.html>, 18.02.2012.

Staeble, Wolfgang H. 1991a: *Handbuch Management. Die 24 Rollen der Führungskraft*, Wiesbaden.

Staeble, Wolfgang H. 1991b: *Management. Eine*

*verhaltenswissenschaftliche Perspektive,
München.*

*Tagesschau 2009: Die Rückkehr des Spar-
buchs, in: [http://www.tagesschau.de/wirt-
schaft/sparkassen104.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/sparkassen104.html), 06.04.2012.*

*Tagesschau 2010: EU-Gipfel-Chronologie: in:
[http://www.tagesschau.de/wirtschaft/eugip-
fel308.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/eugipfel308.html), 13.04.2012.*

*Tagesschau 2012a, Chronologie der Finanzkri-
se, in:[http://www.tagesschau.de/wirtschaft/
chronologiefinanzmarktkrise186.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/chronologiefinanzmarktkrise186.html),
21.04.2012.*

*Tagesschau 2012b, Chronologie der Finanzkri-
se, in: [http://www.tagesschau.de/wirtschaft/
chronologiefinanzmarktkrise176.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/chronologiefinanzmarktkrise176.html),
21.04.2012.*

*Toepfer, Armin: Der „janusköpfige“ Kri-
senmanager, in: Staehle, Wolfgang 1991:
Handbuch Management. Die 24 Rollen der
Führungskraft, Wiesbaden, S. 209-222.*

*Troendle, Stephan 2012: Gute Stimmung
auf dem langen Bergweg, in: [http://www.
tagesschau.de/wirtschaft/merkelmonti104.
html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/merkelmonti104.html),13.04.2012.*

*Wergin, Clemens 2011: Ohne Merkel würde
Berlusconi noch immer tanzen, in: [http://
www.welt.de/debatte/kommentare/artic-
le13752565/Ohne-Merkel-wuerde-Berlusco-
ni-noch-immer-tanzen.html](http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13752565/Ohne-Merkel-wuerde-Berlusconi-noch-immer-tanzen.html), 13.04.2012.*

*Yukl, Gary A. 2010: Leadership in Organiza-
tions, Upper Saddle River.*

*ZDF-Politbarometer 2011, in: [http://wahltool.
zdf.de/Politbarometer/mediathekflash.
shtml?2011_07_15](http://wahltool.zdf.de/Politbarometer/mediathekflash.shtml?2011_07_15), 12.04.2012.*

*ZDF-Politbarometer 2012, in: [http://wahltool.
zdf.de/Politbarometer/mediathekflash.
shtml?2012_03_29](http://wahltool.zdf.de/Politbarometer/mediathekflash.shtml?2012_03_29), 12.04.2012.*

Impressum

*PJS - Passauer Journal für Sozialwissenschaften
Studentische Fachzeitschrift
Vorbild USA?
Heft 1/2013 (Februar), Jahrgang 2
www.pjs-online.de*

Herausgeber

*Hochschulgruppe PJS – Passauer Journal für
Sozialwissenschaften
c/o Julian Ignatowitsch
Schulstr. 19
86919 Utting am Ammersee
redaktion@pjs-online.de*

Redaktion

*Stefan Daller
Julian Ignatowitsch (verantwortlich)
Vanessa Jansche
Robin Lucke
Lukas Zech*

Design & Layout

*Zech Dombrowsky Design, Berlin
Julian Ignatowitsch, Lukas Zech (Layout der
Ausgabe)*

*Die publizierten Artikel stellen die Meinung der
jeweiligen Autorinnen und Autoren, nicht der Re-
daktion dar. Alle Texte und Bilder sind urheber-
rechtlich geschützt. Vollständiger oder auszugs-
weiser Nachdruck oder Online-Publikation nur
mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung
durch die PJS-Redaktion.*

ISSN 2195-0717